

September

2007

Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der Intervention

Nachfolgestudie

Claudia Dantschke

Claudia Luzar

Schriftenreihe

Zentrum

Demokratische

Kultur



Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der Intervention

Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk
Mitte

Nachfolgestudie der ersten Untersuchung im Jahr 2004

Herausgegeben vom:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“
Mühlenstr. 47
13187 Berlin
info@zentrum-demokratische-kultur.de

Autorinnen und
Öffentlichkeitsvertretung: Claudia Dantschke
Claudia Luzar

Berlin, September 2007

Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstr.47
13187 Berlin
Geschäftsführer: Diplom-Kriminalist Bernd Wagner
Telefon: 0174 3706792
Telefax: 03212 4517890
E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de | bernd.wagner@zentrum-demokratische-kultur.de

„Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der Intervention“

Von Claudia Dantschke und Claudia Luzar

Ein Projekt in der Zeit von Juli 2006 – September 2007 zwischen „Bezirksamt Mitte“ und ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH über Nachbearbeitung und Weiterentwicklung der Kommunalanalyse „Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“

(Redaktionsschluss: 30. September 2007)

| Der Abschlussbericht |

INHALT

1. Ausgangspunkt	02
2. Von der Analyse zur aktiven Auseinandersetzung	06
2.1. „Einbinden oder ausgrenzen oder was?“	07
3. Aktuelle Entwicklungen in einzelnen Themenfeldern	18
3.1. Islam und Islamismus in Mitte	18
3.1.1. Aktueller Überblick über die islamischen Organisationen und Einrichtungen im Bezirk Mitte	18
3.1.2. Das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung – IZDB	20
3.1.3. Altes und Neues bei Milli Görüs – Berlin	32
3.1.4. Imam Khomeini und die Imam Cafer Sadik Moschee im Wedding	42
3.1.5. Nachtrag zum Themenfeld "Islam und Islamismus"	44
3.2. Türkischer Ultra-Nationalismus und Rechtsextremismus	45
3.2.1. Türkischer Rechtsextremismus und nationalistisch-rassistische Jugendkultur	45
3.2.2. Alperen - die extreme Spielart der "türkisch-islamischen Synthese"	47
3.3. Rassismus und Islamophobie der Mehrheitsgesellschaft	52
3.4. Rechtsextremismus	64
3.5. Linksextremismus in der Jugendtheaterpädagogik	66
4. Empfehlungen an Bezirk und BVV	72
5. Struktur der Muslimischen Organisationen in Berlin-Mitte	75

IMPRESSUM

1. Ausgangspunkt

Das Spannungsfeld Islam und Islamismus

Zum Zeitpunkt der Kommunalstudie 2003/2004 im Bezirk Mitte herrschte ein relativ homogenes Bild der Migranten/innen, ihrer Vereine und Gemeinden vor. Das betraf ganz speziell auch die muslimischen Gemeinden. Trotz des dichten Netzes sehr unterschiedlicher religiöser und politischer Einrichtungen des islamischen Milieus, die zu ganz verschiedenen überregionalen Vereinigungen und Netzwerken gehören, war im Bezirk auf allen Ebenen, nicht nur in Politik, Verwaltung und im Schulbereich, wenig Kenntnis vorhanden über die organisatorischen Zusammenhänge, die theologischen und politischen Besonderheiten und Unterschiede dieser Strukturen und der dazugehörigen Milieus. Die im Bezirk wahrgenommenen und artikulierten Differenzierungen der einzelnen muslimischen Organisationen verliefen lediglich entlang der Herkunftsländer. So sprach man beispielsweise in Mitte davon, dass es etwa 20 Moscheegemeinden im Bezirk gibt, davon so und so viele türkische, arabische, pakistanische. In dieser Wahrnehmung gerieten nicht nur die sozialen Einrichtungen dieser Vereine, wie Fußballclub, Jugendladen oder Kindertagesstätte aus dem Blickfeld, sondern es wurden Gemeinsamkeiten zwischen Verbänden hergestellt bzw. erwartet, wo keine sind. Eine Aufgabe der Studie bestand deshalb auch darin, diese Strukturen, Hintergründe und Zusammenhänge im Bezirk und ihren Einfluss und das Agieren vor Ort in der Kommune ausführlich darzulegen.¹ Auf der Grundlage dieser konkreten, namentlich zu benennenden und zu beschreibenden Organisationslandschaft, die in Mitte sehr komplex ist, konnte der eigentlichen Fragestellung nach islamistischen und damit Demokratie gefährdenden Phänomenen nachgegangen werden.

Neben dieser Homogenisierung und der recht oberflächlichen Kenntnis der einzelnen muslimischen und islamistischen Gruppen und Strömungen, zeigte die Studie in Mitte auch eine große Unsicherheit bei den Befragten, zwischen Muslimen und Islamisten zu differenzieren. Der Spannungsbogen der Wahrnehmung und des öffentlichen Diskurses über den Islam einerseits und den Islamismus andererseits reichte in Mitte – wie damals in zahlreichen Kommunen Berlins und der Bundesrepublik – von pauschaler Gleichsetzung bis hin zur Ignoranz von islamistischen Strukturen und Einstellungsmustern als real existierendes politisches und eventuell Demokratie gefährdendes Phänomen. Das ging zum Teil einher mit einer unkritischen Hofierung islamistischer Vereine und Organisationen als „Vertreter des Islam und der Musli-

¹ In einem Informationsteil werden neun überregionale Einheiten mit ihren Niederlassungen im Bezirk Mitte ausführlich vorgestellt

me“, bedingt auch durch eine Reduzierung des komplexen Integrationsdiskurses auf das Themenfeld „Islam und Muslime“. Verantwortlich für diese Haltung war aber auch eine jahrelange und ebenso nach Beendigung der Studie weiter zu beobachtende Ignoranz und ein kaum vorhandenes Interesse an einer intensiven Auseinandersetzung mit der vorhandenen Vielfalt und Verschiedenheit. Das hatte zur Folge, dass es nicht nur an der Entwicklung einer eigenen Entscheidungskompetenz mangelte, es fehlten auch vereinbarte Kriterien, wie in einem Konfliktfall zu reagieren sei. Anders als beim Rechtsextremismus gab es beispielsweise zur islamistischen Szene Berlins keine aussagekräftige Literatur, die herangezogen werden konnte, und auch die veröffentlichten Jahresberichte des Berliner Verfassungsschutzes boten und bieten keine Auskunft über Berliner Ableger der beobachteten islamistischen Strömungen, es werden so gut wie keine konkreten Namen der Vereine und Einrichtungen vor Ort genannt. Erschwerend kam und kommt hinzu, dass einige lokale Vereine und Moscheegemeinden ihre Zugehörigkeit zu diesen Strömungen (speziell Milli Görüs und die Muslimbruderschaft) nach außen verheimlichen, einzelne Funktionäre selbst im Klagefall vor Gericht die Beziehungen noch leugnen. Diese Intransparenz nicht nur hinsichtlich der Strukturen sondern auch in Bezug auf die interne politische Agenda einzelner Vereine und Netzwerke führten und führen nicht nur im Berliner Bezirk Mitte zu Verdächtigungen, Gerüchten und teilweise pauschaler Ablehnung einerseits und andererseits zur Verlagerung des Diskurses auf den rein religiösen und sozialen Bereich und zum Ausblenden der bei islamistischen Gruppierungen zu thematisierenden politisch-ideologischen Aspekte.

Letztere Haltung ließ sich vor allem in zwei Quartieren, in Wedding und in Moabit, bei dort tätigen Quartiersmanagements beobachten. Konfrontiert mit einer relativ dominanten islamischen und stellenweise auch islamistischen Struktur in diesen beiden Quartieren standen und stehen diese Quartiermanagements vor der alltäglichen Herausforderung im Umgang damit, da es zu ihren Aufgaben gehört, die in ihrem Quartier ansässigen Bürger/innen und auch ihre Vereine einzubeziehen.² Die von diesen Quartiersmanagements entwickelten Handlungskonzepte und die durch die Arbeit entstandene Kompetenz im Wissen um die einzelnen Verbände und Gemeinden wurden schnell im gesamten Stadtbezirk zum Maßstab, nicht nur in Politik und Verwaltung und andere im Bezirk vorhandene Kompetenzen in Beurteilung und Umgang

² Das Quartiersmanagementverfahren in Berlin kommt in Gebieten zum Einsatz mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, hohem Ausländeranteil, einer starken Zunahme dieser Anteile sowie einer außergewöhnlich hohen Mobilität der Bewohnerschaft. Das Ziel ist es, das Sozialgefüge zu stabilisieren, Anonymität aufzulösen, soziale Kontrolle aufzubauen und eine Basis für das Engagement von interessierten Bewohnern zu schaffen. Die Menschen sollen die Fragen ihres Wohnumfeldes, der Situation des öffentlichen Raumes wie auch des Zusammenlebens im Quartier als ihre eigene Sache begreifen und dazu befähigt werden, das Gemeinwesen selbst zu organisieren (Empowerment).

mit den betreffenden Gruppen blieben und bleiben nach wie vor außen vor. Die sehr umfangreiche Darstellung und Problematisierung der Strukturen, Hintergründe und teilweise von den Vereinen geleugneter Zusammenhänge in der 2004 veröffentlichten ZDK-Kommunalstudie kratzte dann nicht nur empfindlich an dieser privilegierten Stellung, sondern nährte auf Seiten dieser Quartiersmanager die Befürchtung, ihre weitere Arbeit der Einbindung und Kooperation mit den in der Studie benannten Gruppierungen könnte gefährdet werden. So kam es zu einer heftigen Abwehrreaktion dieser Quartiersmanager gegen die Kommunalstudie in Form einer umfangreichen schriftlichen Stellungnahme zum Themenfeld Islamismus. Darin wird bereits die in der Kommunalstudie der Analyse vorangestellte ausführliche Erläuterung und Definition dieses Themenfeldes sowie die Begriffswahl „Islamismus“ von den drei Verfassern der Stellungnahme abgelehnt. Basierend auf dieser Definition, die Islamismus als ideologisches Konstrukt beschreibt, als umfassendes Gesellschaftskonzept auf religiöser Grundlage, das seine Apologeten als Gegenentwurf zur Demokratie, also einer säkularen Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Trennung von Staat und Religion, verstehen und unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten und nicht durch Gewalt oder Terror umzusetzen versuchen, sind die in den folgenden Kapiteln der Kommunalanalyse vorgenommenen Einordnungen zu sehen und zu verstehen. Teilt man also diese Definition nicht, wie es in dieser kritischen Stellungnahme der Fall war, dann wird man auch die darauf aufbauende Analyse entsprechend ablehnen. Damit wurde ein grundlegendes Problem deutlich, das sowohl die Islamwissenschaft und Migrationsforschung als auch die gesamtgesellschaftliche Debatte weit über den Bezirk Mitte hinaus kennzeichnet. Es geht um die Frage, wie das Phänomen Islamismus überhaupt einzuordnen und zu definieren ist sowie in der Konsequenz die Frage nach dem Umgang mit den entsprechenden Gruppierungen, die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten. Ein Angebot des ZDK an die Verfasser der kritischen Stellungnahme, gemeinsam mit dem Bezirksamt die strittigen Sichtweisen zu diskutieren, blieb bis heute unbeantwortet, trotz mehrfacher Angebote des ZDK, dieses Gespräch gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister in einer geschlossenen Runde durchzuführen. Die Arbeit am aktuellen Projekt - Nachbearbeitung und Weiterentwicklung der Kommunalanalyse – wurde dadurch behindert, da die Kritik an den Positionen des ZDK weiter im Raum standen und auch im Bezirk auf eine Art und Weise kommuniziert wurden, dass die Mitarbeiterinnen des ZDK davon nur vom Hörensagen erfuhren und sich dementsprechend nicht äußern konnten. Die geplante und notwendige öffentliche kritische Auseinandersetzung mit islamistischen Entwicklungen und die Erörterung, was und wie daran demokratiegefährdend ist und welche Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden können, wurde damit behindert, konnte lediglich in kleineren Kreisen stattfinden.

Hinzu kommt die berechnete Kritik, dass es im Bezirk kaum eine überregionale Debatte über ganz allgemeine Fragen des Zusammenlebens mit Muslimen gibt, bei der nicht das Negative sondern die Gemeinsamkeit und das Progressive im Vordergrund steht. Diese Debatte findet in zahlreichen kleinen lokalen Zusammenhängen, in Kiezen, Stadtteilgruppen usw. durchaus statt, dringt jedoch kaum über den jeweiligen lokalen Bereich hinaus. Vor diesem Hintergrund wurde der Ansatz des ZDK, die Konzentration auf Problembeschreibungen und Gefährdungen für das demokratische Gemeinwesen im Bezirk auch als Stigmatisierung empfunden. Die Erwartungen an das ZDK gingen deshalb z.T. auch weit über den Arbeitsauftrag hinaus. So war es nicht die Aufgabe des ZDK, wohl aber die Erwartung, diesen fehlenden überregionalen positiven Diskurs mitzuleisten. Verkürzt lässt sich das auf die Formel bringen. "Man kann den Islamismus nur kritisieren, wenn man sich gleichzeitig für die Anerkennung und Gleichberechtigung des Islam und der Muslime einsetzt." Diese Formel ist die Grundlage, auf der sich das ZDK mit der islamistischen Ideologie, den Organisationen und dem Milieu auseinandersetzt. Der Arbeitsauftrag und die Themenstellung des ZDK war und ist es aber nicht, einen Islamdiskurs zu führen, sondern herauszuarbeiten, wo es nicht um die berechtigten religiösen Ansprüche von Muslimen und ihren Organisationen geht, sondern unter dem Deckmantel der Religion politische und demokratiegefährdende Entwicklungen und Aktivitäten stattfinden.

2. Von der Analyse zur aktiven Auseinandersetzung

Am 14. Juni 2004 stellte das ZDK auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Berliner Integrationsbeauftragten, Günter Piening, drei soeben fertig gestellte Kommunalanalysen der Öffentlichkeit vor. Eine dieser drei Studien beschäftigte sich mit den Demokratie gefährdenden Phänomenen im Berliner Stadtbezirk Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention.

Wie bereits zuvor in Kreuzberg, so wurden auch im Bezirk Mitte islamistische Tendenzen, alltagskulturelle Phänomene und Organisationen beschrieben. Des Weiteren wurden rassistische, antisemitische, sexistische, homophobe und antiziganistische Einstellungsmuster und Verhaltensweisen in allen Teilen der Wohnbevölkerung als Querschnittsphänomene festgestellt. Im Themenfeld Rechtsextremismus ergab sich das Bild, dass die öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten im Bezirk Mitte seit dem Jahr 2000 ein im Bezirk gern unterschätztes Geschehen darstellt, sei es doch nicht aus dem Bezirk entstanden und Sache des Senats und des Bundes. Seit Kriegsende war es 600 Rechtsextremisten erstmals am 29. Januar 2000 gelungen, mit schwarzweißroten Fahnen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ – Rufen durch das Brandenburger Tor zu marschieren. Dass Rechtsextremismus und Antisemitismus im Bezirk nicht so selten wie gemein hin angenommen sind, zeigte auch eine Chronik der Ereignisse, die das Zentrum Demokratische Kultur aufgestellt hat.

Und so forderte Bezirksbürgermeister Zeller am Ende der Pressekonferenz dann auch die aktive Auseinandersetzung, um die Ergebnisse der Kommunalanalyse in Handeln überführen zu können. Aufgrund auslaufender Finanzierung durch den Berliner Senat musste das ZDK diese Arbeit Ende 2004 jedoch einstellen. Auf Betreiben des Bezirksamtes Mitte unter Leitung des Bezirksbürgermeisters Zeller, der CDU-Fraktion und unterstützt von der Fraktion Bü90/Die Grünen wurde 2006 mit dem ZDK ein Projekt-Vertrag geschlossen, dem alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zustimmten. Und so konnte das ZDK zwei Jahre nach Vorlage der Kommunalstudie im Sommer 2006 mit der Arbeit im Bezirk beginnen, auf ein Jahr finanziert und unterstützt durch den Bezirk.

Das zentrale Anliegen des Projektes konzentriert sich dabei auf die Diskussion der Ergebnisse der Kommunalstudie in Form von Workshops, um eine Sensibilisierung und Kompetenzerweiterung der Multiplikatoren in Verwaltung, Politik, Schule, kommunalen Einrichtungen, Jugendeinrichtungen, Migrantenorganisationen und Polizei zu erzielen. Begleitend dazu sind weitere Daten zu erheben und die Erkenntnisse der Studie zu aktualisieren. Gleichzeitig soll

das ZDK bei Anfragen und in Konfliktfällen beratend tätig sein. Mit der Ausführung dieser Arbeit beauftragte das ZDK Claudia Dantschke sowie Claudia Luzar, die diese Arbeit in enger Abstimmung mit dem Integrationsbeauftragten W. Müller, der Gleichstellungsbeauftragten K. Drobick und dem Leiter des Amtes für Bürgerdienste des Bezirksamtes Mitte R. Rinner durchführten.

2.1. „Einbinden oder ausgrenzen oder was?“

In einer Auftaktveranstaltung am 24. August 2006 stellten ZDK und Bezirksamt das Projekt gemeinsam vor und warben um eine aktive Mitarbeit der verschiedenen Akteure und Akteurinnen des Bezirks. Den Kern des Projektes bildete eine Veranstaltungsreihe unter der Überschrift „Einbinden oder ausgrenzen oder was?“. An verschiedenen Orten, mitten im Kiez, sollte jeweils eines der in der Studie untersuchten Demokratie gefährdenden Phänomene ausführlicher thematisiert und mit den lokalen Initiativen, Vereinen, Betroffenen und Multiplikatoren auch im Hinblick auf Lösungsansätze erörtert werden.

Zu einem ersten Workshop lud das ZDK am 6. September 2006 in die Bezirkszentralbibliothek am Luisenbad in Wedding ein. Die knapp dreistündige Veranstaltung stand unter dem Titel „Schwarz-weiß gedacht, Rassismus in Mitte?“. Es gelang, mehrere Vertreter der lokalen Initiativen schwarzafrikanischer Migrantinnen/innen aktiv einzubeziehen. In den letzten Jahren war es vor allem in Wedding zu einem verstärkten Zuzug von Schwarzafrikanern/innen gekommen, ohne dass deren Alltagserfahrungen und Probleme im Bezirk größere Beachtung erfahren hätten. Die eine Woche später, am 17. September, anstehenden Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten wurden zudem genutzt, auch die lokalen Parteienvertreter/innen über ihre Konzepte sowie Handlungsvorstellungen gegen Rassismus und Diskriminierung sowie Integrationsvorstellungen zu befragen. So kam es zu einem intensiven Austausch mit den Vertreter/innen von Bündnis 90/Grüne, PDS/Linke und FDP. Dabei ging es nicht nur um Erfahrungen mit Rassismus im Bezirk, sondern auch um emanzipatorische Ansätze und Initiativen der Schwarzafrikaner und unterschiedliche Versuche der Selbstorganisation. Als Resultat dieser Veranstaltung, in der verschiedene Teilnehmer den Wunsch nach stärkerer Vernetzung und Unterstützung durch den Bezirk geäußert hatten, wurde bei der City Volkshochschule ein Afrikanisch-Deutscher Club gegründet. Seit Februar 2007 bietet dieser Club monatliche Veranstaltungen für Deutsche und Afrikaner an.

Nach den Wahlen vom 17. September kam es im Bezirk Mitte zu einer umfassenden Neugestaltung, da die SPD als stärkste Fraktion und unterstützt von FDP und PDS/Linke nun mit Dr. Christian Hanke den Bezirksbürgermeister stellte. Der ehemalige Bezirksbürgermeister Joachim Zeller (CDU) wurde neuer Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Immobilien und Ordnungsamt. Bis zur Konstituierung des neuen Bezirksparlamentes verging ein Monat, die Bildung der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zog sich teilweise bis ins neue Jahr hinein, die Bildung des neuen Migrationsbeirates (Beirat für Migrant/innen und Flüchtlinge) sogar bis Ende Mai 2007.

Aus diesem Grund gestaltete sich die Zusammenarbeit des ZDK mit den politischen Vertreter/innen von Bezirksamt und BVV schwierig, die Kooperation mit dem Bezirk verblieb weitestgehend auf der Ebene der Verwaltung. Das hinderte das ZDK jedoch nicht daran, die Arbeit des Projektes intensiv fortzuführen und parallel zu den Veranstaltungen durch teilnehmende Beobachtungen verschiedenster Aktivitäten im Bezirk sowie durch Gespräche und Recherchen Daten und Informationen zu aktuellen Entwicklungen zu erheben.

Nach intensiver Vorbereitung lud das ZDK am 14. November 2006 zur nächsten Veranstaltung der Reihe „Einbinden oder ausgrenzen oder was?“ ein. Diesmal ging es um das Themenfeld Sexismus, wobei ein Schwerpunkt der Diskussion auf die Sexualisierung von Kindern und Jugendlichen durch religiöse Symbole gelegt wurde. Unter dem Titel „Frau sein – Mann sein, muslimische Jugendliche zwischen religiösem Anspruch und sexueller Freizügigkeit“ stellten wir konkret die Frage nach vorgegebenen Rollenmustern im Kontext des viel diskutierten muslimischen Kopftuches. „Das Kopftuch als Schutz der Mädchen vor sexueller Belästigung und Ausdruck ihrer religiösen Identität ist zum Streitobjekt geworden. Welche Assoziationen werden bei männlichen Jugendlichen geweckt und wie gehen sie damit um. Wie kann und soll Bildung und Erziehung auf vorgegebene Rollenmuster reagieren, wenn es darum geht, den Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen“, lautete der Einladungstext zu dieser Veranstaltung. Als Veranstaltungsort wählten wir das interkulturelle Zentrum für Mädchen und junge Frauen „Mädea“, eine Einrichtung der Stiftung SPI, in Wedding aus. Diese Einrichtung ist über den Bezirk hinaus für ihre emanzipatorische, feministisch-interkulturelle Mädchenarbeit bekannt. Mädchen und junge Frauen unterschiedlicher Herkunft zwischen 8 und 18 Jahren, mit und ohne Kopftuch, besuchen diesen Treff. Mädeas Konzeption zielt auf „die Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und Kulturen“. Feministisch-interkulturelle Mädchenarbeit initiiert Erkenntnis- und Erfahrungsprozesse

zur persönlichen und allgemeinen gesellschaftlichen Situation von Mädchen und Frauen verschiedener kultureller Herkunft“, heißt es dazu in der Mädea-Selbstdarstellung.

Als Hauptreferentin der Veranstaltung konnte Emel Abidin Algan gewonnen werden. Sie ist eine gläubige Muslimin, Mutter von sechs Kindern und war über 15 Jahre lang innerhalb der komplexen Berliner Milli-Görüs-Strukturen in der Kindererziehung und Frauenarbeit aktiv. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im September 2003 hatte sie sich mit ihren eigenen Kopftuchkreationen aktiv in die Kopftuchdebatte eingemischt. Nach einer langen Phase der inneren Auseinandersetzung mit vorgegebenen Verhaltensregeln und ihrem eigenständig erlangten Religionsverständnis legte Emel Abidin Algan im Winter 2005 nach 30 Jahren ihr Kopftuch ab und streitet seitdem für eine feministische und emanzipatorische Religionsinterpretation. In Schriften und auf Podien setzt sie sich kritisch mit patriarchalen Strukturen und sexistischen Religions-Interpretationen auseinander und kämpft für einen auf Wissen und Bildung und nicht auf blindem Gehorsam basierenden selbstbestimmten Zugang zur eigenen Religion und damit auch zum Thema des Geschlechterverhältnisses, wofür sie im April 2007 mit dem Preis der deutschen Lutherstädte „Das unerschrockene Wort“ ausgezeichnet wurde. Ihre Erfahrungen auf diesem Weg, ihre Probleme, Hindernisse und Erkenntnisse bildeten die Diskussionsgrundlage der Veranstaltung. Dabei ging es nicht primär um die Frage des Kopftuchtragens, sondern um die oft damit einhergehenden und von einigen konservativ religiösen Gruppen propagierten Bilder von Ehrbarkeit und damit Schutz vor sexueller Belästigung. Im Umkehrschluss kann diese Einstellung, wie auch in der Kommunalstudie des ZDK in Mitte festgestellt wurde, zu sexistischen Diskriminierungen von Mädchen und Frauen führen, die sich freizügiger kleiden.

An der Veranstaltung nahmen über 60 Gäste teil - Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, Mädchen und Frauen mit und ohne Kopftuch, eine muslimische Theologin, die das Kopftuch ebenso emanzipiert und selbstbestimmt verteidigte, wie es Emel Abidin Algan ablehnt, männliche und weibliche Sozialarbeiter und Streetworker sowie Politiker und interessierte Weddinger und Weddingerinnen. Der Bogen der Diskussion spannte sich dann von der unterschiedlichen Darstellung von Alltagserfahrungen - drastische Schilderungen sexistischer Verhaltensweisen gegenüber Mädchen und Frauen, die entsprechend ihrer Kleidung als nicht ehrbar und deshalb sexuell verführbar angesehen wurden, was andere wiederum aus ihrer Erfahrung als nicht zu verallgemeinernde Einzelfälle einordneten - bis hin zum Verweis auf sexistische Verhaltensweisen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und Frauendiskriminierung an sich. Im Verlauf der Diskussion trat die Frage, ob das Kopftuch nun religiöse Pflicht sei oder nicht, immer stärker in den Hintergrund und es gelang der Einstieg in die Debatte, was eine

emanzipatorische Mädchenarbeit ausmacht, die auch einen selbstbestimmten Zugang zur eigenen Religion ermöglicht. Von der Referentin und auch aus dem Kreis der Teilnehmer/innen wurde betont, dass ähnliche Diskussionsveranstaltungen und Workshops auch gezielt mit und in Jugendsozialeinrichtungen mit hohem Anteil männlicher Jugendlicher wünschenswert seien.

Diese Anregung griff das ZDK auf und lud am 20. Juni 2007 in das Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit „Fabrik Osloer Straße“ in Wedding ein zur Veranstaltung „Jungejunge – sei ein Mann!“, um Männlichkeitsbildern zu diskutieren. In unserem Einladungstext formulierten wir die Themenstellung folgendermaßen: „Männlichkeitsbilder sind gesellschaftlich geprägte, oft vorgeschriebene Rollen. Aber nicht immer. Mit dem Wechsel der gesellschaftlichen Verhältnisse darf sich auch das Rollenverständnis sowohl der heranwachsenden jungen Menschen als auch der erziehenden Eltern- und Großelterngeneration ändern. Warum geschieht das nicht oder nur so langsam? Welche traditionellen, religiösen oder ideologischen Rollenfestschreibungen gilt es zu überwinden und wie? Jugendgewalt, Frauenfeindlichkeit und Homophobie werden oft nur als Erscheinungen pubertärer Männlichkeitsorientierung wahrgenommen. Wir suchen gemeinsam mit Referenten aus verschiedenen sozialen und pädagogischen Bereichen nach Antworten und stellen die Frage nach dem Zusammenhang mit der Erziehung durch Familie und Gesellschaft.“

Der Referent Hakan Tas, Journalist, Mitglied des Berliner Migrationsbeirates und Gründer des Vereins Gladt (Schwulen und Lesben aus der Türkei), reflektierte aus eigenem Erleben und jahrelanger Beschäftigung mit diesem Thema Aspekte von übersteigertem Männlichkeitskult im türkisch/arabischen sowie islamischen und islamistischen Milieu, die noch weitgehende Tabuisierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sowie homophobe Diskriminierungsformen und Ausgrenzungen. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass männliche arabische und türkische Jugendliche in sozialen Brennpunkten die am stärksten von sozialer Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten und damit von Anerkennungserfahrungen ausgeschlossene Gruppe sind. Patriarchale Erziehungsvorstellungen, sexualisierte und biologistisch grundierte Menschenbilder in gesamtgesellschaftlichen Diskursen (siehe die Thesen der ehemaligen Tagesschau Moderatorin Eva Hermann) sowie in traditionellen, religiösen und politisch-ideologische Milieus (islamistische aber auch rechtsextremistische Ideologien) müssen mit in Betracht gezogen werden. Hinzu kommt, dass lokale HipHop-Stars vor allem über Gewalt und Männlichkeit verherrlichende und frauenverachtende Texte sozial aufsteigen können, da die Musikindustrie genau diese Ghetto-Gangster-Rap-Jugendkultur anerkennt und

fördert. Der „Sozialneid“ als Auslöser aggressiven Machoverhalten und Gewalt ließ sich am Beispiel der Aversionen zwischen dem Weddinger HipHop Label Shok Musik und dem durch einen Vertrag mit einem großen Musik-Label aus der Masse sozial aufgestiegenen palästinensischen HipHop Star „Massiv“ recht gut verdeutlichen. Erst kurz zuvor war „Massiv“ bei einem seiner Konzerte im Ruhrpott von Jugendlichen tätlich angegriffen worden, woraus sich dann eine Massenschlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des Sängers „Massiv“ entwickelte. Im Internet-Video-Portal Youtube spiegeln sich diese Kämpfe in Form von Hass- und Kampfvideoclips wieder.

Auch wenn die Beteiligung an dieser Veranstaltung mit 15 Personen hinter den Erwartungen zurück blieb, wurde sie von allen Beteiligten als äußerst informativ und gewinnbringend erachtet, vor allem auf Grund des breiten und analytischen Ansatzes.

Auch wenn es in einigen Quartieren des Bezirkes Mitte ein recht großes Potenzial für Rechtspopulismus gibt und im Straßenbild ab und zu auch Rechtsextremisten wahrgenommen werden können, so existiert nach allen bisherigen Erkenntnissen der Ämter, der Polizei, der Sportvereine, dem ZDK und anderer Organisationen im Berliner Bezirk Mitte eine rechtsextreme Szene wie in anderen Bezirken nicht. Aufgrund der zahlreichen repräsentativen Orte in Mitte, wie z.B. das Brandenburger Tor, ist der Bezirk aber des öfteren Schauplatz rechtsextremistischer Demonstrationen und Kundgebungen. Trotzdem findet im Bezirk kaum eine Auseinandersetzung mit aktuellen Formen des Rechtsextremismus statt. Deshalb lud das ZDK am 16. Januar 2007 in den Jugendclubs Ikarus im Ostberliner Alt-Mitte ein, um für die neuen Entwicklungen im Rechtsextremismus zu sensibilisieren. „Baggihosen statt Bomberjacken - Nazis in (der) Mitte?“ lautete der Titel dieser Veranstaltung, auf der ein Aussteiger aus der rechtsextremen Berliner Szene, Gabriel Landgraf, von seinen Erfahrungen berichtete. In dieser Diskussion ging es um das Abrutschen Jugendlicher in die rechte Szene, das Erkennen der Veränderungen und die Interventionsmöglichkeiten durch das Umfeld. Gabriel Landgraf erläuterte Zeichen und Symbole und ging auf die Instrumentalisierung der Jugendkultur durch Rechtsextremisten ein. Zur Absicherung der Veranstaltung wurde mit Polizei und Staatsschutz kooperiert, was sich als richtig erwies, denn es erschienen auch Rechtsextremisten aus dem Spektrum der Freien Kräfte Berlins des Aussteigers Landgraf. Mittels Provokationen und dem Fotografieren von Gabriel Landgraf sowie anwesender Besucher und Besucherinnen versuchten die Rechtsextremen die Veranstaltung zu torpedieren. Unbeeindruckt erläuterten Landgraf und einige Besucher/innen anhand von Kleidung und Verhalten der Störer die Strategien der Freien Kameradschaften. Durch persönliche Ansprachen waren diese verunsichert

und schafften es nicht, durch das Mittel der „Wortergreifungsstrategie“ die Veranstaltung zu vereinnahmen. Ein Sozialarbeiter, der die Veranstaltung besucht und als sehr hilfreich eingeschätzt hat, meldete sich später beim ZDK und bat um Material zum Thema Ausstieg aus der rechten Szene.

Auch nach den weiteren Veranstaltungen gab es konkrete Reaktionen und Anfragen an das ZDK mit der Bitte um Beratung und Unterstützung bei Konfliktlösungen. So meldete sich im Mai 2007 die Lehrerin einer Grundschule in Berlin Moabit. In der 5. Klasse war es bei der Behandlung des Holocaust im Lebenskundeunterricht zu Hitler-verehrenden und antisemitischen Ausfällen von Schülern gekommen. Es waren hauptsächlich Schüler mit arabischem Migrationshintergrund. Die Schule ist entschlossen, diesen Vorfall nicht zu ignorieren, sondern nach Wegen der pädagogischen Auseinandersetzung zu suchen. Eine Lehrerin des Schulkollegiums hatte an der Veranstaltung des ZDK zum Thema „Alter neuer Dämon - Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“ am 23. Januar 2007 teilgenommen und stellte nun den Kontakt zwischen Schule und ZDK her. In dieser Veranstaltung, die wir mitten im Beusselkiez, im Stadtschloss Moabit, durchgeführt hatten, war es konkret um antisemitische Erscheinungsformen in Einwanderergruppen gegangen, die persönlich vom Nah-Ost-Konflikt betroffen sind. Deren Kinder und Jugendliche sind nicht selten stark politisiert, emotional leicht ansprechbar und schnell zu antisemitischem Verhalten zu mobilisieren. Der Beusselkiez ist geprägt von einem hohen Anteil von Familien palästinensischer und libanesischer Herkunft. Deshalb baten wir das interkulturelle Projekt „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA“, zum Thema Antisemitismus in seinen aktuellen Erscheinungsformen zu referieren und von ihnen entwickelte pädagogische Konzepte für diese Zielgruppe (Jugendliche mit arabischem Migrationshintergrund) vorzustellen. Mit dieser Veranstaltung wollten wir zudem auch zu einem analogen zivilgesellschaftlichen Engagement im Bezirk Mitte anregen. Etwa 35 Personen waren zu der Veranstaltung gekommen, vor allem Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und vereinzelt Vertreter von Vereinen bzw. aus Politik und Verwaltung mit und ohne Migrationshintergrund. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass ein großer Bedarf an einführenden Informationen besteht, da es wenig Wissen über die im türkisch- und arabischsprachigen Milieu verbreiteten Stereotype, Verschwörungstheorien, Hintergründe, Zusammenhänge und Sichtweisen gibt.

Die Auswahl des Beusselkiezes als Veranstaltungsort erfolgte noch aus einem weiteren Grund. Auf Anregung und mit Unterstützung des dortigen Quartiersmanagements hatte der

Berliner Senat im Rahmen des „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus“ von Oktober 2004 bis Ende Juni 2006 das Projekt Jugendtheaterwerkstatt Moabit, „Jugendtheater für Frieden und Gerechtigkeit - gegen Antisemitismus und Islamophobie“, in der Trägerschaft des Vereins „Olle Burg e. V.“ gefördert. Basierend auch auf den Erkenntnissen der ZDK Kommunalstudie im Bezirk Mitte waren antisemitische Einstellungs- und Verhaltensmuster bei Jugendlichen vor allem arabischer aber auch türkischer Herkunft als Problematik erkannt worden. Darauf sollte nun in geeigneter jugendpädagogischer Form reagiert werden. Das Projekt Jugendtheaterwerkstatt Moabit bekam den Zuschlag, da es „mit sozial benachteiligten Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft Elementartheaterpädagogischer Arbeit mit sozialer Bildungsarbeit kombiniert und schwierige Themen des jugendlichen Zusammenlebens auf jugendgemäße Art und Weise thematisiert“, wie es die zuständige Senatorin in ihrer Antwort auf eine kleine parlamentarische Anfrage formulierte. Das Hauptprojekt dieser Jugendtheaterwerkstatt war das Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer?!?“ . Das ZDK hatte bereits bei einer ersten Präsentation der Ergebnisse der Kommunalstudie in einem Stadtteilplenum im Beusselkiez im Herbst 2004 sowohl dieses Projekt als auch den Leiter und Regisseur des Theaterstückes kennen gelernt und seitdem diese Jugendsozialarbeit beobachtend begleitet und gemeinsam mit anderen Fachgremien kritisch kommentiert. Nicht nur einzelne Politiker und Pressevertreter griffen diese Kritik auf, auch Fachexperten/innen aus der Task Force: Education on Antisemitism kamen in einer ausführlichen Analyse der pädagogischen Aspekte dieses Projektes zu einem deutlichen Urteil. So wurde in dieser Analyse u.a. festgestellt, dass das Theaterprojekt bei der Zielgruppe „antisemitische Stereotype reproduziert und diese so bei den Jugendlichen verfestigt, statt sie zu dekonstruieren“. Das Stück arbeite „statt mit Differenzierungen mit Polarisierung“ und führe zusammen, „was in der Welt der Jugendlichen von diesen selbst oft nicht zusammengebracht wird“. Die Jugendlichen bekommen „keine Informationen über ihre eigene Lage und die Bezugsobjekte ihrer Identität (Herkunftsländer, Geschichte, Religion, Nahost-Konflikt), stattdessen werden ihnen Deutungen angeboten, in denen durch eine übertriebene Parallelisierung die Unterschiede zwischen Moabit und Ramallah zu verschwinden scheinen“. Überhaupt werde zum Nah-Ost-Konflikt „nur eine Partialperspektive aufgegriffen, wodurch der Konflikt instrumentalisiert, vereinfacht und polarisiert wird“. Das Fazit der Analyse lautet: „Als vermeintliches Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen wird hier politische Propaganda präsentiert.“ Diese Einschätzung ist zutreffend und lässt sich erklären mit dem politisch-ideologischen Hintergrund des Autors, Regisseurs und Leiters des Projektes Jugendtheaterwerkstatt Moabit, Ahmed Shah. Als jahrelanger Aktivist der linksextremen trotzkistischen

Splittergruppe „Linksruck“ hat er sich, getreu der trotzkistischen „Entrismus“ - Strategie³, innerhalb des nicht-extremistischen Trägers Olle Burg e. V. als Jugendsozialarbeiter etabliert, zuständig für das Moabiter Projekt „Spielplatzbetreuung MoaMeet“, und eine Jugendtheaterwerkstatt aufgebaut. In seinen zahlreichen Texten in den Linksruck-Publikationen ist nicht nur seine Ablehnung des Existenzrechtes des Staates Israel nachzulesen, sondern auch seine Einstellung zum „kapitalistischen Staat“ Deutschland. „Das Problem mit den 68ern war nicht ihre Militanz sondern dass sie ihr Ziel, das kapitalistische System zu stürzen, nicht vollendet haben.“⁴ Oder: „Der Staat ist also der bewaffnete Flügel der herrschenden Klasse. Ein Kampf gegen die Polizei, manchmal nötig, ist kein Ersatz für einen Kampf gegen die kapitalistische Dominanz in den Betrieben. ... Eine Gegenwehr, die dezentral bleibt, hat keine Chance gegen die Herrschenden. Polizei, Justiz, Medien und Bildungssystem sind aufeinander abgestimmt. Ein Kampf gegen diesen Staat braucht eine Organisation, die die Stränge der emanzipatorischen Bewegungen zusammenbringt und zentralisiert.“⁵ Dieser Ideologie entsprechend sind im Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer ?!“ die Moabiter Polizei (Folterer wie in Guantanamo), Justiz (Herrscherjustiz), Medien (Feinde des Islam) und das Bildungssystem (hilflos bei Konflikten und nur Vorgaben umsetzend) dargestellt, gegen die sich die Jugendlichen (egal welcher Herkunft) zusammenschließen und wehren müssen. Dieses multikulturelle Finale des Stückes überdeckte bei vielen Kommentatoren die Wahrnehmung des sich durch das Stück ziehenden Schwarz-Weiß-Agitprop gegen die bundesdeutsche Demokratie.

Im Bezirk und besonders im Beusselkiez waren weder diese Analysen noch die anhaltenden kritischen Auseinandersetzungen⁶ mit dem Jugendtheaterprojekt und seinem Leiter bekannt. Und so entschloss sich das ZDK, den nächsten Workshop der Veranstaltungsreihe im Bezirk Mitte als Informationsrunde zu gestalten, zu der gezielt Bezirksamtsmitglieder, Vertreter der Fachämter, der Jugendförderung, Schulräte, Präventionsbeauftragte und die Gebietskoordinatorinnen Stadtteil- und Quartiersmanagement eingeladen werden. Unter dem Titel „Wi(e)der die Demokratiegefährdung - Ist gut gemeint = gut gemacht?“, analysierten wir Aktivitäten im Bezirk Mitte, wobei jugendpädagogische Ansätze zur Demokratieförderung und zur Auseinandersetzung mit antisemitischen Einstellungen und Verhaltensmustern am Beispiel der Ju-

³ Entrismus ist eine von verschiedenen kommunistischen, vor allem von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten (mitunter heimlichen) Eindringens in Organisationen, v.a. in Parteien der Arbeiterbewegung, seltener anderer Sozialer Bewegungen. Ziel kann dabei sein, von innen heraus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, die eigene Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu gewinnen, den Kurs der Organisation zu verändern oder eine legale politische Arbeitsmöglichkeit zu haben.

⁴ Ahmed Shah: „68 verteidigen“, in: Linksruck: Nr. 102, Januar 2001

⁵ Ahmed Shah: „Die Politisierung der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für den Sieg der antikapitalistischen Bewegung“, in: Sozialismus von unten - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis, Hrsg.: Linksruck Netzwerk, Nr.5, Winter 2000/2001, unter: www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu5/organisieren.htm

⁶ Im Dezember 2006 kam es auch zu einer kritischen Debatte mit Ahmed Shah im Amt des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats. Das Protokoll dieser Sitzung liegt inzwischen vor.

gendtheaterwerkstatt Moabit exemplarisch dargestellt wurden. Die anschließende Diskussion drehte sich dann vor allem um die Notwendigkeit, in der Verwaltung und auf Bezirksebene einen Kriterienkatalog als Grundlage für Entscheidungen für oder gegen ein Projekt zu erarbeiten. Da oft die Kompetenz der Mitarbeiter/innen in der Verwaltung fehle, einen Träger oder ein Projekt einschätzen zu können, wäre, so eine Teilnehmerin, eine zentrale Anlaufstelle oder wenigstens eine Übersicht über mögliche Anlaufstellen wünschenswert, an die man sich im Bedarfsfall wenden könne. Auch müsse und könne der Erfahrungsaustausch innerhalb der verschiedenen Verwaltungsabteilungen und Bezirks-Gremien verbessert werden.

Der Hinweis des ZDK, im Rahmen des Projektes in Berlin Mitte als entsprechende Anlaufstelle zur Verfügung zu stehen, wurde dann nach dieser Veranstaltung auch vermehrt in Anspruch genommen. So meldete sich z.B. die für die Weiterfinanzierung der Jugendtheaterwerkstatt Moabit zuständige Fachreferentin des Bezirks, die an der ZDK- Informationsveranstaltung nicht hatte teilnehmen können und bat um ausführliche Information und Beratung. (weiteres siehe Absatz "Aktuelle Entwicklungen – Linksextremismus")

Eine ähnliche Diskussion und Reaktion erfuhr das ZDK auch nach einer weiteren Informationsveranstaltung, zu der wir am 31. Mai 2007 erneut ins Rathauses Tiergarten einluden. Diesmal ging es um die „Ignoranz als Demokratiegefährdung - Islam und politische Interessenvertretung in Mitte“. Die Debatte Anfang Mai im Kontext der 2. Plenumsitzung der Deutschen Islamkonferenz beim Bundesinnenminister hatte dazu geführt, dass die Heterogenität der Menschen, die noch immer als vermeintlich einheitliches Kollektiv unter dem Sammelbegriff „Muslime“ gefasst werden, nun auch öffentlich stärker wahrgenommen wurde. Wir brachen diese bundesdeutsche Diskussion herunter auf den Bezirk Mitte und gaben einen ausführlichen Einblick in das komplexe Spektrum islamischen Lebens im Bezirk, seine historische Entwicklung, die religiösen und politischen Inhalte und Abgrenzungen der einzelnen Gruppen und Vereine. Da sich inzwischen auf Bundesebene der Koordinierungsrat der Muslime (KRM) gebildet hatte, ein Bündnis von vier islamischen Dachverbänden, zeigten wir, wie sich diese Organisationslandschaft im Bezirk niederschlägt und welche Gruppen und Vereine davon nicht erfasst sind. Allein im Bezirk Mitte gibt es inzwischen mindestens 26 Moscheevereine, sowie angegliederte Jugend- und Sportvereine. Jahrelange Ignoranz religiöser Bedürfnisse der Migranten/innen und eine viel zu spät beginnende aktive Integrationspolitik hatten auch im Bezirk Mitte die Entwicklung politisch-religiöser Gruppen befördert, die sich die Defizite zu nutze machten und heute punktuell bestimmte Kieze im Bezirk dominieren. Oft tragen diese Vereine unverfängliche Namen, wie das „Interkulturelle Zentrum für

Dialog und Bildung“, die Berliner Zweigstelle der als Dach der Muslimbruderschaft in Deutschland geltenden Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), oder der „Türkische Kulturverein“, ein Verein, der im Türkischen unter dem Begriff Nizam-i Alem (Weltordnung) bekannt ist und eine religiös aufgeladene rechtsextremistische Variante der türkisch-islamischen Synthese verkörpert. Der Verein fungiert als Berliner Vertreter der 1992 von Muhsin Yazicioglu in der Türkei als Abspaltung von den türkischen Rechtsradikalen (Graue Wölfe) gegründeten Mutterbewegung. Diese Bewegung ist aktuell in der Türkei in die Schlagzeilen geraten, da Jugendliche aus ihrem Umfeld als mutmaßliche Mörder des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink festgenommen und angeklagt sind.⁷

Neben der strukturellen und inhaltlichen Analyse dieser komplexen Organisationslandschaft wurde vor allem die Frage der Einbindung dieser Gruppen und Vereine in die kommunale Arbeit und des differenzierten Umgangs diskutiert, was jedoch Kenntnis und Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge voraussetzt. Das erfordert jedoch eine ständige und intensive Beschäftigung sowie Zugang auch zur inneren, nicht immer deutschsprachigen Öffentlichkeit der betreffenden Gruppen, Organisationen und Vereine sowie die Kompetenz, zwischen traditionell-religiösen und politisch-ideologischen Phänomenen unterscheiden zu können. Dies zu leisten gehört zu den Aufgaben der Autorin dieses Berichtes im ZDK. Dabei sind die lokalen Entwicklungen, wie beispielsweise im Bezirk Mitte, genau so im Blick zu behalten wie die überregionalen und globalen. Dass diese Arbeit im ZDK geleistet wird, hat sich nicht nur in den Medien herumgesprochen sondern auch bei Parteien und Politikern, bei den politischen Stiftungen und Akademien, der Bundeszentrale für politische Bildung, Gewerkschaften, Studentenverbänden und zahlreichen weiteren gesellschaftlichen Gruppen, Projekten und Schulen. Das schlägt sich in Einladungen zu Workshops und Podiumsdiskussionen in verschiedenen Bundesländern nieder, Interview- und Recherchehilfeanfragen und immer wieder Anfragen zur Einordnung von Konflikten, Beratung in Konfliktfällen oder Fragen nach konkreten Vereinen mit der Bitte um Einschätzung und Analyse.

Als beispielsweise im Winter 2006 bekannt wurde, dass die Berliner Ahmadiyya-Gemeinde im Stadtteil Pankow-Heinersdorf eine Moschee bauen wird und sich dagegen eine Bürgerinitiative gründete, meldeten sich nicht nur Lokalpolitiker und das in Pankow im Kampf gegen Rechtsextremismus aktive Berliner MBR bei Dantschke mit der Bitte um eine Einschätzung dieser muslimischen Gemeinde, sondern auch der Sektenbeauftragte der evangelischen Kirche in Berlin, der jedoch von seiner vorgefassten Meinung gegenüber der Ahmadiyya-Gemeinde

⁷ ausführliche Erläuterungen dazu im Absatz "Aktuelle Entwicklungen" und im Anhang eine Auflistung der muslimischen Organisationslandschaft im Bezirk

nicht abzubringen war. Auch das Mobile Beratungsteam „Ostkreuz“ der Stiftung SPI, das im Auftrag des Berliner Integrationsbeauftragten eine Kommunikation zwischen der muslimischen Gemeinde und der Heinersdorfer Anti-Moschee-Bürgerinitiative herstellen sollte, um die stark antimuslimisch aufgeheizte Stimmung in diesem Stadtteil zu befrieden, lud Dantschke in diese nicht öffentliche Runde als Referentin ein.⁸

Im Rahmen der Nachbearbeitung der Kommunalanalyse im Bezirk-Mitte kamen entsprechende Anfragen auch aus dem Bezirk, von Seiten der Verwaltung, aus dem Schulbereich, der Polizei aber auch von Parteien. Nach wie vor ist aber zu beobachten, dass ein tiefergehendes Interesse an Informationen und Wissen über die islamische Vielfalt und die kritische Auseinandersetzung mit nicht gewaltbereiten (legalistischen) islamistischen Tendenzen und Organisationen noch sehr stark von tagesaktuellen Ereignissen abhängt und nicht selten im Kontext von konkreten Entscheidungen steht, die getroffen oder gegenüber der Öffentlichkeit verteidigt werden müssen.

Am 27. August 2007 lud die Arbeitsgemeinschaft Ausländer (AGA) der Polizeidirektion 3 C. Dantschke zu einem knapp vierstündigen Workshop ein, auf dem noch einmal intensiv die muslimische Organisationsstruktur in Berlin-Mitte dargestellt und die Unterschiede und Differenzierungen zwischen den religiösen und den politisch-ideologischen Gruppierungen und ihren Einrichtungen sowie Strategien herausgearbeitet wurde. Dabei wurden auch gegenseitige Erfahrungen ausgetauscht und Handlungsmöglichkeiten erörtert. Dass die Mitglieder der AGA der Polizei in regem Austausch und Kontakt zu allen Einrichtungen stehen und stehen sollen, stand dabei nicht in Frage. Thema des Diskurses waren die Art und Weise, wie man in einen Austausch treten kann, der nicht auf einer symbolischen Oberfläche verharret und wo die Polizei vielleicht auch Gefahr läuft, instrumentalisiert zu werden. In diesem Gespräch wurde auch der Nachbarschaftskonflikt in Moabit-West (Haus der Weisheit) von Dantschke angesprochen, die darauf hinwies, dass sich hier islamophobe Akteure des Konfliktes bedienen, um ihre kulturalistisch-rassistischen Positionen mit Akteuren in anderen Bezirken zu vernetzen⁹. Außerdem klärte Dantschke über eine kleine islamisch-esoterische Sekte auf, die in Mitte eine Dachgeschosswohnung für ihre Missionierungen nutzt und vermittelte einer besorgten Mutter, deren Sohn in diese Sekte geraten ist, den Kontakt zur AGA.

⁸ Im Absatz "Aktuelle Entwicklungen" Darstellung der Vernetzungsversuche der Heinersdorfer Moscheegegner zu islamophoben Akteuren im Bezirk Mitte am Beispiel des Nachbarschaftskonfliktes in Moabit-West

⁹ siehe Absatz "Aktuelle Entwicklungen"

3. Aktuelle Entwicklungen in einzelnen Themenfeldern

3.1. Islam und Islamismus in Mitte

3.1.1. Aktueller Überblick über die islamischen Organisationen und Einrichtungen im Bezirk Mitte

Seit Abschluss der Kommunalstudie im März 2004 hat die Anzahl der Einrichtungen verschiedener islamischer Gruppierungen im Bezirk zugenommen. Eine Auflistung dieser Einrichtungen und ihre Zuordnung zu den unterschiedlichen islamischen Konfessionen und Strömungen sowie zu den überregionalen Organisationen wird diesem Bericht unter Punkt 5. beigefügt. Bei diesen neuen Einrichtungen im Bezirk handelt es sich mehrheitlich nicht um Neugründungen. So existiert z.B. das IZDB als Verein bereits seit dem Jahr 2000, wurde aber erst im Jahr 2004 wirklich aktiv (ausführlich dazu im nächsten Abschnitt), der schiitische Verein Al-Balagh e.V. war bisher in Kreuzberg beheimatet, der zum Bildungsnetzwerk der aus der Nurculuk-Bewegung hervorgegangenen Bewegung des Fethullah Gülen gehörende Bildungsverein TÜDESB, der bereits in Wedding über eine Einrichtung für Nachhilfe verfügt und in weiteren Berliner Stadtbezirken aktiv ist¹⁰, eröffnete in der Ackerstraße eine Kindertagesstätte und im Soldiner Kiez versucht nun auch die Nurculuk-Bewegung (Nesil-Gruppe¹¹) eine Medresse (Lehrhaus) zu eröffnen. Der nationalistisch-islamistische Verein "Türkischer Kulturverein" hat ein neues Jugendzentrum eröffnet (ausführlicher dazu in einem eigenen Abschnitt), die sunnitisch-missionarische Bewegung Tabligh-i Jamaat ist auch in Tiergarten und Wedding vereinzelt aktiv. Neben ihrem Hauptsitz in der Neuköllner Reuterstraße verfügen die im Gewande der islamischen Mystik auftretenden "Neuen Jungen Osmanen" (Yeni Genc Osmanlilar), die Anhänger des von Zypern aus weltweit agierenden Naqshibandiyya Sheikh Nazim el-Hakkani, in der Tiergartener Lehrter Straße über eine ausgebaute Dachgeschosswohnung. Hier agiert der Bruder von Sheikh Esref Efendi, dem spirituellen Chef der Berliner Sheikh-Nazim-Gruppe, die sich als Verein unter dem Namen "Der wahre Mensch"¹² organisiert hat und nicht nur unter Migranten türkischer Herkunft aktiv missioniert. Im Rat-

¹⁰ u.a. eine Privatschule und Privatgymnasium in Spandau

¹¹ Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur: der Nesil Gruppe nahestehende Nurchus mit Hauptsitz in Köln. Nesil Gruppe: Die Nesil ("Generation")-Gruppe trennte sich 1993 von der Yeni Asya-Gruppe. Dabei spielte eine Rolle, dass letztere auf der Unterstützung der Partei des Rechten Weges – DYP – Tansu Ciller-Partei - bestanden. Ausführlich siehe: Martin Riexinger, "Nur Cemaati (Nurculuk) Links" unter: <http://www.user.gwdg.de/~mriexin/NurLinks.html>

¹² siehe: www.der-wahre-mensch.de; www.newottomansverlag.de; (deutsch) und www.osmanli.de (türkisch)

haus Tiergarten tauchen ihre Werbzettel für Beratung und Hilfe "bei Glaubens- und Sinnkrisen, Stress, sozialen Problemen, Liebeskummer, allgemeiner Unzufriedenheit und sozialpolitischen Fragen" ebenso auf wie im Online Esoterikverzeichnis, in asiatischen Kampfsportschulen oder an weiteren Orte. Mit dem New Ottomans Verlag verfügt die Bruderschaft über die eigene Möglichkeit, Schriften ihres Berliner Sheikhs sowie ihres geistlichen Oberhauptes Sheikh Nazim und weiterer Autoren auf Deutsch zu veröffentlichen. Die "spirituellen" Sitzungen wurden von einer besorgten Mutter¹³, deren 20jähriger Sohn sich dieser Gruppe angeschlossen hatte, als "langfristige Gehirnwäsche" bezeichnet. Der Sohn habe sich nicht nur ihr entfremdet, er habe auch begonnen, sie zu belügen und zu beschimpfen, sei heimlich zu Sheikh Nazim nach Zypern gefahren und habe größere Summen Geld von seinem Konto abgehoben. Sie ist zu den Sitzungen der Gruppe gegangen und betonte, dass dort mit der Angst der Eltern gespielt werde, der Angst vor der Gefahr, dass ihre Kinder drogenabhängig werden. Deshalb sollten die Kinder zu dieser Gruppe geschickt werden, da seien sie geschützt. Ihre Erfahrungen und Berichte zeichneten das klassische Bild einer esoterischen Sekte. Das Propagieren alternativer Heilmethoden (nach der Sufi-Tradition des Sheikh Nazim) und immer mal wieder Weltuntergangsprophezeiungen gehören des weiteren zu den Charakteristika dieser in Berlin erst seit einiger Zeit missionarisch aktiven Bruderschaft¹⁴.

Insgesamt zeigte die aktuelle Entwicklung, dass der Stadtbezirk Mitte (Wedding und Tiergarten) für die zahlreichen Organisationen und Kleingruppen des breiten islamischen Spektrums attraktiv ist. Darunter befinden sich jedoch auch Gruppen und Organisationen, die entweder politisch-ideologisch oder eben esoterisch ausgerichtet sind. Die Attraktivität des Bezirkes Mitte könnte deshalb nicht nur an dem hohen Anteil der Wohnbevölkerung mit muslimischem Hintergrund liegen, sondern auch an der Tatsache, dass diese religiöse, politische und esoterische Organisations-Vielfalt im Bezirk weder tiefergehender kommuniziert noch wirklich wahrgenommen wird.

¹³ die Frau wandte sich an das ZDK mit der Bitte um Beratung und Hilfe, da ihr weder Verfassungsschutz noch Sektenberatungsstellen Auskunft geben konnten.

¹⁴ Vereine und Strukturen der Anhänger des Sheikh Nazim el-Hakkani gibt es in Deutschland bereits seit vielen Jahren, z.B. die Osmanische Herberge in der Eifel oder der Spohr-Verlag in Freiburg im Breisgau. Typisch für die Gruppe ist der hohe Anteil deutscher Konvertiten. In Großbritannien, Deutschland, Österreich und besonders in den USA hat diese Bruderschaft ein Netzwerk von Sufi-Zentren errichtet, der von Sheikh Nazim zu seinem Vertreter (Kalif) ernannte Hisham Kabbani leitet in den USA den "Sufi Muslim Council". Zum Sheikh-Nazim-Netzwerk gehört auch der finanzielle Arm, die Hakkani-Stiftung.

3.1.2. Das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung - IZDB

Im Frühjahr 2004 trat in Berlin ein scheinbar neuer Verein mit Sitz in der Weddinger Drontheimer Straße 32a an die Öffentlichkeit und mauserte sich in kürzester Zeit zu einem bevorzugten Kooperationspartner kommunaler Einrichtungen, wie z.B. der Volkshochschule Mitte, und verschiedener integrativer Projektträger. Auch in dem im November 2005 vom Berliner Landesbeauftragten für Integration und Migration eingerichteten "Islamforum" erhielt das "Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung- IZDB", wie sich der Verein nennt, einen Platz und ist seit Mai 2007 als einzige Moscheegemeinde ordentliches Mitglied im Ausländerbeirat (Integrationsbeirat) des Stadtbezirkes Mitte.

In einem Interview mit dem "Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK)" im August 2006 staunte der Vorsitzende, Faical Salhi, selbst über den Erfolg seines Vereines in dieser kurzen Zeit. "Die Ziele", so Salhi, "die wir jetzt nach zwei Jahren erreicht haben, wollten wir eigentlich erst in fünf Jahren erreichen. Mittlerweile ist das Zentrum hier im Wedding integriert. Es ist jetzt so, dass die Leute auf uns zukommen. Das Jugendamt, Vereine, Privatleute und Medien melden sich bei uns. Mittlerweile ist es ziemlich viel, und man könnte das auch als Hauptberuf machen."¹⁵ Diesen Erfolg schreibt Salhi nicht allein seinem Verein zu, denn "ohne Hilfe vom Quartiersmanagement, von den Beratern der Sicherheitsbehörde und ohne Hilfe von erfahrenen Personen, die in diesem Bereich schon lange aktiv sind, hätten wir es natürlich nicht so schnell zu diesem Erfolg gebracht".

Der Verein, so die Auskunft der Jugendseite, "bietet in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Mitte Deutsch-Unterricht an. Auch Arabisch-Kurse für Kinder oder Islamunterricht auf Deutsch. Das neueste Vorhaben sind Näh-, Kosmetik- und Keramikurse, die von dem EU-Projekt LOS gefördert werden. Alle sechs bis acht Wochen findet ein Info-Abend zu aktuellen Themen statt. Bisher wurden z.B. Zwangsheirat, Ehrenmorde oder Gewalt behandelt."¹⁶ Mehr als 700 Menschen kommen zum wöchentlichen Freitagsgebet in die Moscheegemeinde, die nach Auskunft Salhis aber mehr sein will. "Das Ziel des Zentrums ist, wir wollen gerne eine Bildungsstätte sein, eine Anlaufstelle für alle religiösen und nicht-religiösen Richtungen. Und Ansprechpartner, wenn es um den Islam geht. Dass man nicht irgendeinen Islamexperten fragt, der denkt, er kann gleich über den Islam reden weil er ein Buch darüber gelesen hat, oder weil sein Nachbar Muslim ist oder er gerade einen Döner gegessen hat. Wir haben Fachleute und Fachkräfte." Auf die Frage, wer diese Fachleute seien, antwortet Salhi: "Das sind

¹⁵ Susanne Arendsee, "Zu Gast bei Salhi - Im Interkulturellen Zentrum für Dialog und Bildung", unter: www.jugendkampagne.de/index.php?m=16&id=78&sub=79. Homepage des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit (DNK), c/o Deutscher Bundesjugendring (DBJR), Mühlendamm 3, 10178 Berlin

¹⁶ ebenda

Leute, die den Islam studiert haben, z.B. an einer islamischen Universität wie die Al-Azhar-Universität. Wir haben dann z.B. den Imam, der auf Arabisch erklärt oder auch Leute, die auf Deutsch und Englisch erklären. Wir wollen gern, dass wir als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden, wir SIND ein Teil der Gesellschaft, aber unsere Arbeit für die Gesellschaft soll anerkannt werden. Das Ziel ist, dass wir helfen, diese Dialoge zu verstärken und dass wir die Ängste abbauen. Helfen, die Integration zu fördern. Und zwar von beiden Seiten. Ich verstehe unter Integration nicht nur 'Die Migranten haben sich hier zu integrieren', sondern auch, dass es auf der anderen Seite so ist. Ich bin und war immer der Meinung, dass wir hier in Deutschland profitieren können, wenn wir die Imame bei der Jugendkriminalität miteinbeziehen, für eine Lösung der Probleme. Im Zentrum tun wir das schon, unter Mithilfe der Polizei, aber auch noch nicht so stark. Heute oder gestern gab es dazu einen Artikel im Tagesspiegel, wo sie das ganz toll finden und finden, dass es gemacht werden muss. Ich sage mir, klar, schön, dass man jetzt daran denkt, wir machen das schon! Und das ist eine Motivation für uns, wir sind auf dem richtigen Weg."¹⁷

Neben dem Vorsitzenden Faical Salhi gehört offiziell seit Mai 2006 auch die deutsche Konvertitin Marianne (Maryam) Kappler zum dreiköpfigen Vereinsvorstand. Als die Berliner Staatssekretärin Dr. Petra Leuschner und der Integrationsbeauftragte Günter Piening am 15. August 2006 Moscheen im Soldiner Kiez besuchten, gab es auch ausführliche Gespräche im IZDB. Frau Kappler stellte den Gästen und der begleitenden Presse ihren Verein vor, der nach ihrer Aussage seit Oktober 2004 existieren würde. Sie dürfte damit die offizielle Eröffnung des sich damals noch islamisches "Zentrum für Dialog & Bildung" (IZDB) nennenden Vereins am Tag der Offenen Moschee, am 3. Oktober 2004, gemeint haben, denn den Verein gibt es – auch unter diesem Namen – bereits länger.

Am 19. September 2004 fand, wie bereits im Jahr zuvor, die Jahrestagung der "Islamischen Gemeinschaft in Deutschland – IGD" in Berlin statt, diesmal nicht im Tempodrom, sondern in der Sporthalle Schöneberg. Auf den Werbeplakaten der IGD für diese Jahrestagung, die einen Tag vor Berlin, am 18. September, auch in der Gruga-Halle in Essen abgehalten wurde, erhielten interessierte Gäste nicht nur Informationen über Programm und Ort der Veranstaltung, sondern auch die örtlichen Adressen für den Kartenvorverkauf. Neben den IGD-Adressen in Köln, Frankfurt, Münster und Essen gab es zwei Berliner Anlaufstellen für den Kartenvorverkauf zur IGD Jahrestagung auf diesem Plakat. Zum Einen, wie schon im Jahr 2003, das "Is-

¹⁷ ebenda

lamische Kultur- und Erziehungszentrum – IKEZ" in der Neuköllner Finowstraße und nun neu als weitere Adresse das "Islamische Zentrum", Drontheimer Straße 32A in Berlin-Wedding. Auch in den muslimischen Foren taucht als Information zur Berliner IGD-Jahreskonferenz immer wieder diese Adresse in der Drontheimer Straße auf, für Beobachter und Kenner der Szene ein deutlicher Hinweis auf eine neue IGD - Dependence in der Stadt. Auf der Jahrestagung lud die IGD die Presse dann zu einer Pressekonferenz und verteilte ihre deutschsprachige Pressemappe. In dieser Pressemappe gibt die IGD auf der letzten Seite unter der Rubrik "Kontakt" folgendes bekannt:

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

Hauptsitz:

IZ München; Wallner Straße 1-5; 80939 München

und gleich darunter:

Sekretariat und Öffentlichkeitsarbeit

Zentrum für Dialog und Bildung, Drontheimer Straße 32a, 13359 Berlin.

Demnach handelt es sich also um den zweiten Sitz der IGD in Deutschland, was der Verfassungsschutz Berlin in seinem Bericht für das Jahr 2004 auch entsprechend vermerkt, schließlich wird die IGD seit Jahren von den Landesämtern und vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und unter der Rubrik "Muslimbruderschaft - MB"¹⁸ eingeordnet. "In Deutschland werden die Interessen der MB von der 1960 gegründeten 'Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.' (IGD) vertreten, die unter dem Einfluss der ägyptischen MB steht. Der IGD gehören mehrere Islamische Zentren in Deutschland an. Ihre Hauptaktivitäten sind gegenwärtig auf die Organisierung und die Ausrichtung der in Deutschland lebenden Muslime im Sinne der Ideologie der MB gerichtet. So wird in Einrichtungen der IGD zum Teil offen gegen die Existenz des Staates Israel agitiert. Als Berliner Treffpunkt für Anhänger der MB gilt das 'Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V.'. Eine Berliner Zweigstelle der IGD befindet sich in der Drontheimer Straße im Wedding."¹⁹

Auch der Bericht für das Jahr 2005 enthält die gleichlautende Aussage.²⁰ Im Jahresbericht 2006 sind zwar nach wie vor die IGD als Dach der Muslimbruderschaft in Deutschland und das "Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e. V." als Berliner Zentrum aufge-

¹⁸ die Muslimbruderschaft beschreibt der Verfassungsschutz folgendermaßen: "Zeitgenössische Vorstellungen zu Staat und Gesellschaft vertritt die MB mit der Forderung nach 'Anwendung der Scharia', des islamischen Rechts und der Schaffung eines islamistischen Staatswesens. Da in diesem islamistischen Staatswesen Religion und Staat nicht getrennt sein sollen, wäre das von der MB angestrebte Staatswesen zwangsläufig ein Staat, der westlichen Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zuwiderläuft."

¹⁹ siehe: www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/jahresbericht_2004.pdf. S. 249

²⁰ siehe: www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/vsb_2005.pdf. S. 289

führt, das IZDB hingegen fehlt plötzlich.²¹ Als der Berliner Innensenator, Dr. Erhart Körting, und die Präsidentin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, am 22. Mai 2007 den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2006 der Presse vorstellten, fragte die Autorin, ob dem Berliner Verfassungsschutz neue Erkenntnisse darüber vorliegen würden, dass sich das IZDB von der IGD losgesagt oder distanziert habe, da es plötzlich nicht mehr im Bericht als Berliner Zweigstelle der IGD aufgeführt werde. Eine Erklärung wurde nicht gegeben, die Verfassungsschutzpräsidentin Frau Schmid sagte lediglich, dass sie auf der Pressekonferenz über die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zum IZDB nichts sagen möge.

Nun hat der Verfassungsschutz seine eigenen inhaltlichen und juristischen Vorgaben, Vereine als Beobachtungsobjekte öffentlich in seinen Berichten zu benennen und die Frage, ob eine Gruppierung Demokratie gefährdend ist oder nicht, beantwortet sich nicht aufgrund der Erwähnung oder Nichterwähnung im Verfassungsschutzbericht. Die fehlende öffentliche Begründung dafür, warum ein Verein erst benannt und dann wieder herausgenommen wurde, ohne dass es offenbar Veränderungen der Strukturen gegeben hat, ist aber ein zusätzlicher Aspekt, sich näher mit diesem Verein auseinander zu setzen, zumal es sich hier um ein auch vom Berliner Senat gefördertes und unterstütztes großes Zentrum handelt.

Der Verein "Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung - IZDB" wurde bereits am 10.10.2000 unter dem Namen: "Arabisches Kulturzentrum e.V." mit der Vereinsadresse Elsterstr. 50, 12059 Berlin gegründet. Laut Vereinsakte waren 10 Personen anwesend, die einstimmig Eid Freijie (geb. 1940), Ahmet el Haj Hussein (geb. 1962) und Saoussan Dahehé (geb. 1974) zum Vorstand wählten. Die am 10.10.2000 errichtete und in diesem Punkt bis heute unveränderte Satzung²² des Vereins IZDB enthält im Paragraphen 10, Auflösung des Vereins, folgende Festlegung: "... fällt das Vermögen an die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V., Wallnerstr. 1-5, 80939 München". Die IGD ist also die begünstigte Organisation.

Am 6.11.2001 wird die Satzung des Vereins in Bezug auf den Paragraphen 1, Name und Sitz des Vereins, geändert. Der Verein nennt sich nun nicht mehr "Arabisches Kulturzentrum" sondern "Insan Kulturzentrum e.V."²³, die Vereinsadresse ist nun identisch mit der Adresse des Vorstandsmitgliedes Haj Hussein und lautet Puttkamer Str. 23.

²¹ siehe: www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/vsb_2006.pdf. S. 258

²² Vereinsakte beim Amtsgericht Charlottenburg, zuletzt eingesehen am 29.03.2007

²³ Insan mit einem S. Etwa zur gleichen Zeit (Herbst 2001) wird der Verein Inssan (mit zwei S) gegründet (nach einem Jahr Vorbereitungszeit findet am 25. Oktober 2002 die offizielle Gründung statt). Im März 2002 schließt der Vorsitzende der IGD, Ibrahim el-Zayat, als Treuhänder einen Kaufvertrag für einen Teil des Grundstückes in Neukölln ab, auf dem Inssan ein Moschee- und Kulturzentrum bauen will. Das wird im Januar 2004 bekannt. Siehe auch Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte", veröffentlicht im Frühjahr 2004.

Wie bereits erwähnt, tritt im Frühsommer 2004 in Vorbereitung der IGD-Jahrestagung ein Verein unter den Namen "Zentrum für Dialog und Bildung" / "Islamisches Zentrum" / "Islamisches Zentrum für Dialog und Bildung" an die Öffentlichkeit, was mit der offiziellen Eröffnung der Vereinsräume in der Drontheimer Straße 32 am 3. Oktober 2004 dann auch außerhalb muslimischer Kreise wahrgenommen wird. Laut Satzung heißt dieser Verein zu diesem Zeitpunkt jedoch nach wie vor "Insan Kulturzentrum e.V.". Die satzungsmäßige Umbenennung des Vereins, der ab 2005 das "islamisch" durch "interkulturell" ersetzt, sich also statt islamisches Zentrum nun interkulturelles Zentrum nennt, erfolgt allerdings erst am 10. Mai 2005, als sich 10 Vereinsmitglieder versammeln und wiederum die Satzung in Paragraph 1, Name und Sitz des Vereins, ändern. Der Verein heißt nun auch offiziell "Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung". Gleichzeitig scheidet der gesamte alte Vorstand aus. Zum neuen Vorstand gewählt werden der Dipl. Ingenieur Faical Salhi (geb. 1969), die Studentin Ghada Kayed (geb. 1974) und der Facharbeiter Atef Moh'd Jweid Nazzal (geb. 1947). Die Sitzung fand in der Drontheimer Straße 32a statt, nun auch laut Satzung Sitz des Vereines. Auch auf dieser Versammlung wurde die Satzung in dem Paragraphen, der die Verbindung zur IGD belegt (Auflösung des Vereins), nicht geändert.

Am 27.5.2006 findet eine weitere Mitgliedervollversammlung statt, an der nun bereits 65 Mitglieder teilnehmen. Salhi und Nazzal werden als Vorstand bestätigt, die Studentin Ghada Kayed scheidet aus, für sie rückt Marianne (Maryam) Kappler (geb. 1957) in den Vorstand auf.

Bereits seit dem 30. November 2004 präsentiert sich das IZDB auch auf der englischsprachigen saudi-arabischen Moschee- und Islamdatenbank "Islamicfinder" als "Islamisches Zentrum für Dialog und Bildung". Neben der Adresse und den Verkehrsanbindungen zur Drontheimer Straße 32a werden folgende "allgemeine Informationen" über das IZDB aufgeführt: "Islamic Center, Member of the IGD, since Nov. 2003, with Arabic School for Migrant Children and also others, Cafeteria, Libraray and many other services"²⁴.

Als das ZDF "Heute-Journal" einen Beitrag über den Vorsitzenden der IGD, Ibrahim el-Zayat, macht und unter dem Titel "Top-Manager des politischen Islamismus?" am 11.07.2007 sendet, führt el-Zayat, der in dem Beitrag seine geistige Nähe zur Muslimbruderschaft nicht bestreitet und deren Islaminterpretation als "Mainstream" bezeichnet, das TV-Team ins IZDB und lässt sich dort filmen. "Ohnehin widmet el-Zayat sich lieber der nächsten Generation. Dank seiner Kontakte wurde der junge deutsche Imam, hier neben ihm, in Frankreich und Ägypten ausgebildet. Welchen Islam er dort lernte? Sicher einen, der el-Zayats Vorstellungen

²⁴ www.islamicfinder.org/getitWorld.php?id=50976&lang, letztmalig abgelesen am 10.09.2007

entspricht" heißt es kommentierend zu diesen Aufnahmen.²⁵ Der im Beitrag als "junger deutscher Imam" vorgestellte und im Bild freundlich redend mit el-Zayat zu sehende junge Mann ist Ferid Heider. Der Hinweis auf seine Ausbildung in Frankreich ist ebenfalls von Bedeutung, denn damit ist die IESH mit der Europäischen Hochschule für islamische Studien bei Château-Chinon²⁶ gemeint.

Ferid Heider ist nicht zufällig an diesem Tag im IZDB. Seit Bestehen des IZDB und der offiziellen Eröffnung der Räumlichkeiten in der Drontheimer Straße im Oktober 2004 gibt es zahlreiche gemeinsam Aktivitäten des IZDB mit den Bruderorganisationen des Berliner Netzwerkes, das unter der Bezeichnung "Initiative Berliner Muslime – IBMus" bekannt ist, besonders mit den Vereinen Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), INSSAN - für kulturelle Interaktion e.V. und dem Kultur- und Erziehungszentrum (IKEZ) und dessen Jugendtreff Assalam e.V.²⁷

Gefördert durch den Jugendtreff Assalam e.V. und das IZDB wurde 2007 eine Vortragsreihe für Brüder und Schwestern im IZDB gestartet. Es geht dabei um mehrstündige Vorträge zu verschiedenen islamischen Themen. Referenten sind die beiden "Jugendreferenten" Esmā Bilekkaya-Salih und Ferid Heider, der z.B. am Samstag, den 24.03.2007, zum Thema "Islam zwischen Sunnah und Erneuerung!" vortrug.²⁸

Ferid Heider ist Imam im Neuköllner IKEZ, wird im Handbuch für die Lokalkreise der Muslimischen Jugend (MJD) als Referent empfohlen und soll nun im IZDB wie auch im IKEZ die Jugendarbeit in Form von "Jugendclubs, Gesprächskreisen und Ausflügen" organisieren, wie

²⁵ siehe: www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Top-Manager_des_politischen_Islamismus%3F57290?inPopup=true.

²⁶ IESH - Europäisches Institut der Geisteswissenschaften: Das IESH, zu dem die islamische Universität bei Château Chinon gehört, wurde 1990 maßgeblich von Führungskräften der FIOE und deren französischem Arm, der U.O.I.F., geschaffen. Beteiligt waren Ahmad al-Rawi (FIOE), Yusuf al-Qaradawi (ECFR) und Sheikh al-Qadhi Faisal Mawlawi (ECFR). Direktor des IESH ist Dr. Ahmed Jaballah (Vizepräsident der FIOE, ECFR, European Trust). Es handelt sich um führende Köpfe der Muslimbruderschaft, das IESH und die Universität bei Château Chinon gehören mit ECFR, FIOE und European Trust zum europäischen Netzwerk der Muslimbruderschaft. Siehe auch Kapitel 8.1.8. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte", S. 142 – 151

²⁷ einige Beispiele: August 2005, Werkstatt der Kulturen- Islamwoche (www.ibmus.de); am 27.06.2005: Inssan: das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB) in Berlin-Wedding lädt zu einer Veranstaltung gegen Gewalt an Frauen im Namen des Islam ein. Inssan wird dabei seine Postkartenaktion gegen Zwangsheirat vorstellen, die mit einem Schreibwettbewerb verbunden ist. Am 4. März 2006: mit Freude möchten wir alle Interessierten am Samstag zu den Vorträgen vom weltweit renommierten Prof. Dr. Zaghoul El-Naggar einladen. Ort: IZDB, Drontheimer Str.32a, 13359 Berlin. Der Veranstalter dieses Abends, Inssan e.V., distanzierte sich danach von Prof. Zaghoul Al-Naggar aus Ägypten: "Am 4. März diesen Jahres hielt Prof. Zaghoul Al Naggar aus Ägypten auf Einladung von INSSAN in einer Berliner Moschee einen Vortrag über die Wunder im Quran. INSSAN kannte Herrn Al-Naggar bis dahin nur als Spezialisten und Forscher auf diesem Gebiet. Am 21. August erfuhr der Vorstand von INSSAN überraschend durch einen Reporter vom rbb-Fernsehen, dass sich Herr Al-Naggar kurze Zeit nach dem Vortrag in Berlin, im April diesen Jahres, in einem Saudi-Arabischen Fernsehsender auf antisemitische Art und Weise geäußert hat." Es folgen Distanzierungen – siehe: www.inssan-ev.de. Am 13. und 14. Januar 2007: erster Graffiti-Workshop der MJD – "Der Islam weckt dein Talent!" Zwei Tage lang werden die Teilnehmer in der Berliner Moschee IZDB von einem erfahrenen Graffiti-Künstler praktisch lernen, wie man Graffitis erstellt. Es wird versucht, die Graffitis mit islamischen Elementen zu verbinden. Dazu gibt es noch einen Vortrag zum Thema "Der Islam weckt Dein Talent!" von Schwester Esmā (Bilekkaya-Salih) und Bruder Chaban (Salih) aus Berlin (beide bei MJD und Inssan aktiv), usw.

²⁸ siehe auch Selbstauskunft unter www.izdb-berlin.de.

der Tagesspiegel in einem Artikel am 16. August 2006 berichtet. In diesem Artikel über Ferid Heider wird dessen Lebensweg dargestellt, er wäre als Jugendlicher fast in die Kriminalität abgerutscht, heißt es da, im Islam fand er wieder Halt. "Er ist Imam. 27 Jahre ist er alt, Sein Vater stammt aus dem Irak, die Mutter aus Polen. Er hing in Neukölln auf der Straße rum, nahm Drogen, schaffte die zehnte Klasse gerade so", schreibt Claudia Keller in ihrem Porträt über Ferid Heider. Möglicherweise solle er, so der Tagesspiegel, " bald auch noch mit der Polizei zusammenarbeiten und sich um junge muslimische Straftäter kümmern". Der Artikel geht auch auf den Verfassungsschutz und die Hinweise auf Verbindungen zur Muslimbruderschaft ein, Ferid Heiders Ausbildung in Frankreich wird aber nicht erwähnt. "Kein vernünftiger Muslim in Europa würde auf die Idee kommen, die Scharia hier anzuwenden", sagt Ferid Heider dazu und ergänzt: „Wenn du hier lebst, musst du dich an die Gesetze hier halten.“²⁹ Auch in der Wochenzeitung "Die Zeit" wird Ferid Heider porträtiert, schließlich sei er "einer der wenigen deutschen Imame – und besonders unkonventionell". Vom Vater wurde demnach als 16-Jähriger nach Ägypten geschickt, er "solle lieber Arabisch lernen, als sich auf den Straßen Berlins herumzutreiben". "Ich habe meine Tage mit Haschischrauchen verbracht", erläutert Heider seine Jugend auf Neuköllns Straßen. In Ägypten habe er sich, so die Zeit, wie nebenbei verwandelt, "bis der Islam zu seinem Lebensinhalt wurde. Ferid Heider kam auf eine Schule aus dem Umkreis der Al-Azhar-Universität, als er sechs Jahre später aus Ägypten zurückkam, war Ferid Heider ein frommer Mann". "Ich bin eine labile Person, deshalb brauche ich eine Religion mit klaren Regeln. Der Islam sagt mir genau, was ich tun soll", wird Ferid Heider zitiert.³⁰

Auch in diesem Artikel erfährt der Leser nicht, welches Islamverständnis Ferid Heider denn nun wirklich vertritt, außer dem, dass "er ein konservativer Muslim ist. Frauen gibt er von sich aus nicht die Hand, weil es schon Mohammed vermied"³¹.

Deshalb sollen nun einige Inhalte angesprochen werden, die diese entscheidende Frage beleuchten. Seit 2005 ist Ferid Heider neben seiner Tätigkeit als Imam und Jugendreferent im IKEZ und IZDB auch als Dozent eines Islamischen Fernkurses tätig. Er ist einer der fünf Dozenten³² dieses Fernkurses, in dem in 4 Semestern (zwei Jahren) Jugendliche zu Da'is³³ ausgebildet werden, "um das deutschsprachige Volk zum Schöpfer zu rufen". "Strategie" des Fernkurses, so die Eigenangabe, sei die "Vermittlung eines ausgeglichenen Islamverständnisses im deutschsprachigen Raum". Ziel des Fernkurses ist die Ausbildung von Lehrkräften, die

²⁹ 16.08.2006, Claudia Keller, „Die Religion war meine letzte Rettung“, Tagesspiegel

³⁰ 22. Februar 2007, Annabel Wahba, "Süße des Glaubens", Die Zeit Nr. 9

³¹ ebenda

³² zuständig für die Themen: Hadithwissenschaften und Fiqh - Islamisches Ehe und Familienrecht

³³ jemand, der Da'awa macht, also "zum Islam einlädt", die islamische Art der Missionierung

"in Moscheen und anderen Institutionen unterrichten". "In Kombination mit einem Pädagogikstudium", so die Betreiber des Fernkurses, sollen die Absolventen dann auch als Lehrkräfte für den Islamunterricht an den staatlichen Schulen qualifiziert sein. Der erste Durchgang legt gerade seine Prüfungen ab (September 2007).

Träger und Veranstalter dieses deutschsprachigen Islamischen Fernkurses ist der "Deutsche Informationsdienst über den Islam e.V. – DIDI" mit Sitz in Karlsruhe. Geleitet wird der Kurs von dem aus dem Irak stammenden Muslim Samir Mourad, Verbindungen zum Muslimischen Studentenverband – MSV (dessen langjähriger Vorsitzender Ibrahim el-Zayat war) und zum Deutschsprachigen Muslimkreis Karlsruhe e.V. sollen hier nur kurz erwähnt werden, sie sind kein Zufall. Potentielle Studenten für dieses "Scharia-Studium" sehen die Dozenten vor allem auch in den Reihen der Muslimischen Jugend – MJD. So wurde für das letzte MJD-Meeting, zu dem etwa 1200 muslimische Jugendliche Pfingsten 2007 (Ende Mai) ins Schullandheim Wegscheide nach Orb kamen, extra ein Info-Flyer zu diesem islamischen Fernkurs angefertigt. Auf diesem Flyer heißt es: "Lernstoff angelegt am Schariastudium des IESH in Château Chinon, Frankreich, qualifizierte Dozenten: Absolventen des Schariastudiums in Château Chinon oder Schüler namhafter Scheichs und Gelehrter z.B. in Saudi-Arabien, Syrien"³⁴. Die Studiengebühr liegt für den, der zahlen kann, bei 50 Euro pro Semester. Noch nicht erreicht ist das Vorhaben, dass die Al-Azhar Universität in Kairo diesen Fernkurs offiziell anerkennt. Das "ausgeglichene Islamverständnis", das in diesem Fernkurs gelehrt wird, lässt sich anhand der veröffentlichten (deutschsprachigen) Lehrmaterialien nachlesen. Zu diesen Lehrmaterialien gehören die Schriften "Heutige Herausforderungen an die Umma und Muslime im Westen", "Der Islam und die Moderne", "Geschichte des Islam in Europa/Die multireligiöse Gesellschaft im Osmanischen Reich" und im 3. Semester das sehr aufschlussreiche Werk "Islamische Geschichte – Überblick und analytische Bedeutung". Die religiösen Autoritäten, auf die in diesen Werken immer wieder zurückgegriffen wird, sind Sayyid Qutb, Yussuf al-Qaradawi oder Maududi, also die theologisch-politisch-philosophischen Leitfiguren der Muslimbruderideologie³⁵.

Autor mehrerer dieser Lehrbücher ist der Leiter des DIDI-Fernkurses, Samir Mourad. In seinem Traktat "Einladung von Nichtmuslimen zum Islam", das ebenfalls von DIDI vertrieben wird, ruft er dazu auf, Verständnis für Neumuslime zu haben und sie zu unterstützen, "da viele neue Muslime ja keineswegs gleich am Anfang einen vorbildlichen islamischen Charakter besitzen. Wie denn auch, wo sie doch ihr bisheriges Leben in einer Gesellschaft gelebt haben,

³⁴ http://didi-info.de/Portal/downloads/muhammed/Didi-Flyer%202007_Vorschau_neu.pdf.

³⁵ Ausführliche Erläuterungen siehe Kapitel 8.1.8. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte", S. 142 – 151

die zwar Werte wie Pünktlichkeit und Ordnung - durchaus islamische Werte - kennt, in der aber darüber hinaus kaum Werte wie Gastfreundschaft, liebevoller Umgang zwischen den Menschen usw. verbreitet sind". Eine recht abwertende Beschreibung der nichtmuslimischen Gesellschaft der Bundesrepublik.

Im Mai 2007 stellte DIDI sein Fernkurs-Lehrbuch "Islamische Geschichte - Eine analytische Einführung" zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung³⁶. Nachfolgend soll daraus ein wenig zitiert werden: Im Kapitel 6 "Die muslimische Umma als Bewahrer und Träger der Botschaft Gottes" wird ein Überblick gegeben "über die Aufgaben der Umma: Aufbau einer islamischen Gesellschaft – Bewahrung und Verteidigung des Islams und der Muslime – Ausbreitung der Botschaft – Ausbreitung von Gerechtigkeit und Bekämpfung von Unterdrückung". Im Text werden dann die "Aufgaben der muslimischen Umma" in folgende Kategorien aufgeteilt: a) Aufbau von Zivilisation und im speziellen Aufbau einer islamischen Gesellschaft, d.h. einer Gesellschaft, die nach dem Gesetz Gottes regiert wird, b) Verbreitung der Botschaft des Islams, c) Verteidigung des Islams und des Landes des Islams gegen Angriffe. Erklärend wird hinzugefügt, dass "diese Phasen z.T. zeitlich und örtlich parallel laufen" können. "Zusätzlich hat die Umma die Aufgabe, Gerechtigkeit in der Welt zu verbreiten und gegen Unterdrückung vorzugehen", heißt es ergänzend zu diesem Absatz. Anhand dieser Darstellung ist deutlich erkennbar, dass es sich bei dem propagierten "ausgeglichenen Islamverständnis" nicht um ein säkulares Verständnis des Islam auf der Grundlage der Trennung von Staat und Religion handelt, sondern dass im Gegenteil die Einheit von Staat, Gesellschaft und Religion propagiert wird. In diesen religiösen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen können, so die weitere Abhandlung, "selbstverständlich auch Nichtmuslime leben, die nicht das Gesetz Gottes für sich selbst im privaten und religiösen Bereich umsetzen. Ein solches friedliches Zusammenleben zwischen Menschen, die das Gesetz Gottes in allen Bereichen umsetzen und solchen, die es privat nicht tun, sich aber an Abmachungen halten, ist in einem islamischen Staat vertraglich geregelt. Auch ist ein föderales Gebilde möglich, bei dem Muslime unter sich die Scharia umsetzen und die Gruppe der Nichtmuslime ihre eigenen Gesetze hat, wobei das Zusammenleben vertraglich geregelt ist. Solch ein föderales Gebilde war der erste islamische Staat in Medina mit dem Propheten Muhammad".

Ein weiteres Kapitel widmet sich der als "5. Welle" bezeichneten "Ausbreitung des Islam" in der heutigen Zeit "durch Studenten, Gastarbeiter, islamische Zentren, Nichtregierungsorgani-

³⁶ Samir Mourad, "Islamische Geschichte - Eine analytische Einführung", Karlsruhe, 2007, Erstausgabe: Mai 2007, 1. Auflage: 1000 Stück, 662 Seiten

sationen usw. in aller Welt". Anhand der Vorgaben von Yussuf al-Qaradawi³⁷ werden in diesem Kapitel "die wichtigsten Bedürfnisse der muslimischen Minderheiten, die die Botschaft des Islam tragen" aufgelistet. Dazu gehören der Aufbau von örtlichen muslimischen Einrichtungen, die Ausbildung ortsansässiger Muslime an islamischen Universitäten, Bücher zu islamischen Grundlagen in der jeweiligen Landessprache, Lehrer, die die ortsansässige Sprache sprechen und die "die schwankenden Muslime festigen, die die Muslime unter der Rechtleitung des Islam vereinen" sowie regelmäßige Besuche großer muslimischer Gelehrter, damit "die ansässigen Muslime sich nicht von der muslimischen Umma und deren geistigen Führern alleingelassen und ausgeschlossen fühlen".

Erneut wird in Kapitel 6.4. auf die "heutigen Hauptaufgaben der muslimischen Umma" eingegangen: 1. Verbreitung der Botschaft und 2. erneuter Aufbau einer islamischen Gesellschaft, denn "die Muslime in der muslimischen Welt haben als Aufgabe, wieder eine gerechte islamische Herrschaft unter sich auf muslimischem Boden zu errichten, deren Gesetze gemäß Koran und Sunna ausgerichtet sind". Die Situation der Muslime in Deutschland, also in der nicht-muslimischen Welt, wird verglichen mit "der mekkanischen Phase", also der Zeit des Propheten Mohammad in Mekka. Es sei wichtig, "diese genau zu studieren, und auch die praktischen Mittel, die der Prophet (s.a.s.) dort einsetzte, kennenzulernen". "Diese Phase", so das Lehrbuch, "war gekennzeichnet durch Erziehung der muslimischen Gemeinschaft". Als Lehrinhalt des Fernkurses wird demzufolge formuliert: "In der mekkanischen Phase war der Weg der Dawa³⁸ des Propheten (s.a.s.) durch drei Punkte charakterisiert, bevor er das erste Etappenziel (die Errichtung einer lokalen islamischen Herrschaft, was später Medina wurde) erreichte: 1. Die Erziehung (Tarbiya), 2. Die Vermeidung einer offenen Konfrontation mit denen, die die Macht in den Händen hatten (damals die Quraisch in Mekka) und 3. Die Suche nach einem Ort, der die Dawa beschützte, und von der die Dawa ausgehen kann (dies wurde dann schließlich Medina)".

Um die hier beschriebenen Aufgaben zu erfüllen, so das Lehrbuch, dürften sich die Muslime nicht in "Parallelgesellschaften" zurückziehen. Kritisch wird konstatiert: "In Westeuropa leben viele Muslime in einer sog. Parallelgesellschaft, haben ein niedrigeres soziales Niveau,

³⁷ Yusuf al-Qaradawi ist Vorsitzender des zur Muslimbruderschaft gehörenden europäischen Fatwa-Rates (ECFR – European Council for Fatwa and Research). Auf der ECFR Tagung im Juli 2006 in Istanbul beschloss dieser Fatwa-Rat die Ausarbeitung eines „politischen Fiqh (islamische Jurisprudenz) für die muslimische Minderheit in Europa“. Muslime in Europa sollen sich am politischen Leben ihrer jeweiligen Länder beteiligen und die Staatsbürgerschaft annehmen. Es sei auch erlaubt, einen nicht-muslimischen Kandidaten zu unterstützen, wenn der sich für das allgemeine Interesse einsetzt. Die islamische Moral und Ethik seien aber unbedingt zu beachten und einzuhalten. Betont wurde, dass es im Islam kein spezifisches Modell oder eine konkrete Form für das politische System gebe. Deshalb sollen sich die Bemühungen auf die Zielsetzungen und nicht auf die Form des politischen Systems konzentrieren. Es gehe also nicht um die Herstellung des Kalifats, sondern um ein islamisches politisches System. Zum Thema „Integration“ wurde betont, dass die Richtlinie des Verhältnisses zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen die „friedliche Koexistenz“ sein müsse.

³⁸ Auch Da'awa geschrieben: Einladung zum Islam, die islamische Form der Missionierung

und sind gekommen, um vom Westen etwas zu haben (Geld, Wissen, Sicherheit) und nicht, um den Menschen etwas zu geben. Die meisten Muslime halten sich gar nicht an den Islam und so sieht Otto-Normalverbraucher auch keinen Grund, warum er Muslim werden sollte. ... Deswegen ist es unbedingt für die Dawa nötig, die muslimischen Minderheiten richtig zum Islam zu erziehen, damit sie ein Vorbild für die Nichtmuslime werden." Übersetzt heißt das nichts anderes als Bildung, soziale und berufliche Integration als notwendige Voraussetzung bzw. Mittel zum Zweck für eine erfolgreiche Missionierung und Propagierung der eigenen religiös-gesellschaftspolitischen Vorstellungen.³⁹

In seinem Traktat "Muslime im Westen – die rechtlichen Grundsätze des Islam" formuliert Samir Mourad dies erneut im Kapitel "Vorstellung von Integration aus muslimischer Sicht": "Zusammenleben bei Bewahrung der eigenen islamischen Identität; bei einer Selbstabkapselung der Muslime von der Gesellschaft würden sie nicht ihren in Abschn.1 genannten Pflichten (friedliches Zusammenleben und Kennenlernen anderer und Einladung zum Islam) nachkommen können".

In einem "DIDI-Strategiepapier"⁴⁰ aus der Reihe: "Strategiepapiere für die Einladung der Menschen in Deutschland zu ihrem Schöpfer" wird auch auf Vorwürfe des Verfassungsschutzes eingegangen. "Muslimische Gruppen werden häufig vom Verfassungsschutz überwacht, der sie verdächtigt, das politische System ändern zu wollen", heißt es da. Deshalb müssen sich die Muslime, so die Forderung, über folgendes im Klaren sein und dies auch den staatlichen Behörden, vor allem aber der politischen Führung klarmachen: 1. Momentan ist Deutschland ein 'Land der Dawa', d.h. Ein Land, in dem aus muslimischer Sicht die Botschaft des Islam bekannt gemacht wird. Es geht also gar nicht darum, islamische Gesetze für die Gesellschaft einzufordern, die größtenteils aus Nichtmuslimen besteht und 2. Die Muslime müssen zum Guten auffordern und das Schlechte verbieten. Diese moralischen Verbesserungen innerhalb der bestehenden Demokratie sind grundgesetzkonform und fallen unter Meinungsfreiheit." Anhand der hier geschilderten Lehrinhalte wird deutlich, das mit diesem "ausgeglichene Islamverständnis" ein moderater (ausgeglichener) Islamismus propagiert wird, der weder auf Gewalt, Terror, Zwang oder Druck setzt sondern auf soziale und berufliche Integration, Bildung, (Einsicht durch) Erziehung und Missionierung. Es geht nicht um die Religion, sie ist lediglich das religiöse Fundament einer politischen Gesellschaftsutopie und es handelt sich auch nicht um ein "demokratisches" Islamverständnis, das die Trennung von Staat und Religion auch theologisch akzeptiert und sich als Religion mit seinen ethischen und moralischen Werten und Glaubensvorstellungen in die Gesellschaft einbringen will. Hinzu kommt, dass

³⁹ a.a.O. Samir Mourad, "Islamische Geschichte"

⁴⁰ "Strategiepapier" ist eine Selbstbezeichnung von Mourad und DIDI

das von diesen Kreisen, zu denen Ferid Heider, der Jugendimam von IKEZ und IZDB, gehört, propagierte und gelehrte politisch-religiöse Gesellschaftskonzept die Gesellschaft spaltet in Muslime und Nichtmuslime, alle Muslime einem religiösen Kollektivrecht unterwirft und damit für diese Bevölkerungsgruppe die demokratischen Individualrechte aushebelt.

Mit dem Wissen um die inhaltlichen Grundpositionen, wie sie in den hier zitierten Kernaussagen der Lehrmaterialien, Schriften und Strategiepapiere wiedergegeben sind, lesen sich die in verschiedenen Tagesspiegel-Artikeln von Claudia Keller zitierten Aussagen der IZDB-Verantwortlichen in einem anderen als dem von der Autorin Keller dargebotenen Licht. Beispiele: „Für viele Frauen und Männer ist selbst der Besuch einer Volkshochschule eine unüberwindbare Hürde“, sagt Faical Salhi vom Interkulturellen Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB) in der Drontheimer Straße.... „Wenn man sich integrieren will, muss man Deutsch können“, sagt Salhi. Deshalb habe man sich entschlossen, die Volkshochschule in die eigenen Räume zu holen. Seit Januar geben VHS-Lehrer hier zwei Kurse. ... Die Initiative ging bei beiden Projekten [IZDB und die Haci Bayram Moscheegemeinde] von den Moscheen aus, das Quartiersmanagement Soldiner Kiez half bei der Vermittlung.“⁴¹

Oder: "Faical Salhi und der Imam [Anwar al Kibiti, einer der beiden Imame des IZDB] freuen sich über den Plan des Senats, Berlins Imame künftig in einem Fortbildungskurs Wissen über die Geschichte und die Verwaltungsstrukturen der Stadt zu vermitteln. Die Geistlichen sollen zum Beispiel lernen, wie das Schulsystem funktioniert und wie man einen Ausbildungsplatz oder eine Stelle findet, wer bei Gewalt in der Familie hilft oder Beratung bei Drogenproblemen gibt. Die Kurse sollen im kommenden Jahr beginnen, die Teilnahme ist freiwillig. Im Moment erarbeitet der Integrationsbeauftragte des Senats gemeinsam mit der Muslimischen Akademie die Details.“⁴²

In dem vom Berliner Integrationsbeauftragten Anfang September 2007 herausgegebenen Leitfaden "Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil" werden in zahlreichen Unterkapiteln positive Beispiele der Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden aufgelistet. Mehrfach tauchen dabei das IZDB und das IKEZ als Projektträger auf, ob bei der Elternarbeit, der Berufsvorbereitung oder Nachbarschaftsinitiativen. Alle diese Handlungsfelder und die Vorschläge, in diese Arbeit auch die Moscheegemeinden einzubeziehen, sind positiv zu bewerten und keinesfalls Gegenstand der nachfolgenden Kritik: Die Initiatoren dieses Leitfadens, der Integrationsbeauftragte, der Berliner Senat, die Muslimische Akademie und Teilnehmer des Berliner Islamforums wissen um die große Unterschiedlichkeit der einzelnen Moscheegemeinden, ihrer religiösen und politischen Ausrichtungen. Deshalb ist diesem Leit-

⁴¹ 16.6.2006, Claudia Keller, "Zum Deutschlernen in die Moschee", Tagesspiegel

⁴² 7. August 2007, Claudia Keller, "Geistlicher Ratgeber in weltlichen Dingen", Tagesspiegel

faden auch ein "Ausschlusskriterium" vorangestellt: "Eindeutiges Ausschlusskriterium für jegliche Kooperation und finanzielle Förderung sind die Verherrlichung von Gewalt, die Infragestellung der Trennung von Staat und Religion und die Ablehnung von Teilen unserer Verfassung (z.B. Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte."⁴³

Das ideologisch-religiöse Umfeld von IZDB und IKEZ, das hier dargestellt wurde, stellt die Trennung von Staat und Religion eindeutig infrage. Eine Diskussion darüber, warum IZDB und IKEZ trotzdem zu den bevorzugten Kooperationspartnern gehören, sollte deshalb auf der Tagesordnung stehen, ob im Berliner Islamforum, im Soldiner Kiez oder im Bezirksamt Mitte. Die Verantwortlichen von IZDB und IKEZ müssen in diese Diskussion einbezogen werden, denn es geht um ihre Positionen und ihr Islamverständnis bzw. ihre politische Ideologie. Vielleicht kann ja die vom Quartiersmanagement Soldiner Kiez angekündigte "Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu interreligiösen Themen" ein Ort dazu sein, schließlich war der Auftakt dieser Reihe eine Einladung des QM Soldiner Kiez ins IZDB, um dort am 24. September 2007 mit dem Bezirksbürgermeister Dr. Hanke gemeinsam ein Fastenbrechen (Iftar) zu begehen.

3.1.3. Altes und Neues bei Milli Görüs - Berlin

Seit Abschluss der ZDK Kommunalanalyse im Bezirk Mitte im März 2004 hat sich auch im Bereich der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs – Landesverband Berlin (IGMG-Berlin) einiges verändert. Zwar wird die komplette Organisationsstruktur, die u.a. in der ZDK Kommunalanalyse dargelegt ist, nach wie vor nicht öffentlich eingestanden, der IGMG-Landesverband Berlin und die Jugendabteilung "IGMG Genclik –Berlin" treten aber recht selbstbewusst unter ihren Milli-Görüs-Namen mit zahlreichen Veranstaltungen in Erscheinung, sei es an der Urania, im Tempodrom oder beim „INSSAN- Festival“ auf dem Gelände des Zentralen Festplatzes Berlin am 10. September 2006.

Die zentralen Einrichtungen der IGMG-Berlin befinden sich nach wie vor am Kottbusser Damm 75, wo der Jugendverband IGMG Genclik die Mevlana Jugendetage nun auch offiziell als seine zentrale Berliner Einrichtung betreibt. Ende September 2007 veranstaltete der IGMG Jugendverband dort auch seine große Iftar - Veranstaltung (gemeinsames Fastenbrechen im Monat Ramadan), prominenter Ehrengast war der Islamgelehrte, Prof. Dr. Yusuf Sevki Ya-

⁴³ Leitfaden "Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil" S. 10, Hrsg: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration

vuz, aus der Türkei. Dessen (Un)verständnis davon, was religiöse Pluralität und Gleichberechtigung bedeutet, wird sichtbar, wenn es um die Frage der Anerkennung der anatolischen Aleviten in der Türkei geht. Die Forderung der anatolischen Aleviten, dass das Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyamet) in der Türkei als Institution ganz aufgelöst wird, da es lediglich den sunnitischen Islam anerkennt und fördert, begegnet er mit der klassisch sunnitisch-konservativen Haltung, die die anatolischen Aleviten vor die Wahl stellt, entweder ihr Selbstverständnis als eigenständige, aus dem Islam hervorgegangene bzw. vom Islam beeinflusste Glaubensrichtung aufzugeben und die in der Türkei dominante sunnitische Islaminterpretation zu übernehmen, um von der Anerkennung und Förderung der Diyanet profitieren zu können, oder aber sich als eigenständige Gemeinde außerhalb der Diyanet und damit des Islam zu organisieren, wie die Baha'i, oder die jüdischen und christlichen Gemeinden und damit ohne die von der Diyanet gewährte staatliche Unterstützung auszukommen. Eine staatliche Einrichtung, die eine einzige religiöse Strömung bevorzugt und alle anderen Glaubensgemeinschaften außen vor lässt, ist für diesen Ehrengast der Milli Görüs Jugend Berlins kein Anachronismus oder Ausdruck religiöser Diskriminierung. Dass Milli Görüs allerdings mit dieser Haltung im türkisch-sunnitischen Spektrum nicht allein da steht, das muss hier ebenfalls betont werden, finden sich doch analoge Ansichten auch bei DITIB oder den VIKZ.

Spezieller wird die Problematik, wenn man sich die nach wie vor enge Bindung der IGMG an die Milli-Görüs-Mutterbewegung in der Türkei ansieht, die sich dort in Form der Saadet-Partei (Glückseligkeitspartei) manifestiert. Auf zahlreichen Großveranstaltungen der IGMG, zu denen auch die Anhängerschaft aus Berlin, auch aus Tiergarten und Wedding, anreist, wird diese feste Verbindung durch die anwesenden Ehrengäste deutlich. Und auch der greise Necmettin Erbakan, Gründer und bis heute Führer (Leader) der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung, fehlt bei diesen Großveranstaltungen nicht. Videoschaltungen machen es möglich, dass er seine Grußworte an die Anhängerschaft in der Türkei oder Europa richten kann. Er gilt nach wie vor für die IGMG als "Integrationsfigur", wie es der IGMG-Generalsekretär Oguz Ücücü ausdrückt. Mit dem Festhalten an dieser Rolle Erbakans - die den Zusammenhalt der Organisation in Europa garantieren soll - muss sich die IGMG-Spitze auch vorhalten lassen, dass sie damit den islamistischen und antisemitischen Hetztiraden Necmettin Erbakans den Weg in die Reihen der Milli-Görüs-Mitglieder bereitet. An dieser Stelle sei nur ein aktuelles Beispiel dieser Hetztiraden in einem kurzen Auszug zitiert: Im Wahlkampf zu den türkischen Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 legte sich Necmettin Erbakan für seine Saadet-Partei ins Zeug und äußerte sich ausführlich am 1. Juli 2007 in einem türkischen TV-Programm zu den von ihm und seiner Partei vertretenen Inhalten. Ausführlich ließ er sich darüber aus, dass die

Juden und die Zionisten "Bakterien" seien, eben eine "Krankheit". Wörtlich sagte er u.a.: "Die Juden gründeten den Protestantismus, die kapitalistische Ordnung. Clinton, Bush sind Mitglieder. Es war der Zionismus, der die Sekte des Protestantismus errichtete. Die kapitalistische Ordnung von heute ist die religiöse Ordnung des Protestantismus. Der Grund ist: der Papst hat das Zins-Konzept zurückgewiesen, um nicht die Ausbeutung seiner Kinder zu erlauben. Deshalb haben die Juden beschlossen, die [christliche] Religion zu ändern und haben den Protestantismus gegründet. Auf diese Weise können sie Zinsen erheben und dafür sorgen, dass alle für sie arbeiten."⁴⁴ So absurd die Tiraden Erbakans klingen mögen, sie fallen auch im Milli-Görüs-Milieu Berlins auf fruchtbaren Boden: Erbakan sei kein Antisemit, er würde ja nur den Zionismus kritisieren, erfährt man dazu in Gesprächen vor Ort.

Eine Auseinandersetzung damit, was Antisemitismus bedeutet, welche Stereotype dabei verbreitet werden, scheint in einer Organisation mit solchen "Integrationspersonen" dringend geboten zu sein. Anlässe dafür hat es schon mehrere gegeben, ohne dass sie wirklich genutzt wurden. Als im April 2006 die Verbreitung antisemitischer Publikationen auf der islamischen Buchmesse in der Mevlana Moschee öffentlich kritisiert wurde, beeilten sich die Verantwortlichen von Mevlana Moschee und Islamischer Föderation zu erklären, dass "die Buchmesse durch einen privaten Buchhändler organisiert und verantwortet wird, der das Gelände angemietet hat. Weder die Mevlana-Moschee noch die Islamische Föderation in Berlin haben mit der Buchmesse etwas zu tun".⁴⁵

Mit dieser Darstellung entzog sich die Organisation der Verantwortung, was ihr auch gelang, das Thema war vom Tisch. Wer nimmt schon zur Kenntnis, dass die IFB und der Mevlana-Moscheeverein erst 2005 ein Hochglanzheft mit Selbstdarstellung des "Mevlana Kulturzentrums" (die neue Bezeichnung des Mevlana-Moscheevereins) herausbrachten. In diesem Heft steht unter der Rubrik "Wenn sich unsere Türen öffnen" auch etwas zur einmal jährlich stattfindenden Buchmesse "auf unserem Hof". "Bücher in türkischer und deutscher Sprache über den Islam werden hier angeboten. Auch weiterführende religiöse Fachliteratur kann hier angefordert werden. Jährlich besuchen ca. 1000 Lesbegeisterte unsere Buchmesse."⁴⁶ Vom 16. März bis zum 9. April 2007 fand zum 5. Mal nun diese Buchmesse im Hof der Mevlana Moschee statt, wie auch in all den vorangegangenen Jahren organisiert von der Okusan GmbH. Inzwischen findet sich zwar etwas weniger antisemitische Literatur auf dieser Buchmesse⁴⁷,

⁴⁴ <http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP169907>

Originalquelle: www.milligorusarsiv.com/videolar/file.php?f=5

⁴⁵ 24.04.2006 unter www.islamische-foederation.de/presse/mevlana.htm

⁴⁶ die Broschüre ist auf der Homepage des Mevlana-Moscheevereins als PDF-Datei erhältlich, die gedruckte Ausgabe liegt der Autorin vor

⁴⁷ im März 2007 gab es z.B. die Verschwörungsbücher von Soner Yalcin sowie das Werk von Mustafa Islamoglu "Yahudilesme Temayülü".

dafür aber türkische und deutschsprachige islamistische Literatur, wie z.B. von der türkischen Autorin Emine Senlikoglu oder das Pamphlet "Die Erziehung unserer Kinder" von der deutschen Konvertitin Fatima Grimm. Es handelt sich bei letzterer um den Text eines Vortrages, den Grimm 1975 gehalten hat. Dort wird die "Bereitstellung eines islamischen Milieus" als wichtige Voraussetzung zum Erreichen des "Erziehungsziels Jihad" erklärt. Man solle den Kleinen "immer vor Augen führen, was für eine große Auszeichnung es für jeden Muslim ist, für die Sache des Islam mit der Waffe in der Hand kämpfen zu können"⁴⁸. Auch der das Patriarchat preisende Erziehungsratgeber "Grundzüge der islamischen Erziehungslehre" der Konvertitin Amal Ingrid Lehnert gehört zu diesen Literaturangeboten.

Solange keine wirkliche Auseinandersetzung über derartige Literatur und das damit verbundene Gedankengut geführt wird, wird wohl jedes einzelne dieser Werke in den nächsten Jahren skandalisiert werden müssen, bevor es von den Büchertischen - zu denen nach Aussage der IFB etwa 1000 Lesbegeisterte kommen - verschwindet.

Neben Necmettin Erbakan ist es aber auch die jüngere Riege der Saadet-Partei, die den persönlichen Kontakt zur Milli-Görüs-Bewegung in Europa aufrechterhält. Als die IGMG-Jugendabteilung am 31. März 2007 in die Stadthalle Hagen zum Studententag einlud, war als Hauptgast und Referent aus der Türkei Professor Numan Kurtulmus geladen. Er ist Mitglied der Saadet-Partei und gilt als Kronprinz von Necmettin Erbakan. Kurtulmus war einer der Hauptorganisatoren der mit massiver antichristlicher Rhetorik einhergehenden Anti-Papst-Demonstration in Istanbul, als Papst Benedikt XVI. dort zu Gast war. Mit von der Partie war damals auch ein weiterer Abgeordneter der Saadet-Partei: Osman Yumakogullari. Er war bis Mitte der 1990er Chef der Milli Görüs in Europa.

Die europäische Studentenabteilung der IGMG wird von Celal Tüter geleitet, der in Berlin auch mehrere Jahre Chef der IGMG-Jugendabteilung war. Als im Herbst 2006 die Berliner Milli-Görüs-Strukturen durch interne Auseinandersetzungen⁴⁹ ins Wanken gerieten und die IGMG Zentrale in Kerpen bei Köln diese Situation nutzte, einige Personen in der Organisation, wie den langjährigen Berliner Milli-Görüs-Chef Mehmet Mahmut Gül, aufs "Altenteil" zu setzen, wurde Tüter für kurze Zeit Chef des Berliner Landesverbandes. Er konnte sich jedoch in der Berliner Milli-Görüs-Szene nicht durchsetzen. Tüter war als Student erst Anfang der 90er Jahre nach Deutschland gekommen und stand nun einer seit über 30 Jahren gewachsenen Berliner Milli-Görüs-Funktionärs-Oligarchie gegenüber. Deshalb musste er den Stuhl des Landesvorsitzenden Anfang 2007 abgeben an Siyami Öztürk, der bis dahin Kassenwart der

⁴⁸ von der Autorin Ende März auf der islamischen Buchmesse im Hof der Mevlana-Moschee selbst gekauft

⁴⁹ Konflikte um die Islamische Föderation – IFB und weitere Vereine und Personen des Berliner Milli-Görüs-Netzwerkes

IGMG-Berlin war, sowie im Vorstand des "Vereins für kulturelle und soziale Arbeit" sitzt, ein bisher im Kontext der Milli-Görüs-Organisationslandschaft von Berlin wenig beachteter Verein. Geleitet wird dieser Verein von Ercan Yilmaz, der nicht zufällig gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Haci-Bayram Moscheevereins, Mehmet Dincer, dem stellvertretenden IGMG-Berlin Vorsitzenden und Verantwortlichen für organisatorische Fragen, Mustafa Askin Kara und dem Vorsitzenden der Presseabteilung der IGMG-Berlin, Menderes Singin, zu den Ehrengästen des Iftar-Programms der Weddingener Abteilung der Milli-Görüs-Jugend, Wedding Genclik Evi⁵⁰, im September 2007 gehörte.

Neben den internen Auseinandersetzungen, bei denen es um Verantwortlichkeiten in finanziellen Fragen geht, auf die noch einzugehen ist, waren die letzten beiden Jahre vor allem von den immer lauter werdenden Protesten der "Holding-Geschädigten" geprägt. Mehrere Geschädigte haben inzwischen "Opfervereine" gegründet und auch in Berlin demonstriert, wie z.B. im Winter 2006 in Kreuzberg gegenüber der größten Milli-Görüs-Moscheegemeinde von Berlin, der Mevlana-Moschee. Auch Bundestagsabgeordnete von CDU und der Linken haben diese betrügerischen Geldtransaktionen als Thema aufgegriffen. In den überregionalen Medien (Print und TV) gab es 2006 und 2007 mehrere ausführliche Berichte dazu, wobei Geschädigte auch immer wieder erzählten, wie sie von Milli-Görüs-Funktionären und in Milli-Görüs-Einrichtungen von Imamen dazu überredet wurden, ihre Ersparnisse in Form des Kaufes von Anteilscheinen an den türkischen Mischkonzernen (Holdings) zu investieren, da dies eine "islamisch einwandfreie" Investition sei. Diese Verkaufsveranstaltungen fanden auch in den Berliner Milli Görüs Gemeinden statt, Funktionäre, die auch heute noch in der Organisation aktiv sind, traten als Gebietsvertreter einzelner dieser Holdings auf und kassierten Provisionen für erfolgreiche Verkaufsvermittlungen, in den Milli-Görüs-Medien wurde massiv für diese Holdings geworben⁵¹. Die Imame und die Vertreter der fast 40 in Deutschland auftretenden (islamischen) Holdings versprachen den Gläubigen nicht nur, dass ihr Geld islamisch korrekt angelegt sei, sondern auch, dass es zwischen 20 und 40 Prozent Rendite abwerfen würde und die Geldanlage mit Sicherheiten geschützt sei. Bis etwa 2001/2002 wurde dieses Geldanlagesystem propagiert, viele investierten ihr gesamtes Familienvermögen (oft über 100.000 Euro). Dann brach dieses Kapitalanlagebetrugssystem in Form eines Schneeballsystems in sich zusammen und zahlreiche türkisch-muslimische Familien in Deutschland verloren alles – trotz der Versprechungen der Imame, der Holding-Vertreter, der Gebietsvertreter. Über 300.000 türkische Migranten in Deutschland sollen ihr Geld diesen Holdings anvertraut

⁵⁰ Vorsitzender des Wedding Genclik Evi ist Kadir Simsek

⁵¹ siehe dazu auch: Seidel, Dantschke, Yildirim: "Politik im Namen Allahs", September 2001, unter: www.AYPA.net

haben. Experten rechnen mit einer Schadenssumme von mindestens 5 Mrd. Euro, andere sprechen von bis zu 10 Mrd. Euro. Die inzwischen entstandenen Opferverbände haben Anwälte eingeschaltet, bei der Anerkennung der Urteile deutscher Gerichte vor der türkischen Justiz gibt es aber Probleme. Da die Vorstände der ehemaligen Holdings in der Türkei sitzen, ist diese Anerkennung der Urteile jedoch Voraussetzung, um wenigstens etwas von dem verlorenen Geld zurückzubekommen. Die Verbindungen dieser Vorstände zur islamistischen Bewegung in der Türkei und auch zur regierenden AKP, die aus dieser Bewegung hervorgegangen ist, scheinen jedoch bis heute zugunsten dieser ehemaligen Holding-Chefs zu wirken. Jetzt wollen die Opfer gegen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin, vorgehen, denn die hätte die Geldgeschäfte der islamischen Unternehmer in Deutschland genauer kontrollieren müssen.

Die Verwicklungen der Milli Görüs und einige ihrer lokalen Funktionäre (auch in Berlin) in diese Geschäfte haben bei der Mitgliedschaft das Vertrauen in die Organisation erheblich erschüttert und vor allem die Bereitschaft (und das Vermögen), für die zahlreichen Aufgaben der Organisation Geld zu spenden, ist gesunken. Dieses Vertrauen in die Seriosität der eigenen Funktionärsschicht wird nun auch durch die seit Herbst 2006 bekannt gewordenen finanziellen Unregelmäßigkeiten (um es milde auszudrücken) im Kontext der Vereine Islamische Föderation Berlin, Islamische Religionsgemeinschaft Berlin und Islam Vakfi weiter erschüttert. Diese Auseinandersetzungen haben auch der Organisationslandschaft zu Veränderungen geführt, ebenso innerhalb von Vorständen einzelner Vereine und, wie bereits angesprochen, der IGMG-Berlin.

Im November 2005 war unter Beisein des Vorsitzenden der IGMG-Zentrale, Yavuz Celik Karahan, der bisherige Vorstand der Islamischen Föderation (IFB) ausgewechselt worden, an die Stelle des seit der Gründung vor 25 Jahren im Amt befindlichen Vorsitzenden Nail Dural, rückte nun sein alter Weggefährte Aykut Haldun Algan, ehemaliger Vorsitzender der Milli Görüs Berlin und seitdem Spitzendfunktionär im Berliner Milli-Görüs-Organisationsnetzwerk. Der bisherige Verwaltungsratsvorsitzende Burhan Kesici blieb im Vorstand der IFB und rückte nun zum stellvertretenden Vorsitzenden auf. Neu hinzu kamen der inzwischen angeblich nach Westdeutschland verzogene Adnan Girgin sowie als neuer Geschäftsführer Mustafa Özal. Özal, der im Bezirk Mitte im Kontext des Fußballvereins BAK Ankaraspor 07 (ehemals BSV Mitte) als Beisitzer aktiv war, hat den Posten des Geschäftsführers der IFB im Frühsommer 2007 niedergelegt, was allerdings nach außen weder kommuniziert wird noch wirklich bekannt ist. Somit besteht der IFB-Vorstand aktuell eigentlich nur noch aus Algan und Kesici. Und auch die Funktion bzw. Arbeit der IFB erschöpft sich fak-

tisch nur noch auf den Bereich des islamischen Religionsunterrichtes an den staatlichen Berliner Schulen, für den Kesici zuständig ist. Alles andere läuft - nun auch öffentlich wahrnehmbar - unter der Regie der IGMG-Berlin.

In die Öffentlichkeit drangen die zahlreichen internen Streitigkeiten der Organisation und Betrugsvorwürfe durch den ehemaligen Geschäftsführer und Justiziar der IFB, Generalbevollmächtigter des Islam Vakfi Vereins, Vorsitzender des Vereins Ilimler Vakfi und Präsidenten der Islamischen Religionsgemeinschaft, Abdurrahim Vural. Im September 2006 erklärte Vural, die IFB würde ihre Lehrer des islamischen Religionsunterrichtes nötigen, 20% ihres Gehaltes an die Organisation abzuführen. Die darauf eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft konnten diesen Vorwurf nicht erhärten und wurden eingestellt. Die IFB ist nach §23 Berliner Schulgesetz als Religionsgemeinschaft anerkannt und darf, entsprechend dem Berliner Modell des Religionsunterrichtes, an den staatlichen Berliner Schulen (auch in Tiergarten und Wedding) in eigener Trägerschaft und mit eigenem Personal islamischen Religionsunterricht erteilen. Der Berliner Senat, speziell die Senatsverwaltung für Kultur, zahlt 90% der Gehälter dieser Lehrkräfte an die IFB. Diese Zahlung wurde, aufgrund der im Raum stehenden Vorwürfe, von der Senatskulturverwaltung zunächst eingestellt. Nach Ende der Ermittlungen wurden diese Zuschüsse vom Senat am 8. November 2006 zwar wieder freigegeben, jedoch mit Vorbehalt und unter Nennung eines Treuhandkontos. Die Nötigung der Lehrkräfte war zwar durch die Ermittlungen nicht bestätigt worden, aber der ebenfalls im Raum stehende Vorwurf des Subventionsbetruges durch die IFB Führung hatte sich in vier Fällen bestätigt. In diesen vier Fällen waren Lehrkräfte der IFB doppelt finanziert worden – einmal über die Zuschüsse des Senats und gleichzeitig über Arbeitsfördermaßnahmen.

Vural bestritt auch die Rechtmäßigkeit des aktuellen Vorstandes der IFB, da die Wahlen 2005 nach seiner Darstellung nicht ordnungsgemäß abgelaufen seien. In der vorangegangenen Legislaturperiode (2002-2005) war Vural selbst Geschäftsführer im Vorstand der IFB gewesen. Eine erste Prüfung des Amtsgerichtes Charlottenburg hatte Vurals Einspruch zunächst verworfen, inzwischen gibt es aber eine Klage Vurals gegen den aktuellen Vorstand der IFB, in der von falschen eidesstattlichen Erklärungen und Fälschungen im Kontext dieser IFB-Wahl die Rede ist. Eine gerichtliche Klärung steht noch aus.

Inzwischen laufen aber weitere Ermittlungen über fragwürdige Geschäftsgebaren, wie Betrug, falsche eidesstattliche Erklärungen, Vorenthalten von Arbeitsendgeldern usw. Im Kontext dieser Ermittlungen stehen auch die Vereine Islamische Religionsgemeinschaft, Islam Ilimler Vakfi und Islam Vakfi, auch in Bezug auf die Anforderung von Arbeitskräften beim Jobcenter Mitte, z.T. auf 1 Euro-Basis, bzw. Stellenausschreibungen, die inzwischen vom Jobcenter

Mitte wegen fragwürdiger Trägervereine gestoppt wurden. Der Verein Islam Vakfi ist offiziell der Eigentümerverein und Bauherr der beiden Moscheebauprojekte Haci Bayram Moschee und Ayasofya Moschee (Soldiner Kiez und Moabit). Da der Verein Islam Vakfi inzwischen mit zahlreichen Ansprüchen konfrontiert ist (allein die Darstellung der Aktivitäten dieses Vereins würde den Rahmen dieses Berichtes hier sprengen) sieht die Milli Görüs Zentrale in Kerpen auch hier ihre Chance, Berlin enger an die Zentrale zu binden. In Bezug auf die Moscheebaugrundstücke tritt nun der Verein EMUG e.V. in Aktion, der Finanz- und Immobilienverein der europäischen Milli-Görüs-Organisation.⁵² So wurde bereits die Ensar-Moschee am Spandauer Damm von der EMUG übernommen, die Haci-Bayram-Moschee in Wedding dürfte die nächste sein. Generalbevollmächtigter der EMUG ist Ibrahim el-Zayat, der das Vermögen der EMUG mit etwa 200 Mio. Euro angibt. El-Zayat ist auch Vorsitzender der IGD und wird wohl zurecht als Top-Manager des politischen Islamismus in Europa bezeichnet (bezogen auf die Muslimbruderschaft und Milli Görüs)⁵³.

Trotz der zahlreich in Erscheinung tretenden Vereine, die nun im Fokus der Ermittlungen stehen, handelt es sich um einen recht kleinen Personenkreis, wie z.B. Abdurrahim Vural und der IFB-Präsident Aykut Haldun Algan, da sie immer wieder die jeweiligen Vorstände bilden bzw. gebildet haben. Andere langjährige zentrale Akteure, wie der ehemalige Milli-Görüs-Berlin Vorsitzende Gül⁵⁴, der ehemalige Vorsitzende der IFB, Dural oder der langjährige Imam der Mevlana Moschee, Yakup Tasci, mussten inzwischen ihre Posten räumen, z.T. verbunden mit pikanten Details, die nun öffentlich werden. So z.B. in Bezug auf den seit 1976 im Berliner Milli-Görüs-Netzwerk aktiven Imam Yakup Tasci, der bereits durch seine aggressiven Predigten in der Mevlana Moschee und auf einer Milli Görüs Demonstration in Kreuzberg aufgefallen war. Tasci hatte ganze Generationen von Milli-Görüs-Jugendlichen mit drastischen Vergleichen in dem "islamischen" Glauben erzogen, dass die Religion das Zinsnehmen als etwas moralisch höchst verwerfliches verbietet und man deshalb das Geld auch nicht den Banken anvertrauen dürfe, die dafür Zinsen zahlen. Im Herbst 2006 wurde im Rahmen der öffentlich gewordenen Streitigkeiten innerhalb des IFB - Milli Görüs – Netzwerkes bekannt, dass Tasci selbst über ein Konto bei der türkischen Zentralbank (Merkez Bank - TCMB-Bank) verfügte und Zinsen kassierte. Bis zum 30.06.2003 soll er insgesamt

⁵² bei der Umstrukturierung der AMGT 1994/1995 wurde die Milli-Görüs-Europa-Organisation in die beiden Teile IGMG (für soziales und religiöses Leben zuständig) und EMUG (für die Immobilien und Finanzen zuständig) aufgeteilt.

⁵³ Siehe auch Absatz zum IZDB sowie Ausführungen Kapitel 8.1.5. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte", S. 115 – 136

⁵⁴ Am 20. Oktober 2006 veranstaltet der IGMG-Landesverband Berlin seinen Iftar-Abend (gemeinsames Fastenbrechen im Ramadan) im Restaurant Mehtap, Kottbusser Damm 76. Anwesend ist auch der Vorsitzende der IGMG Zentrale, Yavuz Celik Karahan. Es ist der letzte Auftritt von Mehmet Mahmut Gül als Berliner IGMG Vorsitzender, er wird abgelöst und Celal Tüter, Leiter der Berliner IGMG-Jugendabteilung, als Interimsvorsitzender ernannt.

465.085,90 Euro aus dem Vermögen der Merkez-Bank ausgezahlt bekommen habe. Ob das Geld Tasci gehört und woher es stammt, ist nicht bekannt, das Arbeitsamt jedenfalls verlangte an Tasci gezahlte Arbeitslosenhilfe zurück. Als diese Informationen auch im ZDF-Magazin Frontal21 gesendet wurden, verließ Tasci Berlin in Richtung Türkei.⁵⁵

Diese Beispiele persönlicher Bereicherungen von Führungskräften ziehen sich wie ein Roter Faden durch die Geschichte der Milli Görüs Bewegung in Europa, auch wenn es immer wieder als das Fehlverhalten Einzelner dargestellt wird. Seit dem 9. März 2007 sitzt nun, mit kurzer Unterbrechung Ende April, Abdurrahim Vural in Untersuchungshaft. Ihm werden gewerbsmäßiger Betrug in 16 Fällen durch Erschleichung von Fördergeldern (Eingliederungszuschüsse, Lohnzuschüsse, Sachkostenzuschüsse), das Vorenthalten von Arbeitsentgelt in 102 Fällen in den Jahren 2003 bis 2006 und mittelbare Falschbeurkundung durch falsche Angaben gegenüber dem AG Charlottenburg und der falschen Versicherung an Eides Statt vorgeworfen. Im Rahmen der Ermittlungen geht es auch um die Vereine Islam Vakfi und Islamische Föderation sowie die Kreuzberger Fatih-Moscheegemeinde⁵⁶. Neben Vural werden dabei auch Algan und Dural (Islam Vakfi und IFB) sowie der ehemalige Vorsitzende der Fatih-Moscheegemeinde Altinok beschuldigt. Der Vorwurf lautet, durch falsche Angaben die Räumung der durch den Fatih Moscheeverein benutzten Mieträume in der Kreuzberger Pfulstraße verhindert zu haben. Um das zu erreichen sei der Verein Islam Vakfi wahrheitswidrig als rechtmäßiger Untermieter dargestellt und ein entsprechender Mietvertrag fingiert worden. Mit einer Vielzahl falscher eidesstattlicher Versicherungen sollte zudem die angeordnete Zwangsräumung vermieden werden. Bisher wurde das Gerichtsverfahren in diesen und weiteren Vorwürfen noch nicht eröffnet, es wird für Oktober 2007 erwartet.

Diese juristischen Auseinandersetzungen gehen einher mit Veränderungen in der zentralen Organisationsstruktur sowie in einzelnen Vereinen, wie z.B. auch die Veränderung des Vorstandes des Ayasofya-Moscheevereins. Wie sich dieser Personalwechsel in den einzelnen Vorständen und das stärkere Engagement der Kerpener Milli-Görüs-Zentrale in Berlin auf die inhaltliche Ausgestaltung und Prägung der Berliner Milli-Görüs-Szene auswirken werden, ist noch nicht zu sagen. Dass der ehemalige Berliner IGMG-Jugendleiter Mustafa Celebi nun Vorsitzender der ersten von EMUG in Berlin übernommenen Moschee, der Ensar-Moschee, ist, weist nicht gerade auf eine Erneuerung hin. Celebi war im Winter 2002 als IGMG-Jugendleiter von Berlin abgelöst worden. Er hatte, nachdem in der Presse über seine Beteili-

⁵⁵ ZDF, Frontal21, Güner Balci, Reinhard Laska und Nil Banu Varol: Unheilige Geschäfte – Abzocke im Namen Allahs, 7.11.2006

⁵⁶ die Berliner Milli-Görüs-Moscheevereine Fatih-Moschee, Mevlana-Moschee und in Mitte Ayasofya-Moschee und Haci-Bayram-Moschee sind offiziell organisiert als ordentliche Mitglieder der Islamischen Föderation Berlin. Siehe dazu auch Ausführungen Kapitel 8.1.5. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte"

gung an einer antiisraelische Demonstration vom Oktober 2000 berichtet worden war, auf der antisemitische Parolen gerufen und israelische Fahnen verbrannt wurden, zunächst an Eidesstatt erklärt, niemals an einer solchen Demonstration teilgenommen zu haben und die Autorin anwaltlich zur Unterlassung der Aussage aufgefordert. Zur mündlichen Verhandlung seiner Klage Ende Februar 2002 erscheint der Milli Görüs Funktionär dann allerdings nicht, er hatte inzwischen das Videoband der Demonstration gesehen. Sein Anwalt zog daraufhin die eidesstattliche Erklärung zurück und präsentierte eine neue. Darin gab Celebi das zu, was mit dem Videoband zu beweisen ist: seine Teilnahme. Er habe die Demonstration verlassen, als Parolen gerufen und israelische Fahnen verbrannt wurden, fügte er der Erklärung hinzu. Offen bleibt auch, ob der organisatorische Zusammenhalt des Milli-Görüs-Netzwerkes in Berlin bestehen bleiben wird und ob die IGMG ihre Strukturen in Berlin eines Tages wirklich transparent gestaltet. Die Rolle der Islamischen Föderation in Berlin e.V. (IFB) innerhalb dieser Struktur scheint sich auf die Trägerschaft des islamischen Religionsunterrichtes an den Berliner Schulen zu reduzieren.

In den zentralen Organisationen (IFB oder IGMG-Landesverband Berlin) spielen auch Funktionäre aus Berlin-Mitte aus dem Umfeld des ehemaligen Sportvereins BSV Mitte, des Studentenverbandes BSV und des Jugendvereins in der Amsterdamer Straße eine nicht unwichtige Rolle, wie z.B. der ehemalige BSV-Mitte Zuständige Mustafa Askin Kara, der nun stellvertretender IGMG-Berlin Vorsitzender ist, zuständig für die organisatorischen Fragen. Die Übernahme des Fußball-Traditionsvereines BAK 07 durch den BSV-Mitte und die Umbenennung am 8. Juli 2006 in Berlin Ankaraspor Kulübü 07, verbunden mit der finanziellen und organisatorischen Anbindung an den türkischen Mutterverein Ankaraspor des Ankara-Bürgermeisters Melih Gökçek, dessen Sohn Ahmet Gökçek Präsident des Berliner Ablegers wurde, hat allerdings nicht das Erhoffte erbracht. Im April 2007 wurde bereits von Schwierigkeiten berichtet, "ein anderer Insider, der aus Angst vor Repressalien namentlich nicht genannt werden möchte, berichtet von wüsten Drohungen und ungezügelm Spesenrittertum, der Verein werde regelrecht ausgelutscht", hieß es dazu in der Tageszeitung Taz-Berlin.⁵⁷ Anfang August 2007 meldete die Berliner Morgenpost dazu: "Schon jetzt steht mit dem Berlin Ankaraspor Kulübü der erste Klub der Nord-Staffel vor dem Aus. Trainer Taskin Aksoy warf schon nach nur einer Woche das Handtuch wegen mangelnder sportlicher Perspektiven, inzwischen trat auch der Vorstand geschlossen zurück. Mitglieder des bis 2006 unter dem Namen Berliner Athletik-Klub 07 spielenden Vereins hatten zuvor auf eine Prüfung der Kassenbücher gedrängt. Zu allem Übel hat nun auch der Kooperationspartner, der türkische Erst-

⁵⁷ Jürgen Schulz, "Eine ganze Serie finanzieller Eigentore", in taz Berlin, 23.4.200

ligist Ankaraspor, die Zusammenarbeit und damit die finanzielle Unterstützung aufgekündigt. Damit droht neben der Abmeldung vom Spielbetrieb - das Team besteht derzeit nur aus sieben Spielern, müsste mit A-Junioren aufgefüllt werden - das Ende für den Berliner Klub."⁵⁸ Sollte der Club tatsächlich nicht mehr zu retten sein, würde das Berliner Milli-Görüs-Spektrum dann nur noch über einen Fußballverein verfügen - Hilalspor.

3.1.4. Imam Khomeini und die Imam Cafer Sadik Moschee im Wedding

Im November 2006 sah es ganz so aus, als ob sich die schiitische⁵⁹ Weddinger Gemeinde Imam-Cafer-Sadik-Moschee (Imam Dscha'far Sadegh Moschee und Solidaritätsverein e.V.), Koloniestr. 106 von den iranischen Großayatollahs abwenden würden.⁶⁰ Die neue Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde – Betreiben des Verlages Alulbeyt Yayincilik und Herausgabe der ersten Ausgabe der islamischen Kinderzeitschrift (Mutschteba) in deutscher Sprache, zu bestellen bei Scheich Abdulkarim Ücer (siehe ehemals auch: www.mucteba.com) - deutete auf eine Orientierung der Gemeinde in religiöser Hinsicht an Großayatollah Seyyid Ali Sistani hin, dem nach dem Sturz Saddam Hussains in den Irak zurückgekehrten Oberhaupt der irakischen Schiiten. Sistani gilt – anders als die herrschenden schiitischen Großayatollahs im Iran - als eher gemäßigt. Eine Hinwendung der Gemeinde zu diesem geistlichen Führer wäre deshalb auch eine sehr deutliche Aussage über die innere Ausrichtung der Gemeinde selbst. Inzwischen kann davon aber keine Rede mehr sein, die irakische Ausrichtung ist Geschichte. Der Imam der Cafer-Sadik-Gemeinde, Hodschatülislam⁶¹ Kerim Ucar, kann als getreuer Anhänger des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini angesehen werden, den er als "Freiheitsdenkmal gegen die Unterdrücker" preist. "Imam Khomeini hat der ganzen Welt die Tore der Liebe und Brüderlichkeit der islamischen Religion geöffnet. Die Menschen haben durch diese großartige Persönlichkeit gesehen, was für eine schöne Gesellschaft der Koran schaffen kann", sagte der sich anlässlich der Feierlichkeiten zum Todestag Khomeinis in der Islamischen Republik Iran aufhaltende Imam der Berliner Imam-Cafer-Sadik-Moschee, Kerim Ucar, gegenüber der Iranischen Koran-Nachrichten-Agentur (IKNA) am 2. Juni 2007.

⁵⁸ "Berlin Ankaraspor vor dem Ende", Berliner Morgenpost, 9. August 2007

⁵⁹ Dschafariten (dschafariyya) - Angehörige der schiitischen dschafaritischen Rechtsschule, die sogenannte Zwölfer-Shia, welche an die von Prophet Mohammad festgelegte Nachfolgerschaft durch die Zwölf Imame glauben. Die Bezeichnung "dschafaritisch" geht auf den 6. Imam, Imam Cafer Sadik, zurück. Sie ist die älteste Rechtsschule des Islam, ihre Anhänger werden Imamiten oder Zwölferschiiten genannt. Die türkischen 12er-Schiiten siehe: www.caferiler.net

⁶⁰ Ausführungen zur Imam-Cafer-Sadik Gemeinde in der Vergangenheit siehe: Kapitel 8.1.6. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte"

⁶¹ auch Hojatoleslam geschrieben: Titel für den zweiten Rang der Hierarchie schiitischer Rechtsgelehrter. Ein Hojatoleslam muss eine theologische Fakultät absolviert haben und kann eigenständig religiöse Themen bearbeiten

"Imam Khomeini ist der Führer, der dem letzten Vierteljahrhundert seinen Stempel aufgesetzt hat. Imam Khomeini hat allen Muslimen erzählt, dass ein ehrenhaftes Leben erst dann möglich ist, wenn man wieder zum Koran zurückkehrt", erklärt Ucar. Weiter heißt es in dem Bericht, Kerim Ucar habe gesagt, Imam Khomeini hat ein Leben lang die Muslime zur Einheit eingeladen und wollte, dass die Muslime vor den Islamfeinden ein ehrenhaftes Verhalten vorleben sollten. "Wenn die Muslime zugehört hätten, was er (Khomeini) in Sachen Einheit gesagt hat, würde heute kein Bruderblut fließen und die islamischen Länder würden nicht so ausgebeutet", wird Ucar zitiert. Khomeini, so Ucar, habe gegenüber allen Buchreligionen Respekt gezeigt und den Angehörigen dieser Religionen immer eine freundschaftliche Hand entgegengestreckt. "Aus diesem Grund", so Ucar, "haben die Nichtmuslime, die seine religiösen Reden gehört haben, gesagt, dass sie dadurch inneren Frieden gefunden haben."⁶²

Vor allem die letzten Sätze dieser Aussagen Ucars im Iran machen deutlich, dass sich die radikale politische Abwehr und Feindschaft nicht gegen die beiden Buchreligionen Christentum und Judentum richtet⁶³, sondern nach klassisch islamistischer Lesart gegen die Moderne, die Trennung von Staat und Religion und die mit der Moderne einhergehende Säkularisation. Diese politisch-ideologische Stoßrichtung offenbart sich auch, wenn man die Öffentlichkeitsarbeit der Imam-Cafer-Sadik-Gemeinde im Internet betrachtet. Die im Februar 2007 neu gestaltete Internetpräsenz des Vereins unter den Domain-Namen www.islamisches-zentrum-berlin.de und www.imam-sadik.de wird von Yilmaz Cevik verantwortet, der bereits durch antisemitische Verschwörungstheorien auf der jährlich in Berlin von Iran-treuen schiitischen Gruppen organisierten islamistischen "Al-Quds-Demonstration" aufgefallen ist. Als im Herbst 2003 in Istanbul jüdische Synagogen durch Terroranschläge angegriffen wurden, vermutete Cevik dahinter den israelischen Geheimdienst Mossad und meinte gegenüber der Berliner Zeitung: "Das ist eine Verschwörung gegen die islamische Sache"⁶⁴.

Woher derartiges Gedankengut kommt, lässt sich erahnen, wenn man die von Cevik auf den Seiten der Imam-Cafer-Sadik-Moschee angegebenen Links verfolgt – eine Zusammenstellung verschwörungstheoretischer Internetportale, wie velfecr.com, haksoz.net oder kudusyolu.com. Das sind die Portale der türkischen Zeitschriften Kudüs (Jerusalem) und Haksöz ("Wort Gottes" bzw. "Wort des Rechts"). Diese Nachrichtenmagazine und Internetportale dienen radikalen islamistischen, antisemitischen und anti-amerikanischen Autoren als organisationsunab-

⁶² Aus dem Türkischen übersetzt: Iranische Koran-Nachrichten Agentur: "Imam Khomeini ist ein Freiheitsdenkmal gegen die Unterdrücker", 2. Juni 2007, Original Türkisch unter: http://ikna.net/tr/news_print.php?ProdID=129806

⁶³ mit einem "Abrahamitischen-Dialog" und dem Verweis auf Gemeinsamkeiten der drei abrahamitischen Religionen "Judentum, Christentum, Islam" lässt sich dem ideologisch-radikalen Gedankengut dieser islamistischen Gemeinden nicht begegnen.

⁶⁴ Berliner Zeitung, Marcel Gäding: "Gebet auf drei Fahrstreifen - Rund 1 000 Teilnehmer bei Anti-Israel-Demo", 24.11.2003

hängige Foren. Zu den Zielen dieser Portale gehört es, die Muslime im Kampf gegen Israel und die USA zu einen und die traditionellen Diskrepanzen zwischen Sunniten und Schiiten zu überwinden.⁶⁵

Dass das türkische radikale Dji had-Portal www.cihaderi.net wiederum auf die Seite der Imam-Cafer-Sadik Moschee verweist (www.cihadnet.net/LINKLER/link.htm), deutet auf eine weitere problematische Vernetzung hin.

3.1.5. Nachtrag zum Themenfeld "Islam und Islamismus"

Im Herbst 2006 veröffentlichte die Senatsverwaltung für Integration als Herausgeber gemeinsam mit der Berliner Humboldt-Universität eine eigene Broschüre unter dem Titel „Islamische Gemeindeleben in Berlin“. Darin tauchen auch Organisationen aus dem Bezirk Mitte auf, ohne jedoch auf deren politisch-ideologische Agenda zu verweisen. „Konkrete Informationen darüber, zu welcher Ausrichtung die Moscheevereine in ihrer Nachbarschaft gehören, verweigert die Untersuchung den Lesern“, merkt die Journalistin Dorothea Jung in ihrem Bericht im Deutschlandradio dazu kritisch an. Der Integrationsbeauftragte entgegnet, so Jung weiter, die Broschüre müsse eben als Teil eines Gesamtpaketes an Informationen über den Islam in Berlin angesehen werden. Über Demokratie gefährdende Phänomene werde in anderen Untersuchungen informiert. „Und so gewinnt der Leser der Broschüre den Eindruck, dass die Autoren genau das niedergeschrieben haben, was die Moscheevereine sich gewünscht haben. Und denen geht es leider nicht immer um Transparenz. Sondern um einen guten Eindruck. Den goutiert man vielleicht im Theater – aber nicht in einer mit Steuergeldern finanzierten Broschüre des Berliner Integrationsbeauftragten“, heißt es am Ende des Radioberichtes.⁶⁶

Im Literaturverzeichnis dieser Broschüre finden auch die Kommunalstudien des ZDK zu den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte Erwähnung, deren „Analyse auf der Auswertung von Medienberichten und darüber hinaus von Interviews und Gesprächen mit Repräsentanten aus der Verwaltung, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und mit Bewohnern der Bezirke“ basieren würden. Ein Hinweis darauf, dass die Grundlage dieser Analyse vor allem auf Gesprächen in den entsprechenden islamischen sowie den islamistischen Vereinen basiert, auf Gesprächen mit Mitgliedern und Vorständen, teilnehmenden Beobachtungen der Aktivitäten und umfangreichen Recherchen von öffentlichen und internen Eigendarstellungen, wird

⁶⁵ zitiert nach. Deniz Yücel in „Made in Iran“: Die Internationale Dimension des Al-Quds-Tages“, S. 28: Türkei; unter: www.gegen-al-quds-tag.de (Material)

⁶⁶ Deutschlandradio, Dorothea Jung: Broschüre „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“, 15.12.06

unterlassen. Es hätte sich sonst wohl noch stärker die Frage gestellt, warum die vom ZDK gewonnenen Erkenntnisse nicht wenigstens Eingang in den Teil der Broschüre zum "Islamischen Gemeindeleben" gefunden haben, in dem diese Broschüre die organisatorische Landschaft in Berlin kurz erläutert und aufgelistet. Deshalb ist diesem Bericht hier eine alternative Auflistung der organisatorischen Strukturen im Bezirk-Mitte im Anhang beigefügt.

Der Bezirk Mitte ist mit dem Bezirksbürgermeister sowie den beiden Quartiermanagements Soldiner Kiez und Moabit-West im Berliner Islamforum vertreten, das der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats gemeinsam mit der Muslimischen Akademie 2005 eingerichtet hat. Die o.g. Broschüre über das "Islamische Gemeindeleben" spiegelt in gewisser Weise die Herangehensweise dieses Islamforums an das Thema wider, eine Herangehensweise, die auch im Bezirk-Mitte wahrnehmbar ist. Es ist deshalb zu erwarten, dass nicht nur die hier angesprochenen Gruppierungen des islamistischen Spektrums sondern auch andere Diskursträger versuchen werden, die Erkenntnisse des ZDK abzuqualifizieren oder einfach nur, wie bisher, zu ignorieren.

3.2. Türkischer Ultra-Nationalismus und Rechtsextremismus

3.2.1. Türkischer Rechtsextremismus und nationalistisch-rassistische Jugendkultur

Neben dem deutschen Rechtsextremismus untersuchte die ZDK-Kommunalstudie in Mitte 2003/2004 auch das Phänomen des türkischen Nationalismus und Rechtsextremismus, kurz „Grauen Wölfe (Bozkurtlar)“ genannt. Bis zur Spaltung der türkischen rechtsextremen Bewegung in den 90er Jahren befand sich die Berliner Zentrale der „Grauen Wölfe“ im Stadtteil Wedding. Auch wenn die türkischen Rechtsextremisten im Bezirk als Organisation kaum in Erscheinung treten (zu den drei relevanten Berliner Einrichtungen der "Grauen Wölfe / Idealistenvereine / Ülkücüler / Ülkücü Ocagi" gehören die Spandauer Hoca Ahmet Yesevi Moschee, Neuendorfer Straße 101, die Kreuzberger Ertugrul Gazi Moschee, Oranienstraße 189 und der Weddinger Verein Berlin Türk Ülkücüler Birliği, Drontheimer Straße 38) beeinflussen sie mit ihren rassistischen, türkisch-nationalistischen und chauvinistischen Stereotypen und Ansichten einen Teil der Jugendlichen türkischer Herkunft. Wahrzunehmen ist das in Form einer türkisch-nationalistischen Alltagskultur, vorrangig in Jugendeinrichtungen und Schulen, vor allem im Bereich Gesundbrunnen. Vereinzelt fallen Jugendliche durch Zeichnungen, Zeichen und Symbole der „Grauen Wölfe“ auf und durch eine aggressive rassistische Rhetorik. Auf dem Videoportal Youtube lässt sich diese nationalistisch-rassistische Jugend-

kultur in Form von Videos und HipHop-Clips leicht einsehen. Unter den meist männlichen Jugendlichen, die sich auf Youtube und anderen Internet-Videoportalen produzieren, sind auch Jugendliche aus Tiergarten und vor allem Wedding vertreten, diese Szene verfügt auch über eigene HipHop-Stars, wie z.B. Osun Baba. Unter Mitarbeit des ZDK (Dantschke) berichtete die ARD am 8. März 2007 über diese bundesweit zu beobachtende Entwicklung in dem Beitrag von Alexander Brinkmann (Polylux-Redaktion) „Die Grauen Wölfe rekrutieren in Deutschland, Türkische Ultra-Nationalisten buhlen mit martialischen Slogans und HipHop-Clips erfolgreich um Nachwuchs“.

Diese Entwicklungen innerhalb der Jugendszene sind eng verknüpft mit der Zunahme des Nationalismus in der Türkei. Eine kurzzeitige Thematisierung erlangte diese Entwicklung im Februar 2006, als der türkische Film "Kurtlar Vadisi - Irak" ("Tal der Wölfe - Irak") auch in die deutschen Kinos kam und von zahlreichen Kommentatoren als "panislamischer, antiwestlicher und degoutant antisemitischer Hetzstreifen" eingeschätzt wurde. Berliner Journalisten, die jubelnde türkische Jugendliche zu diesem Film interviewen wollten, gingen bevorzugt in Weddinger Kinos, wo sie auch fündig wurden.

Problematisch ist die mangelhafte Abgrenzung großer türkischer Vereine, wie die Türkische Gemeinde zu Berlin oder der Moscheeverband DITIB, zu den türkischen Rechtsextremen. So durften die drei Berliner Vereine der rechtsextremen "Grauen Wölfe" am 8. April ihre jährliche Gedenkveranstaltung an ihren am 4.4.1997 verstorbenen Gründer und „obersten Führer (Basbug)", Alparslan Türkes, in der zentralen Berliner DITIB-Moschee (Sehitlik Moschee) am Columbiadamm feiern. Auch unter den ca. 3.000 Teilnehmern des maßgeblich von der Türkischen Gemeinde zu Berlin organisierten „Türkisch-Europäischen-Kulturfestes - Türk Günü (Türkischer Tag)“ am 30. Juni 2007 waren auf der Festmeile am Brandenburger Tor/Straße des 17. Juni Jugendliche des türkisch-rechtsextremen Spektrums (Graue Wölfe) stark vertreten. Die Jungen und auch Mädchen bzw. jungen Frauen nutzen die Festmeile für aggressiv-nationalistisches Auftreten, in dem sie Losungen, wie "Wir sind die Soldaten von Alparslan Türkes" skandierte, und die Symbole der Bewegung (Graue-Wolfs-Handzeichen, Flaggen mit drei Halbmonden, Ketten, Gürtelschnallen und T-Shirts mit Graue-Wölfe-Emblemen) zur Schau stellten.

3.2.2. Alperen - die extreme Spielart der "türkisch-islamischen Synthese"

Türkischer Kulturverein (Berlin Nizam-i Alem Ülkü Ocagi / Eyüp Sultan Camii⁶⁷) und die Jugendabteilung Berlin Alperen Genclik Ocagi

Eine organisatorisch größere Rolle spielt im Bezirk Mitte, vor allem im Stadtteil Wedding, aber inzwischen die sich stärker traditionell-islamisch definierende Abspaltung der „Grauen Wölfe“, deren Berliner Zentrale, der Türkische Kulturverein (Berlin Nizam-i Alem Ülkü Ocagi / Eyüp Sultan Camii), sich in der Lindower Straße in Wedding befindet. Dieser Verein verkörpert eine radikale Zuspitzung des nationalistischen und des religiösen Aspektes der türkisch-islamischen Synthese, manche Kommentatoren bezeichnen diese Gruppe und ihre Mutterpartei in der Türkei auch als „Islamo-Faschisten“. Wie auch die eher pseudo-religiös agierenden türkischen Nationalisten, die „Grauen Wölfe“, versucht die Nizam-i Alem⁶⁸-Bewegung, Jugendliche durch attraktive Freizeitangebote, wie Sport, gemeinsame Fahrten oder Musik, an sich zu binden. Seit Juni 2007 ist die Berliner Zentrale der Nizam-i Alem-Bewegung als "Eyüp Sultan Moscheeverein" Ersatzmitglied im neuen Integrationsbeirat des Bezirkes Mitte. Das Quartiersmanagement Pankstraße holte sich ausgerechnet den Nizam-i Alem-Verein (Türkischer Kulturverein) als Veranstalter für das jährliche Nettelbeckplatz-Kiezfest ins Boot, das am 8. September 2007 stattfand und unter der Losung "Mevlana - das Jahr für Toleranz und Liebe" stand.

Der "Türkische Kulturverein" ist Mitglied im europäischen Nizam-i Alem Dachverband, der sich inzwischen "Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa - Avrupa Türk Birliği (ATB)" nennt und dessen Zentrale sich in Frankfurt/Main befindet⁶⁹. Der Verband ATB sowie sein Berliner Ableger sehen sich als europäische bzw. Berliner Vertreter der von dem türkischen Politiker Muhsin Yazicioglu in der Türkei geschaffenen Alperen-Bewegung⁷⁰. Yazicioglu war in den 80er Jahren selbst Leiter der Jugendabteilung "Graue Wölfe" der türkisch-rechtsextremen Partei MHP gewesen, wollte aber eine stärkere Integration des Islam in die rechtsradikale Bewegung der Türkei. Als er sich damit nicht durchsetzen konnte, gründe-

⁶⁷ Camii - Moschee

⁶⁸ Weltordnung

⁶⁹ Ausführliche Erläuterungen siehe Kapitel 8.1.2. der Kommunalanalyse "Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte", S. 107/108

⁷⁰ siehe: www.atb-europa.com/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=39

te er mit einigen weiteren ehemaligen MHP-Mitgliedern 1992 die BBP (Partei der Großen Einheit), "die am weitesten rechts stehende Splittergruppe im türkischen Parteienspektrum"⁷¹. Lange Jahre hat die BBP lediglich ein Schattendasein geführt und wurde weder von der MHP noch von den Islamisten ernst genommen. Bei den Ermittlungen zum Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink, der im Januar 2007 in Istanbul von einem rassistisch-nationalistisch aufgehetzten jungen Mann erschossen wurde, führten die Ermittlungen der Polizei auch zu vier hochrangigen Politikern der BBP in Trabzon. "Die Staatsanwaltschaft wirft den Beschuldigten vor, die Familie des Drahtziehers des Attentats, der die Pistole besorgte und den Schützen losgeschickt hatte, finanziell unterstützt zu haben. Der Mann, der als Kopf der Gruppe gilt, die den Mord an Hrant Dink plante und ausführte, war bereits ein paar Jahre zuvor von der BBP finanziell unterstützt worden, nachdem er, ebenfalls aus nationalistischen Erwägungen, eine Bombe in ein McDonald's-Restaurant in Trabzon geworfen hatte", berichtete die Tageszeitung "taz" am 27.3.2007.⁷² Gottschlich führt in seinem TAZ-Bericht weiter aus, dass viele, denen die rechtsextreme MHP inzwischen "zu schlapp" geworden sei, sich nun mehr an Yazicioglu und seiner "islamo-faschistischen" BBP bzw. der von ihm geschaffenen Alperen-Bewegung orientieren würden. "In Trabzon, der insgesamt sehr rechtslastigen und nationalistischen Hafenstadt am Schwarzen Meer, hat die BBP offenbar bereits eine gesellschaftliche Basis erreicht. Die arbeitslosen Jugendlichen, aus deren Reihen der Attentäter stammt, kommen alle aus einem bestimmten Stadtviertel und befanden sich offenbar schon länger im Dunstkreis der BBP", schreibt Gottschlich.⁷³

Als Ende November 2006 Papst Benedikt XVI. Istanbul besuchen wollte, führte das im Vorfeld zu heftigen anti-christlichen Debatten in der Türkei. Unter den radikalen Anti-Papst-Rhetorikern, die die umstrittene Rede des Papstes an der Universität Regensburg vom 12. September 2006 nur als Folie für ihre anti-christliche Propaganda nutzten, taten sich zwei besonders hervor: der türkische Islamisten-Führer Necmettin Erbakan und seine Milli-Görüs-Bewegung sowie Muhsin Yazicioglu und seine Alperen-Bewegung. Am 22. November 2006 besetzte eine Gruppe aus Mitgliedern der Alperen-Ocaklari, die Jugendorganisation der BBP, das Museum Hagia Sofia in Istanbul, um gegen den bevorstehenden Besuch von Papst Benedikt XVI. zu protestieren. Die Hagia Sofia (Ayasofya) war 900 Jahre Basilika des Byzantinischen Reiches und wurde 1453 nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen in eine Moschee umgewandelt. Seit der Gründung der laizistischen Republik Türkei 1923 ist sie ein Museum. Die Gruppe soll demonstrativ im Museum Hagia Sofia nach islamischem Ritus

⁷¹ TAZ-Bericht Jürgen Gottschlich, "Ermittlungen im rechten Sumpf", 27.3.2007, unter: www.taz.de/dx/2007/03/27/a0127.1/textdruck

⁷² ebenda

⁷³ ebenda

gebetet und gerufen haben: "Papst, mach keinen Fehler, stell unsere Geduld nicht auf die Probe". Die Polizei setzte Pfefferspray gegen die Gruppe ein, als sie sich einer Festnahme widersetzen. Die wenigen TV-Bilder dieser symbolträchtigen Aktion stellte der "Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa – ATB" anschließend auf seine Internetseite.

Muhsin Yazicioglu sitzt inzwischen als Abgeordneter von Sivas im neugewählten türkischen Parlament. Um die in der Türkei herrschende 10%-Klausel zu umgehen, hat er nicht mit seiner Partei BBP sondern als Einzelkandidat an der Wahl teilgenommen. Mitglieder der Jugendabteilung des Berliner Verbandes "Türkischer Kulturverein" reisten im Juli 2007 nach Sivas, um den Führer ihrer Bewegung, Muhsin Yazicioglu, im Wahlkampf zu unterstützen.⁷⁴ Auch als Yazicioglu am 21. April 2007 nach Deutschland kam und in der Aula eines Duisburger Gymnasiums zum "Großen Parteitag (Büyük Kurultay Söleni)" einlud, waren ältere und junge Männer der Weddinger Organisation unter den etwa 200 Besuchern aus ganz Deutschland.

Seit dem 10. Dezember 2006 ist Mustafa Inan Vorsitzender des Berliner Nizam-i Alem Ülkü Ocagi (Türkischer Kulturverein/ Eyüp Sultan Camii = Berlin Alperen). Der ehemalige Vorsitzende Salih Tuncer ist zwar ebenfalls im Berliner Vorstand, hat aber auch Aufgaben im Zentralverband ATB, wo er für die Verbandsabteilung "Hadsch" (Pilgerreisen nach Mekka) zuständig ist.⁷⁵

Mit der offiziellen Eröffnung durch Mustafa Inan am 2. Juni 2007 verfügt die Jugendabteilung "Berlin Alperen Gençlik Ocagi" nun auch über ihre eigenen Vereinsräume in Wedding. Der Vorsitzende heißt Alper Karaca und wie bei den Erwachsenen so sind auch bei den Jugendlichen die Frauen bzw. Mädchen im Vorstand nicht vertreten, weshalb man eher von einer Jungenabteilung sprechen muss.⁷⁶ Diese Jungenabteilung verfügt auch über eine eigene Internetseite, <http://berlin-alperen.de.tl>, die mit einem Selbstdarstellungsvideo eröffnet wird. Neben den Bildern der Jungen und ihren Aktivitäten, darunter Gruppenbilder mit ihrem "großen Führer" Yazicioglu, ist dieses Video gespickt mit den zahlreichen Symbolen dieser islamistisch-nationalistischen Bewegung. Neben dem Wolf, der bei ihnen in Abgrenzung zur ehemaligen Mutterbewegung nicht grau sondern weiß ist, sind es vor allem die Insignien der Alperen-Bewegung.

⁷⁴ BERLIN'LI ALPERENLER SIVAS'DA unter: www.berlin-alperen.de.tl/Faliyetlerimiz.htm

⁷⁵ www.atbhac.com/index.php?id=35

⁷⁶ selbst auf der Iftar-Veranstaltung des Vereins (gemeinsames Fastenbrechen im Ramadan) Ende September 2007 sind die Männer unter sich. Die Jungen durften die Veranstaltung ausrichten und freuen sich danach, von den Erwachsenen dafür die beste Note erhalten zu haben. Siehe auch Fotos unter: www.berlin-alperen.de.tl/Anasayfa.html

Der Begriff "Alperen" (Plural. Alperenler) ist einerseits ein männlicher türkischer Vorname, als Begriff lässt er sich aber nicht eins zu eins ins Deutsche übersetzen. Es geht hier um eine symbolische Bezugnahme, das Verschmelzen und die Einheit von Türkentum und Islam, was kurz erläutert werden soll:

Alp bedeutet tugendhaft, ritterlich, mutig und weise. Diese Bezeichnung stammt von den Türken/Turkmenen aus vorosmanischer Zeit und wird seit dem Zeitalter der Ghaznawiden, eine muslimische Dynastie in Chorassan und Nordindien (977 – 1186), von muslimischen Herrschern verwendet. Diese Dynastie war durch den türkischen General Alp-Tigin begründet worden. In Chorassan⁷⁷ wurden die Ghaznawiden etwa 1040 von der turkmenischen Dynastie der Seldschuken (1038–1194) abgelöst. Etwa 970 hatten die Seldschuken unter ihrem Stammvater Seldschuk den sunnitischen Islam angenommen und brachten den Islam nach Anatolien. Dies geschah 1071, als der Seldschuken-Herrscher Alp Arslan (1063 – 1072) in der Schlacht bei Mantzikert (heute Malazgirt in Ostanatolien) Kaiser Romanos IV. Diogenes besiegte. Die Turkmenen besiedelten in der Folgezeit Kleinasien (Anatolien) und wurden so die Urahnen der heutigen Türken. Als sich Osman I. Gazi (auch Osman Bey genannt) etwa 1299, nach dem praktischen Verfall des Seldschuken-Reiches, für unabhängig erklärte und das ganze westliche Kleinasien eroberte, begründete er damit das nach ihm benannte Osmanische Reich, dessen erster Sultan er war. "Nachdem die Türken den Islam annahmen und das Zusammengehörigkeitsgefühl, welches die Religion vermittelt mit dem Geiste des ALP verschmolz, wurde diese Bezeichnung für Leute verwendet, die für das allgemeine Wohlbefinden der Bevölkerung arbeiteten. Nach diesem Zeitpunkt wurden also türkische Muslime, die der Bevölkerung Dienstleistungen brachten ALPEREN genannt. Im Osmanischen Reich wurden ALPERENLER in grenznahen und auf Dienstleistungen angewiesenen Gebieten untergebracht und hatten die Aufgabe, die Bevölkerung mit Dienstleistungen zu versorgen. Sie taten dies ehrenamtlich, um Gottes Segen zu erhalten. Sie legten z.B. Wasserleitungen in Gebieten, die kein Wasser hatten oder gründeten Schulen für die Erziehung und Bildung der Kinder. Des weiteren bauten sie Moschen, Brücken u.a."⁷⁸ Soweit eine eher neutrale, historische Erläuterung.

Der Weddinger Jugendverband "Berlin Alperen Genclik Ocagi" erläutert auf seiner Internetseite auf Türkisch, wie die Alperen-Bewegung die drei Begriffe "Alperen", "Alperenlik" und "Nizam-i Alem" versteht, die die drei Pfeiler "unserer Da'awa"⁷⁹ darstellen.

⁷⁷ Chorassan ist eine historische Region in Zentralasien im Gebiet der heutigen Staaten Iran, Afghanistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Die Region grenzt im Westen an das Kaspische Meer und im Osten an den Hindukusch. Das Wort Chorassan ist altpersisch und bedeutet „Land der aufgehenden Sonne“.

⁷⁸ Zur Bedeutung des Wortes „Alperenler“ unter: www.civh.de/geschichte-alperenler.htm

⁷⁹ Da'awa – zum "Islam einladen", die islamische Form der Missionierung

So heißt es dort zum Begriff Alperen u.a.: "Alperen ist der Mensch, der den ALP vom Großen Sultan Alp Arslan, und den EREN⁸⁰ vom Gelehrten Ahmet Yesevi⁸¹ und den anderen Heiligen Gelehrten von Chorassan übernommen hat. ... Der Tapfere, der tagsüber das Schwert schwingt und nachts Dhikr⁸² macht in Dschihad-Begeisterung. ... Alperen ist der Veteran-Derwisch, der das Land der Griechen⁸³ türkisiert und zum Islam gebracht hat."

Davon abgeleitet wird ein so genanntes Alperentum (Alperenlik) begründet: "Alperentum ist, den Glauben so groß wie einen Berg im Herzen zu verankern, das so groß ist wie eine Faust."

Die Weltordnung (Nizam-i Alem), "ist der Name der Da'awa, deren Gründer und einziger Führer der Prophet (Resulullah) ist. Nizam-i Alem ist das Tagebuch des Märtyrertums. Nizam-i Alem ist die große Liebe, die den 21-jährigen Fatih⁸⁴ in die Lage versetzt hat, dass sich die Schiffe über Land bewegten. Nizam-i Alem ist der Duft des Schießpulvers der Hindu-kusch-Berge und des Dschihads (hier als Heiliger Krieg zu verstehen)."⁸⁵

Auch das Emblem der Alperen / Nizma-i Alem Bewegung wird erläutert. Es besteht aus einer Halbmondsichel, die wie eine Schale am Boden liegt und aus der drei Holzschäfte emporragen, jeder Schaft mit einem Rossschweif umrankt. Diese Holzschäfte mit Rossschweif werden Tug genannt. Ein Tug (Rossschweif) ist ein von den Osmanen rund 400 Jahre verwendetes Würdezeichen. Anfänglich diente er wohl als Kennzeichen für den Standort des Anführers einer Reitergruppe. Später entwickelte sich der Rossschweif zu einem osmanischen Symbol und Rangabzeichen, der die Stellung des Würdenträgers innerhalb der Hierarchie des Osmanischen Reiches kennzeichnete. Der Tug besteht aus einem Holzschaft, überzogen mit einem dichten Geflecht aus gefärbten Rosshaaren und herabhängenden Rosshaarbüscheln. Im Feldlager waren die Rossschweife gut sichtbar auf bis zu vier Meter hohen Stangen vor den Zelten der Würdenträger aufgepflanzt.⁸⁶

⁸⁰ Eren (abgeleitet vom türk. ermek = Erleuchtung und Weisheit erlangen/dem Ziel nahe) bedeutet "Erleuchtender". In der östlichen Türkei werden "weise" Personen als Eren oder Ermiş (Erleuchteter/Weiser) bezeichnet.

⁸¹ Ahmet Yesevi Chorassan (1103 – 1165) war ein bedeutender Vertreter des Sufismus (islamische Mystik) und Poet. Auf ihn geht die Yesevi-Tariqa zurück. Während des 13. Jahrhunderts ist die Yesevi-Tariqa sehr aktiv und hat eine große Anzahl an Anhängern, von denen sich einige in Anatolien und auf dem Balkan niederlassen. Dort übt sie einen großen Einfluss auf spätere Tariqas aus.

⁸² im mystischen Islam: Zeremonie der Sufi-Orden (Tariqas) zur intensiven Anbetung Allahs bzw. Anrufung der Namen Gottes - Dhikr verändert das Herz, Dhikr ist Gedenken an Allah durch gleichmäßige Übungen. Dadurch ist der Mensch im Stande, Dinge zu tun, die er sonst nicht kann. Die Zeremonie der "tanzenden Derwische" der Mevlevi-Tariqa (Mevlevi-Derwischorden), als dessen Gründer der islamische Mystiker Mevlana gilt, ist eine solche Dhikr Zeremonie

⁸³ vor der Ankunft der Türken nannte man Anatolien Diyar-i Rum

⁸⁴ Fatih – der Eroberer Sultan Mehmet II. – osmanischer Sultan, der am 29. Mai 1453 Konstantinopel (den letzten Stützpunkt des byzantinischen Reiches in Kleinasien) eroberte. Die Stadt wird zur Hauptstadt der Osmanen und in Istanbul umbenannt. Die Kirche Hagia Sofia (Ayasofya) wird eine Moschee.

⁸⁵ www.berlin-alperen.de/tl/Davamiz.htm

⁸⁶ www.tuerkenbeute.de/sam/sam_hoh/D30_de.php

Diese drei Rossschweife (tug) im Emblem der Alperen-Bewegung stehen für den Staat, die (islamische) Nation⁸⁷ und die Souveränität Allahs. Entsprechend der islamischen Tradition der Zahlenmystik, nach der die Zahl 66 für Allah steht, wird auch dem Halbmond (Hilal) eine religiös-mystische Bedeutung zugeordnet: "Halbmond = Hilal stammt von Allah bzw. das Wort Hilal hat genau den gleichen Buchstabenwert wie Allah, nämlich 66 (He 5, Lam 30, Alif 1, Lam 30 = 66). Das Wort Allah hat ein Alif, zwei Lam und ein He. Diese Buchstaben haben auch den Wert 66, d.h. wenn wir Hilal schreiben, verwenden wir die Buchstaben von Allah." ⁸⁸

Durch eine weitere Symbolik wird ebenfalls die Abgrenzung von der ursprünglichen Mutterbewegung, den ultranationalistischen aber wenig ernsthaft islamisch orientierten "Grauen Wölfen" vollzogen⁸⁹. Diese Symbolik betrifft das Handzeichen. Ist das Handzeichen der "Grauen Wölfe" ein mit den Fingern gestalteter Wolfskopf, so strecken die Anhänger der Alperen-Bewegung lediglich den Zeigefinger in die Luft. Es symbolisiert die Verbindung mit Allah und wird als Symbol der Einzigkeit Allahs verstanden, bzw. als Symbol des Slogans: „Allah-u Akbar“ („Gott ist größer“). Während andere islamische Gruppen ebenfalls dieses Symbol verwenden, aber dazu lediglich die reine rechte Hand verwenden, sieht man bei den Jugendlichen der Alperen-Bewegung auch schon mal beide Zeigefinger gleichzeitig gen Himmel gestreckt.

3.3. Rassismus und Islamophobie der Mehrheitsgesellschaft

In der Kommunalstudie des ZDK im Bezirk Mitte wurde festgestellt, dass sich rassistische Momente gegenüber Migrantinnen/innen im Bezirk vor allem im Alltag in Konfliktsituationen zeigen. So werden Nachbarschaftsstreitigkeiten und Probleme wie Müll, Kriminalität und Lärm nicht selten auf die Herkunftsnationalität des Betroffenen zurückgeführt und zum Wesensmerkmal „seiner Ethnie“ erklärt. Damit einhergehend wurde in Mitte auch ein kulturalistischer Rassismus festgestellt in Form von Forderungen nach einer „kulturellen“ Assimilation und einer Ablehnung kultureller Vielfalt, basierend auf einer Homogenisierung und Hierarchisierung von „Kulturen“. Diese Forderungen wurden von kleineren, sogenannten Bürgergruppen auch in Form von Appellen an Politik und Verwaltung herangetragen.

⁸⁷ Millet: Nationsverständnis auf der Grundlage der Religionszugehörigkeit

⁸⁸ www.berlin-alperen.de/tl/Amblemimiz.htm

⁸⁹ die Unterschiede zwischen beiden Bewegungen und der Bedeutung der Religion zeigt sich auch hinsichtlich des Kopftuches. So tragen mehr Frauen und Mädchen der Nizam-i Alem Bewegung Kopftuch als es bei den "Grauen Wölfen" der Fall ist.

Anhand eines aktuellen Nachbarschaftskonfliktes in Moabit-West zeigt sich, dass die aktuelle Spielart des kulturalistischen Rassismus in Form von Abwertung und Stigmatisierung von Migranten/innen aufgrund ihres muslimischen Hintergrundes (Islamophobie) auch in Mitte virulent ist und sich die lokalen Akteure über den Bezirk hinaus versuchen zu vernetzen. Diese Entwicklung befindet sich noch im Anfangsstadium, die bereits entstandenen "Bürgerinitiativen" sind zwar zahlenmäßig klein, sollten aber in ihrem Drang nach Vernetzung und ihren propagandistischen Möglichkeiten nicht unterschätzt werden. Deshalb wird der Beschreibung dieser Entwicklung an dieser Stelle etwas mehr Raum eingeräumt, da es sich auch um eine Entwicklung handelt, die nicht nur den Bezirk Mitte allein betrifft.

Islamophobie in Moabit-West

Vor mehr als zwei Jahren, 2005, ist der Verein "Dar al-Hikma – Haus der Weisheit" (HdW) von der Rostocker Straße in die Turmstraße 58 umgezogen. In einem Porträt des Vereinsvorsitzenden Abdallah Hajjir auf der Webseite des Quartiersmanagements Moabit West (QM Beusselkiez) werden der Verein und sein neues Domizil folgendermaßen beschrieben: "Die Tür zum 'Haus der Weisheit' ist der Hintereingang der ehemaligen Sparkasse. Den erreichen wir über den Parkplatz zwischen Rewe und McGeiz am Ende der Turmstraße. Das 'Haus der Weisheit' ist ein Kulturverein, eine Begegnungsstätte und vor allem eine Moschee. Der Gebetsraum ist ausgelegt mit Teppichen, an den Wänden hängen Bilder von Mekka. Abdallah Hajjir zeigt uns eine Darstellung vom Baum der Propheten. Die großen Religionen Judentum, Christentum und Islam wachsen aus einem Stamm und verzweigen sich dann in verschiedene Richtungen."⁹⁰

Bereits in der Rostocker Straße waren die Vereinsräume des HdW, der auch eine Kindertagesstätte (Schiff der Weisheit) betreibt, eindeutig als Moschee zu erkennen, auch wenn sich der Verein in seiner Satzung eher als Kulturverein definiert. Auch wurde das HdW im öffentlichen Diskurs sowohl vom Vorstand als auch von den zahlreichen Kooperationspartnern, wie z.B. dem QM, eher als sozialer Verein und weniger als Moscheeverein dargestellt, da sich das HdW vor allem im sozialen und kulturellen Bereich engagiert bzw. engagieren möchte (Nachhilfeunterricht, Werkstatt für Jugendliche, Tischlerkurse, Fahrradwerkstatt, Nähkurse, Deutschkurse, Arabischkurse usw.). Davon, dass das "Haus der Weisheit" nun in seinen neuen Räumlichkeiten ab 2005 "klammheimlich" eine Moschee installiert habe, kann aber keine Rede sein. Die Freitagsgebete und der Koranunterricht bildeten stets ein zentrales Element der

⁹⁰ www.moabitwest.de/Kiezportraits.161.0.html

Arbeit des Vereins und das war auch allen bekannt, die mit dem HdW Kontakt hatten bzw. haben. In der sich selbst als "größte Moscheedatenbank Deutschlands" bezeichnenden Internetseite www.moscheesuche.de stellt sich das HdW auch entsprechend vor, wobei die Zahl der potentiellen Besucher des Freitagsgebets mit 600 augenscheinlich stark übertrieben angegeben werden. Nach eigener Aussage hat der Verein etwa 100 Mitglieder.

Als der Verkauf und die Bebauung des Parkplatzes an der Turmstraße (zwischen Beusselstraße und Waldstraße) seit Mai 2007 den bisherigen Haupteingang zu den Räumen des Vereins „Haus der Weisheit“ unbenutzbar machte, wandte sich die CDU-Fraktion der BVV-Mitte in einer Anfrage an den Baustadtrat des Bezirks, denn die Besucher und Mitglieder des Vereins müssen seitdem durch die Hofeinfahrt in der Waldstraße 57. Ein Wegerecht macht das zwar rechtlich möglich, doch Lärmbelästigungen und das Nichtschließen der Toreinfahrt führten in kurzer Zeit zu einem Nachbarschaftsstreit zwischen Mietern der Waldstraße 57 und dem Verein HdW. Dieser Streit entzündete sich vor allem an der hohen Zahl von Besuchern des Freitagsgebets im HdW (Zahlen von durchschnittlich zweihundert Personen werden genannt). Zunächst ein mehr oder weniger alltäglicher Nachbarschaftskonflikt, dem die CDU-Anfrage an die BVV Berlin-Mitte auf den Grund zu gehen versuchte. Zu diesem Zeitpunkt war dem Bezirksamt der Nachbarschaftsstreit zwar nicht bekannt, die Nutzung der Räumlichkeiten in der Turmstraße 58 als Moschee aber schon. In der Antwort des Baustadtrates des Bezirks Berlin-Mitte, Ephraim Gothe (SPD), wird erklärt, dass " für die Nutzung eine Baugenehmigung vom 06.10.2005 vorliegt". Diese Baugenehmigung, so heißt es weiter, sei "mit Auflagen versehen worden", eine Bauzustandsbesichtigung hierzu werde "in Kürze" erfolgen. Auf die Frage, "wie viele Personen die Räumlichkeiten des Vereins gleichzeitig nutzen können", antwortet der Baustadtrat, dass "die Andachträume 189 m² betragen" und daher "von einer maximalen Personenzahl von ca. 90 auszugehen" ist.

Das Wissen um die mit einer hohen Besucherzahl verbundenen Aktivitäten des Vereins HdW und die örtlichen baulichen Begebenheiten der angrenzenden Miethäuser hätte beim Verkauf des Parkplatzes vom zuständigen Stadtrat in Betracht gezogen werden müssen, die nun einsetzende Entwicklung hätte so im Vorfeld bereits verhindert werden können.

Nach der Antwort des Baustadtrates auf die CDU-Anfrage begann der schwelende Nachbarschaftskonflikt zu eskalieren. Da nach bisher nicht widersprochenen Mieter-Angaben teilweise die doppelte der zulässigen Anzahl von Personen die Räume des HdW freitags nutzt, auch am Wochenende zahlreiche Mitglieder und Kinder anwesend sind und Lärmbelästigungen durch viele Menschen aufgrund der Konstruktion des Hofes und der Miethäuser hinter dem HdW nicht ausbleiben, gelang es einzelnen Mietern der Waldstraße, diesen Nachbarschafts-

konflikt zu einem "Moscheekonflikt" aufzubauschen und fremdenfeindliche und islamophobe Ressentiments weit über den Beusselkiez hinaus zu schüren.

Dass es dabei nur um eine kleine Minderheit der Mieter geht, mag einerseits beruhigen, im Nachfolgenden zeigt sich aber, dass auch wenige genügen, einen Konflikt dauerhaft am Leben zu erhalten. Zur endgültigen Eskalation kam es, als der führende Kopf des islamophoben Teils der Mietergemeinschaft, der Rentner Gerhard Bock, am 22. Juni 2007 zu einer Mieterschaftsversammlung ins Lokal "Holzwurm" gegenüber dem Haus Waldstr. 57 einlud. Es kamen etwa 15 Personen, darunter auch der CDU Politiker Volker Liepelt. Auf dieser Versammlung habe G. Bock "das Kriegsbeil ausgegraben" und ein anwesender Mieter stellt fest, dass es Bock und einigen anderen um mehr gehe, als nur den Lärm. Diese Annahme hat sich inzwischen bestätigt.

So schildert G. Bock, Kopf des in Gründung befindlichen Vereins "Berliner Nachbarschaftshilfe – VBN", Mietergemeinschaft Waldstraße, Berlin Mitte, auf der Internetseite des VBN die Lärmbelästigungen und lässt dabei seinem Rassismus und seiner Islamophobie freien Lauf: "Was würde aber passieren, wenn z.B. ein Deutscher auf den blödsinnigen Einfall käme, einen Kindergarten ausgerechnet in so einer Umgebung aufzumachen und dabei billigend in Kauf zu nehmen, dass die Anwohner gerade an den Wochenenden nachhaltig gestört werden? Antwort: Die zuständige Behörde würde dem 'den Laden ganz schnell dicht machen'. ... Im Orient wird es wohl so sein, dass derjenige Recht hat, der am lautesten brüllt. Was - glauben Sie - würde einem deutschen Kneipenwirt blühen, der nach 22:00 Uhr Gäste an den Tischen vor seinem Lokal überhaupt noch bedient? Der würde Geldstrafen bezahlen, dass ihm Hören und Sehen vergeht. ... Ein weiteres schweres Ärgernis besteht darin, dass die sich zwar 30 Nachschlüssel für das Tor der Hofeinfahrt anfertigen ließen, dass jedoch niemand abschließt. Offenbar ist in arabisch oder türkisch sprechenden Ländern diese Möglichkeit der Benützung von Schlüsseln noch unbekannt. ... Als ich dem Ober-Eunuchen von 'H.d.W. e.V.' dies ruhig erklärte, muss der wohl angenommen haben, es handele sich dabei um eine Erzählung aus 1001 Nacht. Die Muslime schließen bis heute nicht ab. ... Bei uns heißt die Parole deshalb jetzt nur noch: Raus - und möglichst recht weit weg von uns!"⁹¹

Ursprünglich war Bock von den Mietern, wie er selbst schreibt, gebeten worden, mit dem Vorstand des HdW, Abdallah Hajjir, "die anstehenden Probleme zu besprechen". Wenn G. Bock die Gespräche mit A. Hajjir in der Art und Weise geführt hat, wie er es in seiner Schilderung zum Ausdruck bringt, muss er sich nicht wundern, als Rassist titulierte zu werden. So schreibt G. Bock, dass er sich dazu überwunden habe (mit A. Hajjir zu sprechen), "obwohl es

⁹¹ www.vbn-berlin.de/index-Dateien/Page382.htm

mir völlig klar war, dass der Mann die personifizierte Uneinsichtigkeit ist. Er heuchelt(e) Verständnis und macht Versprechungen, aber es kommt(kam) absolut nichts dabei heraus. Ein weiteres Gespräch mit ihm wird es daher mit mir nicht mehr geben. ... Allem Anschein nach bemühen sich diese Herrschaften überwiegend absolut nicht um eine Eingliederung in unsere Gesellschaft, sondern sie sind zum Teil bodenlos unverschämt, überheblich und gelegentlich auch schon mal gewaltbereit".⁹²

Bezeichnen bei den Ausführungen G. Bocks sind auch die Versuche, das HdW in eine terroristische Ecke zu schieben. Dazu nutzt er geschickt den öffentlich kaum bekannten und kommunizierten Vorfall um den zeitweise beim HdW beschäftigten Imam Scheich Ahmad Hemaya aus, den die Berliner Ausländerbehörde wegen so genannter Hasspredigten zur schnellen Ausreise drängen wollte. Hemaya soll "in Predigten und Gebeten Juden und Amerikanern Vernichtung gewünscht haben. Ein Vorwurf, den der Imam entschieden bestreitet. Die Vorwürfe seien frei erfunden... Hemaya hat sich mehrfach ausgesprochen kritisch zur Politik Israels geäußert, sagt er, aber zum Hass gegen Juden und Amerikaner habe er bestimmt nicht aufgerufen."⁹³ Auch aus dem Namen "Dar al-Hikma" (Haus der Weisheit) versucht G. Bock Kapital zu schlagen und indirekt einen Bogen zum internationalen Terrorismus zu ziehen, auch wenn er es zunächst nur fragend in den Raum stellt. Diese Herleitungen sind einerseits abenteuerlich, offenbaren andererseits aber auch islamwissenschaftliche und historische Kenntnisse.

Das verwundert wenig, sieht man sich die Kreise an, die G. Bock in "seinem Engagement" unterstützen. Zu diesen Mitstreitern gehört neben dem Hausmeister Jürgen Krämer vor allem der Islamwissenschaftler Dr. Kai Borrmann. Am 23. Juli 2007 teilt Borrmann im größten islamophoben Internetportal im deutschsprachigen Raum, www.politicallyincorrect.de (PI), unter seinem Nickname KIM mit: "In der vergangenen Woche habe ich mit einigen Leuten zusammen den Verein 'Berliner Nachbarschaftshilfe e.V.' gegründet. Ein Arbeitsschwerpunkt ist der Kampf gegen eine illegale Moabiter Hinterhofmoschee, das 'Haus der Weisheit'. Das könnte ziemlich heiß werden."⁹⁴

Zur Rolle Borrmanns im Nachbarschaftsverein schreibt G. Bock am 29.07.2007: "Unsere Mitglieder wurden um Verständnis dafür gebeten, dass es geradezu gefährlich ist, sich mit den Medien einzulassen. Gleichzeitig schulen wir: Man sollte schon etwas über den Islam wissen, wenn man mit Leuten, welche auch böse Absichten haben können, richtig argumentieren will. Hier hilft uns ein Doktor der Islamwissenschaften, der bei uns im Vorstand ist." Diese "Schu-

⁹² Anschreiben an die Mieter zur Mieterversammlung am 22.06.2007

⁹³ 03.02.2007, Rundfunk Berlin Brandenburg, Beitrag Himmel und Erde, Gernot Götze "Streitfall Imam Hemaya"

⁹⁴ www.politicallyincorrect.de/2007/07/berlin-multikulti-und-das-leiden-der-ureinwohner/#comments

lung" ist eigentlich darauf angelegt, sich den Mantel des besorgten Bürgers und Biedermannes umzuhängen, dem es lediglich um "Aufklärung über die drohende Islamisierung Deutschlands" gehen würde. Seine deutschnationale Gesinnung kann G. Bock jedoch nicht ganz verbergen, wie aus seinen weiteren Ergüssen abzulesen ist. So eröffnete der Vorsitzende des Vereins V.B.N., G. Bock, Ende Juni 2007 in einem weiteren islamophoben Internetportal, das sich www.gruene-pest.de nennt, unter dem Nickname Skipperberlin eine "Diskussion" unter dem Titel "Moschee in Berlin-Moabit - Terrorisierung der Nachbarschaft". Seine Beiträge unterschreibt Bock mit folgender Losung: "Immer klaren Kurs halten - und dann 'Feuer frei' aus allen Rohren!". Neben der umfangreichen Darstellung des Nachbarschaftskonfliktes schreibt er, dass er "vergeblich" ein "Stoßgebet nach oben" geschickt habe, Gott möge "unter dieser Ansammlung von ...⁹⁵ an einem Freitag so gegen 13:50 Uhr eine vielleicht noch verträumt unter dem Gebäude liegende Fünfhundertner-Fliegerbombe hochgehen lassen".⁹⁶

Die weiteren Aufrufe und Erklärungen G. Bocks zeigen die Absicht, sich mit Gleichgesinnten überregional zu vernetzen, um dadurch der lokalen Isolation und Marginalität zu begegnen. Diese Vernetzungsaktivitäten finden nicht nur virtuell im Internet statt, wie die weiteren Entwicklungen zeigen, auch wenn "die Erfolge" noch sehr bescheiden ausfallen. So schreibt G. Bock: "Wir wissen genauso gut wie Sie, dass die unverschämten Forderungen der als Wölfe im Schafspelz getarnten 'braven, unschuldigen Muslime' ein genau umrissenes Ziel vor Augen haben: Deutschland die Zwangs-Islamisierung zu bescheren! Dies wäre das endgültige 'Aus' für unser Land und seine gesamte Bevölkerung! Wer bereits organisiert ist, sollte seine Gruppe deshalb mit allen Kräften in ihren Bemühungen, noch mehr Elend zu verhindern, vorbehaltlos unterstützen. Für alle Gruppen, Vereine, Interessenverbände usw. in diesem Bereich ist es zwingend notwendig, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen - und zwar bezirksübergreifend !!! Anders können wir jetzt schon 'einpacken!'... Nicht nur wir hier in Berlin-Moabit sind gefordert! In Bedrängnis sind die deutschen Mitbürger in Pankow-Heinersdorf und auch in Charlottenburg will der Islam seinen Einfluss vergrößern, nachdem dies in Neukölln nicht geklappt hat. Da darf wirklich KEINER mehr tatenlos zusehen! ... GEMEINSAM werden wir einiges erreichen! Skipperberlin, 1. Vors. V.B.N."⁹⁷

Insgesamt 11 Seiten umfasst diese Diskussion, bis sie kurz vor dem 11. September 2007 für nicht registrierte Leser geschlossen wird. Bock stellt ausführlich seine Sicht des Konfliktes dar und ergänzt diese Darstellung um jede weitere Entwicklung, die sich im Kiez vollzieht. Sein Aufruf zu Vernetzung und Unterstützung blieb derweil nicht ungehört. Am 29.7.2007

⁹⁵ drei Pünktchen im Original, gemeint sind die Teilnehmer des Freitagsgebets im HdW

⁹⁶ www.gruene-pest.de/showthread.php?t=240614, 28.07.2007

⁹⁷ ebenda

erklärt Bock, "noch nicht einmal eine Website" zu haben, "weil ich zu dämlich bin, sowas auf die Beine zu stellen". Der Vorsitzende der Pankow-Heinersdorfer "Bürgerinitiative" gegen den dortigen Bau der Ahmadiyya-Moschee, Joachim Swietlik, stellt den Moabiter Freunden zunächst die auf ihn registrierte Seite www.fargo-berlin.de zur Verfügung, bis G. Bock am 19.8.07 eine eigene Internetseite seines Vereins VBN bekannt geben kann. Die Bitte um "Unterstützung, Tipps und Ratschlägen" erfolgt auch über das islamophobe Portal www.politicallyincorrect.de, wo der Islamwissenschaftler Dr. Kai Borrmann Ende Juli 2007 den Nachbarschaftsstreit als Beispiel des "Leidens der Ureinwohner unter der Berliner Multi-Kulti-Politik" einstellte.⁹⁸ Das, so Bock, habe dazu geführt, dass er ziemlich viel Post bekomme.

Während für Borrmann die Rechtsextremen als Kooperationspartner schon rein intellektuell unakzeptabel sind, ist die Abgrenzung Bocks vom rechtsextremen Rand eher taktisch motiviert: "Es ist klar, dass gewisse als extrem rechtsstehend gehandelte Gruppierungen Ereignisse wie die 'Terrorisierung von Moabiter Mietern durch Ausländer' zum Anlass nehmen, da 'einzusteigen', um dann damit ihr eigenes Süppchen zu würzen. Sie würden unserer Sache damit nur schaden. Nicht umsonst sagt der Volksmund: 'Sage mir, mit wem Du umgehst - und ich sage Dir, wer Du bist.' Es muss in diesem Zusammenhang aber auch festgestellt werden, dass wir 'keine Gesinnungsschnüffelei' betreiben und nicht danach fragen, ob jemand ein Parteilbuch in der Tasche hat und - falls ja - welches. Maßgeblich ist, wie er sich als Mitglied verhält. ... Und darüber zu entscheiden, ob jemand 'gut' oder 'böse' ist, 'behalten wir uns selbst vor' und überlassen dies nicht irgendwelchen Idioten und erst recht nicht denjenigen, welche deutsche Mitbürger nur deshalb als angebliche Nazis bzw. Rassisten besudeln, weil sie dies als 'Mittel zur gezielten Volksverblödung' ansehen oder noch verachtenswertere Gründe dafür haben. ... Wer zu uns kommt, kann ganz beruhigt sein: Wir sind zusammenzukommen, um etwas in Bewegung zu setzen. Dies setzt unter anderem voraus, dass wir 'den eigenen Stall sauberhalten. Mit freundlichen Grüßen Skipperberlin.'⁹⁹

Während Bock für den lokalen Konflikt in Moabit "zuständig" ist, geht es Borrmann darum, diesen Konflikt zu nutzen, um die verschiedenen lokalen Anti-Moscheebau-Akteure (Heinersdorf, Moabit und Charlottenburg – geplanter Bau des Moschee- und Kulturhauses des Vereines Inssan e.V. im Bereich Mierendorffplatz) miteinander zu vernetzen. Dafür nutzt Borrmann das "Aktionsforum gegen die Islamisierung Europas - www.gegen-islamisierung.info. Ziel ist es auch, bereits im Vorfeld Konflikte zu schüren, wie das "Engagement" in Charlottenburg zeigt, wo Anwohner mobilisiert werden sollen, sich gegen das

⁹⁸ www.politicallyincorrect.de/2007/07/berlin-multikulti-und-das-leiden-der-ureinwohner/
⁹⁹ ebenda

Bauvorhaben des Vereins Inssan e.V. zusammenzuschließen. Für seine Argumentation instrumentalisiert Borrmann auch Erkenntnisse zum Verein Inssan e.V., die das ZDK in seiner Kommunalstudie für den Bezirk Mitte im März 2004 vorgelegt hat. "Das gemeinsame Merkmal bei allen Moscheebaukonflikten ist", so Borrmann, "dass die Gegenwehr der Bürger erst dann auf die Beine kommt, nachdem die Bauvereine im Stillen Zeit hatten, einen Teil der Lokalpolitiker auf ihre Seite zu ziehen. Es kommt also darauf an, nach Bekanntwerden eines solchen Projektes möglichst rasch Breitenwirkung zu entfalten. Daher möchte ich mich mit einigen Leuten austauschen, um einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten, den man im Fall der Fälle an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen kann". Konkrete Bündnispartner und Strategien sind für Borrmann: "Öffentlichkeit herstellen, z.B. über den 'Bundesverband der Bürgerinitiativen'¹⁰⁰. Falls schon etwas Konkretes zu berichten ist, Weblogs benachrichtigen, z.B. Kewils 'Fakten und Fiktionen' oder 'Politically Incorrect' (dort wird heute Abend über unseren Verein in Moabit berichtet). Vernetzung durch Flugblattaktionen in der betroffenen Nachbarschaft. Anfragen an das jeweilige Stadtbauamt (sind zur Auskunft verpflichtet). Und neuerdings gibt es auch immer mal einen Lokalpolitiker, der ins Lager der Islamisierungsgegner geschwenkt ist. Nicht nervös, ängstlich oder persönlich werden und auf Seiten der Gesetze bleiben. KIM, 28.07.2007."¹⁰¹

Gleichzeitig strebt Borrmann an, einen Berliner Landesverband der Anti-Islam-Bewegung "Pax Europa: für Europa - gegen Eurabien" des umtriebigen Journalisten Udo Ulfkotte zu gründen, bislang jedoch ohne nennenswerten Erfolg. So kamen wohl lediglich 5 Interessierte zu einem von Borrmann initiierten Treffen Ende August 2007.

Dass es Borrmann nicht um "Aufklärung" und sachliche Islamkritik oder Warnung vor islamistischen Entwicklungen geht, lässt sich nicht nur durch seine Unterstützung des VBN und dessen Vorsitzenden G. Bock verdeutlichen. So fragt Borrmann (KIM) süffisant in einer Diskussion auf PI am 26. Juli 2007: "Wo sehen Sie denn das Positive, das Muslime in unsere Gesellschaft einbringen können?"¹⁰²

Ein Schlaglicht auf die wahren Absichten des Islamwissenschaftlers Dr. Borrmann wirft auch die Überlegung, eine Diskussion über die Beschneidung von Jungen in Gang zu setzen. Denn, so Borrmann, "die Genitalverstümmelung von Mädchen ist dem Islam nicht direkt anzulasten.

¹⁰⁰ gemeint ist der "BDB – Bundesverband der Bürgerbewegungen", der sich selbst bezeichnet als "Zusammenschluss von Bürgerbewegungen, die sich für die Bewahrung freiheitlich-demokratischer Prinzipien und gegen die Bildung einer fundamental-islamischen Parallelgesellschaft in Deutschland engagieren". Die rassistisch-islamophobe Intention des BDB offenbart sich u.a. in seinem "Wertheimer Appell", siehe: www.buergerbewegungen.de

¹⁰¹ ehemals unter: www.gegen-islamisierung.info/ (Aktionsforum gegen die Islamisierung Europas – Aktionen/Maßnahmen gegen die Islamisierung – Deutschland – Berliner Nachbarschaftshilfe e.V. – Moscheebaukonflikte in Berlin - Maßnahmenkatalog ausarbeiten)

¹⁰² www.politicallyincorrect.de/2007/07/ein-forscher-in-trizonesien

Die in Deutschland lebenden Muslime werden immer darauf verweisen können, dass dieser Brauch gewissermaßen eher einen 'Ausrutscher' darstellt, schärfere Maßnahmen dagegen treffen sie daher nicht auf ganzer Linie. Ganz anders verhält es sich mit der Verstümmelung von Jungen. In Neukölln führen die türkischen Brautgeschäfte auch die Umhänge und Kronen, mit denen man kleine Jungs an ihrem 'Festtag' herausputzt. Die Beschneidung von Mädchen ist eine heimliche Sache unter Frauen, die von Jungen wird zu einer wichtigen Familienfeier. Dieser Brauch ist so zentral, dass eine Kampagne dagegen eine ungeheure Resonanz auslösen muss. ... Könnt ihr euch vorstellen, welche Wellen es machen wird, wenn man eine Diskussion darüber in Gang bringt? Kim".¹⁰³

Noch stecken diese Vernetzungsversuche in den Kinderschuhen. Doch hilft es wenig, die Gruppe um Bock und Borrmann mit den rechtsextremistischen Trittbrettfahrer von Pro Köln / Pro Deutschland (siehe www.berlin-brummt.de) zu vermischen, die sich ebenfalls des Moabiter Nachbarschaftskonfliktes "angenommen" haben, um daraus für sich ihr Potential zu schöpfen. Es handelt sich eben nicht nur um "den rechten Mob", wie es Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) gegenüber der Tageszeitung "Taz-Berlin" am 5. September 2007 geäußert hat. Der Moabiter Verein VBN um Bock und Borrmann hat über den IPAHB¹⁰⁴ - Vorsitzenden, J. Swietlik nicht nur eine Vernetzung zu den Heinersdorfer Moscheebauegegnern erlangt, sondern über diesen Weg auch zum CDU-Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses Rene Stadtkewitz, Mitglied im Ausschuss für Bauen und Wohnen.

Auch die gut gemeinte Reaktion des QM Moabit-West auf den Nachbarschaftsstreit zwischen Mietern der Waldstraße und dem Verein HdW geht an dem hier dargelegten Thema vorbei. Das QM kündigte Ende Juli 2007 an, dass der Moschee-Verein und die Anwohner eine Mediation machen. In der Ankündigung heißt es: "Die Konfliktparteien haben sich entschieden, ihren Streitfall mit der Unterstützung von Mediatorinnen des Mediationsprojektes Moabit West zu bearbeiten. Eine Mediation unterliegt der unbedingten Vertraulichkeit. Zudem ist es wenig sinnvoll, mit Veröffentlichungen zum Streitfall die Konfrontation möglicherweise noch zu verschärfen. Darum wird über den Streitfall auf der Webseite von Moabit West keine Berichterstattung erfolgen, solange der Konflikt durch eine Mediation eine Chance auf Lösung hat." Die Mediatorinnen, heißt es weiter, werden Gespräche mit den am Konflikt Beteiligten führen und die Position der Mediatorinnen sei dabei vollkommen neutral. Dieser Ansatz mag sinnvoll sein für die Mieter, die gesprächsbereit sind und denen es lediglich um die Lösung des Konfliktes "Lärmbelästigung" geht. Was die Akteure des VBN - Bock, Borrmann und ihre Mitstreiter - betrifft, so gehen deren Ambitionen - wie geschildert - längst darüber hinaus.

¹⁰³ www.gegen-islamisierung.info/thread.php?threadid=117

¹⁰⁴ Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V. – www.ipahb.de

Auch muss sich das QM Moabit West eingestehen, dass ihr Mediatorenteam im Konflikt mit dem VBN zu Recht nicht als "neutral" sondern "als Partei" betrachtet wird, gibt es doch zwischen dem QM und dem HdW seit Jahren eine enge und gute Zusammenarbeit. Das bestätigt auch die Aussage von Eva-Maria Kaes, die zu einem Mediation-Treffen am 11. September 2007 eingeladen hat. Die anwesende Taz-Journalistin schreibt am nächsten Tag darüber: "Eingeladen waren auch die Vereinsmeier um Bock - die allerdings sind nicht erschienen. ... Hajjir ist ein guter Freund von Kaes, dem sie eine wichtige Rolle bei der Integrationsarbeit des Bezirks zuschreibt."¹⁰⁵ Nicht nur diese Steilvorlage wurde inzwischen "begeistert" von G. Bock und seinen Mitstreitern aufgegriffen, auch zuvor wurde bereits gegen die beiden Mediatorinnen entsprechend Stimmung gemacht: "Ausgerechnet die Wortführerin der beiden hat als Leiterin der Vergabekommission für Fördermittel einem gewissen Imam und Vereinsvorsitzenden über 30.000 Euro nebst PC, Kopiergerät und Büromaterial zugeschanzt."¹⁰⁶ Vernetzungen im Anfangsstadium gedeihen eher im Verborgenen, im Kreis Gleichgesinnter, deshalb ist bei bestimmten Konflikten Öffentlichkeit hilfreich. Ende August machte das ZDK (C. Dantschke) zunächst die AGA der Polizeidirektion 3 darauf aufmerksam, was sich im Forum www.gruene-pest.de, Diskussion Moabit, an Aufhetzungen abspielt. So machte der Moderator dieses Forums, der nach eigenen Angaben in der Schweiz sitzt und sich Doc Gyneco nennt, am 17. August 2007 den Vorschlag, einen im Foto abgebildeten Sprühbehälter zur Insektenvernichtung "mal mit (gesiebter) Schweinejauche [zu] füllen! Dann gelegentlich (außer Freitags) mal die ganze Moschee damit 'betünchen'! Somit werden jegliche (sinnlosen) Diskussionen, Palaver, usw. überflüssig!! Und die Moscheemitglieder werden danach ganz spontan und freiwillig umziehen!!!" Diesen "Vorschlag" bezeichnete G. Bock (Skipperberlin) als "gute Idee. Aus humanitären Gründen halten wir jedoch fast jede Nacht auf unseren Balkonen Feuerwache, weil uns die Radaubröder ohnehin nicht schlafen lassen. Sollte es dort tatsächlich brennen, würden wir sofort reagieren - und einen Tankwagen der Firma SHELL, ARAL oder BP oder so hinschicken. Rrrrrrrums."¹⁰⁷

Nachdem das ZDK die Presse (Spiegel TV und Taz-Berlin) und den Integrationsbeauftragten G. Piening informiert und somit auch für eine öffentliche Thematisierung dieser Aktivitäten um den VBN gesorgt hat, reagiert G. Bock am 9. September 2007 auf einen erneuten "Vorschlag" des Forum-Moderators Doc Gyneco wesentlich zurückhaltender. Doc Gyneco hatte vorgeschlagen, "einfach mal während der Abwesenheit dieser Musels, die ganze Bude mit Schweinekot tünchen! Dann gehen die Freiwillig!!", worauf G. Bock schreibt: "Natürlich

¹⁰⁵ Taz Berlin, Jenny Bohse: "Protest gegen Moscheen - Hetze im Hinterhof", 12.09.2007

¹⁰⁶ www.gruene-pest.de, skipperberlin, 17.8.07

¹⁰⁷ 78. Beitrag auf Seite 8 der Forumdiskussion: www.gruene-pest.de/showthread.php?t=240614&page=08

denkt niemand im Umfeld dieser 'Moschee' in der Waldstraße daran, dort irgendwelche Aktionen zu starten, welche dem Herrn HdW-Vorsitzenden Hajjir Anlass zu neuer Hetze geben könnten. Die Angelegenheit wird ohne solche 'Feinheiten' geklärt" und: "Muss nicht sein. Im Islam gilt das Schwein als unreines Tier. Warum sollte man einen Moslem mit solchen Maßnahmen beleidigen, der einfach nur kommt, um seinen religiösen Pflichten zu genügen? Es gibt unter den 'Moschee'-Besuchern nicht wenige, welche genau wie wir lieber die bestehenden Probleme gütlich und einvernehmlich bereinigen möchten und sich von Herrn Hajjir zum Teil ausdrücklich distanziert haben. Jemand wegen seines Glaubens zu beleidigen, wäre nicht nur engstirnig, sondern auch 'Wasser auf die Mühlen' des bewussten Hetzers."¹⁰⁸

Am 4. September machte das ZDK neben den Journalisten von Taz-Berlin und Spiegel-TV auch den Berliner Integrationsbeauftragten Piening auf die aktuellen Entwicklung um Bock und seinen VBN aufmerksam und wies darauf hin, dass auf Einladung des VBN der CDU-Abgeordnete Rene Stadtkewitz am 11. September den Beusselkiez besuchen werde und damit der Nachbarschaftskonflikt mit den Ereignissen des 11. Septembers (2001) durch VBN und Stadtkewitz propagandistisch vermischt werden wird. Die Anwesenheit der Journalisten und ihre Berichterstattung vor und nach diesem Termin führte nicht nur zur zitierten Ablehnung radikaler Aktionen durch G. Bock, sondern auch zum Verschwinden der gesamten Hetztiraden um den Moabiter "Moscheekonflikt" im Forum gruene-pest.de (nur noch für registrierte Mitglieder).¹⁰⁹ Auch andere Mieter hatten diese rassistischen Auswüchse im Internet "durch eine oder mehrere Personen aus der Nachbarschaft" bemerkt und am 28. August 2007 im Stadtteilplenum Moabit West zur Sprache gebracht. Ein Mieter konfrontierte G. Bock damit auch vor der Spiegel-TV Kamera: "Anwohner Wilczynski: 'Gesagt wurde außerdem, wenn drüben Feuer ist, dann würden Sie, Sie (G. Bock), Schell anrufen oder Aral und einen Tanklastwagen bestellen.' Hauswart Krämer: 'Sie sind doch aufgehetzt worden, Sie haben doch keine eigene Meinung.' Wilczynski: 'Das müssen ausgerechnet Sie sagen, Herr Krämer'."¹¹⁰ Am Ende kam es vor der Spiegel-TV Kamera zu einem symbolischen Gespräch zwischen G. Bock und A. Hajjir. "Pünktlich zu Beginn des Ramadan (13.9.) machen die Moscheegegner ein Friedensangebot. A. Hajjir: 'Das haben wir immer angeboten, dass wir miteinander friedlich und wie eine Familie die Nachbarschaft auch genießen und nicht anders.' G. Bock: 'Das hätte meine Frau auch ganz gerne.' A. Hajjir: 'Wenn Sie dem zustimmen, dann sind wir uns

¹⁰⁸ www.gruene-pest.de/showthread.php?t=240614&page=11

¹⁰⁹ nachdem G. Bock etwa am 8./9.09.07 den ersten Artikel der TAZ – vom 05.09.2007 – über seine Aktivitäten und Internetidentität wahrgenommen hat, relativiert er seine Äußerungen. Er löschte auch das Zeugnis einer türkischen Schülerin (Özlem), das er im Kopiershop gefunden, heimlich kopiert und auf die Internetseite des VBN unter die Rubrik "Integration" als "Musterbeispiel für die Probleme, welche im Zusammenhang mit der Integration ausländischer Mitbürger bestehen" gestellt hatte. Bis zum 12. August 2007 verschwinden die Diskussionsbeiträge bei gruene-pest usw.

¹¹⁰ Spiegel-TV, 18.9.2007 unter www.spiegel.de/videooplayer/0,6298,21746,00.html

von Anfang an einig.' G. Bock: 'Ja'. Ob das schon der Durchbruch ist, kann hier niemand sagen, das Tor zum Innenhof steht jedenfalls immer noch weit offen.¹¹¹

Auch der CDU Abgeordnete Stadtkewitz, der am 11. September 2007 gemeinsam mit dem Heinersdorfer Moscheegegner J. Swietlik zur VBN Veranstaltung "Zwangsislamisierung? Nein Danke!" in die Gaststätte "Holzwurm" gekommen ist, geht gegenüber der anwesenden Presse in die Defensive, als er mit den rassistischen Entgleisungen Bocks konfrontiert wird: "Der Pankower Bezirkspolitiker René Stadtkewitz weiß von all dem angeblich nichts. Nach dem Treffen sagt er, er habe sich nur die Probleme der Mieter mit der Moschee angehört. Das seien in erster Linie die Lärmbelästigung, sowie Fragen der Sicherheit und der Müllentsorgung."¹¹² Geschickt greift Stadtkewitz dann den Punkt auf, der seit der Anfrage der CDU Fraktion Berlin Mitte an den SPD-Baustadtrat E. Gothe im Raum steht: Die Zulassung des Gebäudes für 90 Personen und die Anwesenheit von durchschnittlich 200 Personen zum Freitagsgebet (laut Bildern und Angaben des VBN). Nun wolle sich Stadtkewitz, Ehrenmitglied im Heinersdorfer Antimoscheeverein, auch um die Moabiter Gemeinde kümmern und kündigt in der Taz-Berlin an, sich selbst ein Bild machen zu wollen. "Sollte die Moschee überfüllt sein und damit 'illegal genutzt' werden, werde er rechtliche Schritte gegen den Imam einleiten, so der CDU-Politiker."¹¹³

Die rassistischen Ausfälle werden wohl demnächst erst einmal nicht mehr offen und über verschiedene islamophobe Internetportale geäußert, die Versuche, diesen Nachbarschaftskonflikt zur Vernetzung und xenophoben Stimmungsmache zu nutzen dürften aber weitergehen. Die "berechtigten Interessen, Forderungen und Wünsche der angestammten Bewohner" gegen den "ständig weiter anwachsende Anteil ausländischer Mitbürger" zu "verteidigen" lautet dabei die vorgegebene Frontlinie. Letztere seien verantwortlich für das sinkende Niveau der Schulen, so dass "auch deutsche Kinder" das Klassenziel "wegen der vielen Ausländer" nicht erreichen würden, und die "Ausländerkriminalität" sind dabei die klassischen rassistischen Schuldzuweisungen, nur dass sich die deutschtümelnden Aktivisten der so genannten "bürgerlichen Mitte" inzwischen als "Islamkritiker" gerieren.

¹¹¹ ebenda

¹¹² Taz Berlin, Jenny Bohse: "Protest gegen Moscheen - Hetze im Hinterhof", 12.09.2007

¹¹³ ebenda

3.4. Rechtsextremismus

Auch wenn in Mitte weniger der organisierte Rechtsextremismus in Form von aktiven Parteien, Kameradschaften oder Cliques zu registrieren ist, wird dieser Sozialraum einerseits von diesen Gruppierungen als Demonstrationsort genutzt und einzelne Akteure wohnen im Bezirk. Wird jedoch die Definition des Rechtsextremismus erweitert um unorganisierte Akteure, latentem und manifestem Rassismus sowie einer Affinität zu autoritären Lösungen, ist ein Potential von Personen auch in Mitte abrufbar: Nach Ansichten des Politikwissenschaftlers Hajo Funke ist Rechtsextremismus das Resultat einer „dynamischen Interaktion“ verschiedener Faktoren. Neben Auswirkungen längerfristiger Modernisierungen und kurzfristiger sozialer Umbrüche, sind Faktoren wie das „Fort- und Nachwirken des Nationalsozialismus“ in der Gesellschaft sowie „antidemokratische Elemente in der politischen Kultur“ im Ursachenbündel von Rechtsextremismus zu berücksichtigen. Oft schaffen es rechtsextreme Akteure mittels Agitation längerfristige antidemokratische (z.B. rassistisch- nationalistische) Mentalitätsbestände zu aktivieren.¹¹⁴

Die selbsternannte (rechtsextreme) Bürgerbewegung „Pro Deutschland“ versucht u.a. am Beispiel des Nachbarschaftskonflikts um den Zugang zu den Räumlichkeiten des Kultur- und Moscheevereins „Dar al-Hikma - Haus der Weisheit“ fremdenfeindliche Ressentiment zu streuen und eine politische Kampagne gegen die vermeintliche Islamisierung in Berlin zu propagieren. Die enge Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Partei „Pro Köln“ ist nicht nur am Namen abzulesen, sondern setzt sich auch in dem Grundsatzprogramm dieser Vereinigung fort. Nicht in sechs Punkten, wie die Vereinigung „Pro Köln“ sondern in fünf Punkten "pro Berlin" stellt die Initiative ihre politische Ideologie vor. Schon im ersten Absatz wird die politische Zielrichtung deutlich: „Multi- Kulti- Nein Danke!“ Darauf aufbauend wird „die Einwanderung von Menschen mit fremder Nationalität in das deutsche Sozialsystem beklagt“. Im zweiten Programmpunkt setzt sich „Pro Deutschland“ mit der Sicherheit Berlins auseinander, welche als die Hauptstadt des Verbrechens beschrieben wird. Die Täter werden im zweiten Satz gleich benannt: „osteuropäische Banden und multikulturelle Jugendgangs“. Eine ethnische Zuschreibung von Kriminellen wird in diesem Pamphlet vorgenommen und ein Schreckensszenario aufgebaut („In manche Problemkieze traut sich die Polizei - vor allem bei Dunkelheit - nur noch in Gruppen hinein“). Härtere Strafen, Abschiebungen und Arbeitsdienste für Häftlinge werden als "Lösungsvorschläge" angeboten. Neben diesen Punkten greift das Grundsatzprogramm Aspekte auf, die fast routinemäßig wiederholt werden: „Asylverfahren

¹¹⁴ Vgl. Kemper/ Klier/ Funke 1998:14; vgl. Friedrich – Ebert- Stiftung 2005

straffen“, „Opferschutz statt Täterschutz“, „gegen Korruption der Parteieliten“, „Abbau von Bürokratie“ und die „Förderung von mittelständischen Unternehmen“ sowie die „Bekämpfung von Kinderschändern“¹¹⁵.

Dieses Dokument kann fast als realtypisch für die Struktur von rechtspopulistischen Texten gelten. Wird in der Einleitung zunächst den etablierten Parteien politisches Versagen vorgeworfen, stellen sich die Autoren als Erneuerer und Pragmatiker dar. Undogmatisch, überparteilich und ohne politische Tabus wollen sie Politik in Berlin betreiben. Interessant ist, dass stets von Redeverbots und Tabus in Deutschland gesprochen wird, Tabus sind in diesem Zusammenhang die redundant geäußerte „Ausländerkriminalität“ sowie „Überfremdung“. Bilder und Metaphern von „osteuropäischen Banden und multikulturellen Jugendgangs“, „Sexualstraftätern und Kinderschändern“, die nach kurzer Haftstrafe entlassen werden sowie kriminellen Drogenabhängigen, die das Stadtklima zerstören. Weder Fakten, noch Analysen zu diesen Themenbereichen werden gegeben, stattdessen wird ein katastrophisches Endzeitszenario ausgemalt, falls sich nicht augenscheinlich eine Veränderung, im Sinne der Autoren, ergibt.

Da diese Gruppierung momentan noch von einigen Einzelakteuren getragen wird und eher durch Veröffentlichungen in Erscheinung tritt, ist es notwendig die weitere Entwicklung zu beobachten.

Die NPD tritt im Stadtbezirk Mitte bisher nur bei Demonstrationen an symbolträchtigen Orten wie dem Brandenburger Tor auf. Das mag an einem Mangel an aktiven Mitgliedern im Stadtbezirk Mitte liegen, so wurden noch zur letzten Abgeordnetenhauswahl Mitglieder aus den Freien Kameradschaften auf die Kandidatenliste der NPD gesetzt. Auf der Internetseite des Landesverbandes Berlin taucht der Bezirk Mitte jedoch häufiger auf, thematisiert wird zu meist die Kriminalität von Migrantinnen/innen oder die vermeintliche Islamisierung von Bezirken wie Wedding oder Moabit. Am 12.09.07 schrieb Stella Palau, eine Sprecherin des NPD Landesverbandes Berlin, unter dem Titel „Deutsche Schüler auf deutsche Schulen“, einen Kommentar über die Frauensendung Mona Lisa, in der Integration und Integrationsprobleme behandelt wurden. Geschickt kritisierte sie die Doppelmoral linksalternativer Eltern, die zwar in multikulturellen Bezirken wie Kreuzberg und dem Wedding leben, ihre Kinder aber in bezirksfernen Schulen einschulen lassen möchten, da dort das Lernniveau höher sei.

Palau deutet ein Endzeitszenario an, dass es kaum noch „deutsche Familien“ in Gegenden wie dem Wedding oder Neukölln geben werde. Als Lösungsvorschlag gibt sie indirekt mit der

¹¹⁵ www.berlin-brummt.de/5 Punkte Programm

Losung „Deutsche Schüler für deutsche Schulen“ ein arisiertes Schulsystem an.¹¹⁶ Inwiefern die NPD in Mitte mit der Ethnisierung sozialer Konflikte Fuß fassen kann, bleibt abzuwarten. Ihre Argumentationsmuster jedenfalls sind – wie im vorigen Kapitel beschrieben – anschlussfähig bei einem Teil der Wohnbevölkerung.

Die Freien Kräfte/ Autonome Sozialisten nutzen Berlin Mitte ebenfalls nur als Aufmarschort oder bestimmte Stadtteile mit einem hohen Migrantenanteil (Wedding, Moabit) als Bild bezüglich rassistischer Darstellungen.¹¹⁷

3.5. Linksextremismus in der Jugendtheaterpädagogik

Auf Anregung und mit Unterstützung des Quartiersmanagements Beusselkiez hatte der Berliner Senat im Rahmen des „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus“ von Oktober 2004 bis Ende Juni 2006 das Projekt Jugendtheaterwerkstatt Moabit, „Jugendtheater für Frieden und Gerechtigkeit - gegen Antisemitismus und Islamophobie“, in der Trägerschaft des Vereins „Olle Burg e. V.“ gefördert. Basierend auch auf den Erkenntnissen der ZDK Kommunalstudie im Bezirk Mitte waren antisemitische Einstellungs- und Verhaltensmuster bei Jugendlichen vor allem arabischer aber auch türkischer Herkunft als Problematik erkannt worden. Darauf sollte nun in geeigneter jugendpädagogischer Form reagiert werden. Das Projekt Jugendtheaterwerkstatt Moabit bekam den Zuschlag, da es „mit sozial benachteiligten Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft Elemente theaterpädagogischer Arbeit mit sozialer Bildungsarbeit kombiniert und schwierige Themen des jugendlichen Zusammenlebens auf jugendgemäße Art und Weise thematisiert“, wie es die zuständige Senatorin in ihrer Antwort auf eine kritische parlamentarische Anfrage formulierte. Das Hauptprojekt dieser Jugendtheaterwerkstatt war das Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer?!?“. Das ZDK hatte bereits bei einer ersten Präsentation der Ergebnisse der Kommunalstudie in einem Stadtteilplenum im Beusselkiez im Herbst 2004 sowohl dieses Projekt als auch den Leiter und Regisseur des Theaterstückes kennen gelernt und seitdem diese Jugendsozialarbeit beobachtend begleitet und gemeinsam mit anderen Fachgremien kritisch kommentiert. Nicht nur einzelne Politiker und Pressevertreter griffen diese Kritik auf, auch Fachexperten/innen aus der Task Force: Education on Antisemitism kamen in einer ausführlichen Analyse der pädagogischen Aspekte dieses Projektes zu einem deutlichen Urteil.¹¹⁸ So wurde in dieser Analyse u.a. festgestellt, dass das Theaterprojekt bei der Zielgruppe „antise-

¹¹⁶ http://berlin.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=302

¹¹⁷ www.Freie-Kraefte.tk

¹¹⁸ Siehe Bericht vom 13.12.2006 unter: <http://www.ajcgermany.org/atf/cf/%7B46AEE739-55DC-4914-959A-D5BC4A990F8D%7D/Positionspapier%20Taskforce%20Antis.pdf>

mitische Stereotype reproduziere und diese so bei den Jugendlichen verfestige, statt sie zu dekonstruieren“. Das Stück arbeite „statt mit Differenzierungen mit Polarisierung“ und führe zusammen, „was in der Welt der Jugendlichen von diesen selbst oft nicht zusammengebracht wird“. Die Jugendlichen bekommen „keine Informationen über ihre eigene Lage und die Bezugsobjekte ihrer Identität (Herkunftsländer, Geschichte, Religion, Nahost-Konflikt), stattdessen werden ihnen Deutungen angeboten, in denen durch eine übertriebene Parallelisierung die Unterschiede zwischen Moabit und Ramallah zu verschwinden scheinen“. Überhaupt werde zum Nah-Ost-Konflikt „nur eine Partialperspektive aufgegriffen, wodurch der Konflikt instrumentalisiert, vereinfacht und polarisiert wird“. Das Fazit der Analyse lautet: „Als vermeintliches Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen wird hier politische Propaganda präsentiert.“ Diese Einschätzung ist zutreffend und lässt sich erklären mit dem politisch-ideologischen Hintergrund des Autors, Regisseurs und Leiters des Projektes Jugendtheaterwerkstatt Moabit, Ahmed Shah. Als jahrelanger Aktivist der linksextremen trotzkistischen Splittergruppe „Linksruck“ hat er sich, getreu der trotzkistischen „Entrismus“-Strategie¹¹⁹, innerhalb des nicht-extremistischen Trägers Olle Burg e. V. als Jugendsozialarbeiter etabliert, zuständig für das Moabiter Projekt „Spielplatzbetreuung MoaMeet“, und eine Jugendtheaterwerkstatt aufgebaut. In seinen zahlreichen Texten in den Linksruck-Publikationen ist nicht nur seine Ablehnung des Existenzrechtes des Staates Israel nachzulesen, sondern auch seine Einstellung zum „kapitalistischen Staat“ Deutschland. „Das Problem mit den 68ern war nicht ihre Militanz sondern dass sie ihr Ziel, das kapitalistische System zu stürzen, nicht vollendet haben.“¹²⁰ Oder: „Der Staat ist also der bewaffnete Flügel der herrschenden Klasse. Ein Kampf gegen die Polizei, manchmal nötig, ist kein Ersatz für einen Kampf gegen die kapitalistische Dominanz in den Betrieben. ... Eine Gegenwehr, die dezentral bleibt, hat keine Chance gegen die Herrschenden. Polizei, Justiz, Medien und Bildungssystem sind aufeinander abgestimmt. Ein Kampf gegen diesen Staat braucht eine Organisation, die die Stränge der emanzipatorischen Bewegungen zusammenbringt und zentralisiert.“¹²¹ Dieser Ideologie entsprechend sind im Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer ?!?“ die Moabiter Polizei (Folterer wie in Guantanamo), Justiz (Herrscherjustiz), Medien (Feinde des Islam) und das Bildungssystem (hilflos bei Konflikten und nur Vorgaben umsetzend) dargestellt, gegen die sich

¹¹⁹ Entrismus ist eine von verschiedenen kommunistischen, vor allem von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten (mitunter heimlichen) Eindringens in Organisationen, v.a. in Parteien der Arbeiterbewegung, seltener anderer Sozialer Bewegungen. Ziel kann dabei sein, von innen heraus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, die eigene Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu gewinnen, den Kurs der Organisation zu verändern oder eine legale politische Arbeitsmöglichkeit zu haben.

¹²⁰ Ahmed Shah: „68 verteidigen“, in: Linksruck: Nr. 102, Januar 2001

¹²¹ Ahmed Shah: „Die Politisierung der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für den Sieg der antikapitalistischen Bewegung“, in: Sozialismus von unten - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis, Hrsg.: Linksruck Netzwerk, Nr.5, Winter 2000/2001, unter: www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu5/organisieren.htm

die Jugendlichen (egal welcher Herkunft) zusammenschließen und wehren müssen. Dieses multikulturelle Finale des Stückes überdeckte bei vielen Kommentatoren die Wahrnehmung des sich durch das Stück ziehenden Schwarz-Weiß-Agitprop gegen die bundesdeutsche Demokratie.

Im Bezirk und besonders im Beusselkiez waren weder diese Analysen noch die anhaltenden kritischen Auseinandersetzungen¹²² mit dem Jugendtheaterprojekt und seinem Leiter bekannt. Und so entschloss sich das ZDK, eine Informationsrunde zu gestalten, zu der gezielt Bezirksratsmitglieder, Vertreter der Fachämter, der Jugendförderung, Schulräte, Präventionsbeauftragte und die Gebietskoordinatorinnen Stadtteil- und Quartiersmanagement eingeladen werden. Unter dem Titel „Wi(e)der die Demokratiegefährdung - Ist gut gemeint = gut gemacht?“, analysierten wir Aktivitäten im Bezirk Mitte, wobei jugendpädagogische Ansätze zur Demokratieförderung und zur Auseinandersetzung mit antisemitischen Einstellungen und Verhaltensmustern am Beispiel der Jugendtheaterwerkstatt Moabit exemplarisch dargestellt wurden.

Die politisch-ideologischen Ambitionen des Jugendtheaterleiters A. Shah ließen sich – neben dem Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer?!?“ - auch an weiteren Beispielen darstellen. Als "MoaMeet", das Projekt der Spielplatzbetreuung des Trägervereins Olle Burg e.V., am 13. Oktober 2006 sein 5-jähriges Jubiläum mit Fußball-Turnier, Theater-Aufführung und Polit-Talk auf dem Spielplatz an der Ecke Waldstr. / Wiciefstraße feierte, veranstaltete der MoaMeet-Leiter A. Shah auch eine Theaterperformance mit Kindern und Jugendlichen hauptsächlich arabischer und türkischer Herkunft unter dem Titel „Neues Gesetz – Deutschpflicht auf der Waldstraße – Hier wird nur noch Deutsch gesprochen“. Shah erklärte den Kindern, von denen viele aus Familien mit unsicherem Aufenthaltsstatus stammen, dass jeder, der sich nicht an dieses geplante Gesetz halten würde, abgeschoben werden solle. Die Performance schloss er mit der Frage an die Kinder ab, wie sie darauf reagieren wollten. Die Kinder stürmten dann – nach mehrfacher Frage Shahs, wie zu reagieren sei – symbolisch die Bühne. Erst danach wurde den Kindern erklärt, dass ein solches Gesetz nicht in Planung sei. Die gesamte Performance war von Shah auch als Werbung für Kinder und Jugendliche gedacht, zu dem von ihm geleiteten Theaterprojekt zu kommen.

Auch ein weiteres Theaterprojekt von A. Shah, mit dem er am 7. Dezember 2006 im Glaskasten Wedding, Soldiner Kiez, gastierte, ist symptomatisch für die Polit-Aktivitäten dieses Theaterpädagogen. Bei dem Stück "Wer wird Deutschland?" handelt es sich um ein sich als „links-antirassistisch“ gebendes Agitprop-Theaterstück, das sich in primitiver und völlig über-

¹²² Im Dezember 2006 kam es auch zu einer kritischen Debatte mit Ahmed Shah im Amt des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats. Das Protokoll dieser Sitzung liegt inzwischen vor.

zogener Form pauschal gegen „Die Deutschen“ wendet: die „Türken“, „Ausländer“, „Muslime“ werden von "der deutschen Mehrheitsgesellschaft" - Medien, Politik - für alles Böse verantwortlich gemacht und alle Herkunftsdeutschen, vor allem die Beamten, sind entweder Rassisten, Rechtsextreme, Hysteriker oder durchgeknallte Idioten. Die hier beteiligten Schauspieler waren allerdings keine Kinder oder Jugendlichen, sondern junge Erwachsene über 20, mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Und auch die Zielgruppe dieses Theaterstücks waren Erwachsene und keine Kinder.

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist aber der entscheidende Faktor, die ideologische Ausrichtung des Theaterpädagogen Ahmed Shah kritisch zu hinterfragen. Dass Shah als geeignetes Mittel für seine Politpropaganda auch jugendkulturelle Elemente geschickt nutzt, wie z.B. den HipHop, soll hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Inzwischen ist daraus eine HipHop-Formation entstanden, mit der er auf Demonstrationen auftritt, wo die Jugendlichen als "HipHop-Formation, entstanden aus dem Moabiter Polit-Theater grenzen.loss", vorgestellt werden und Tracks für die "Freiheit von Palästina" vortragen.¹²³

Nach der Informationsveranstaltung des ZDK, wo auf diesen Zusammenhang besonders Bezug genommen wurde, kam es aus dem Bezirk zu mehreren Anfragen bezüglich der Jugendtheaterwerkstatt Moabit, so z.B. von der für die Weiterfinanzierung zuständigen Fachreferentin des Bezirks und aus der Jugendverwaltung.

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob und wie Theater provozieren soll und muss, und was dabei pädagogisch vertretbar ist, setzte sich dann unabhängig vom ZDK in Moabit fort. Ein Bericht auf der Internetseite des QM Moabit-West (Beussel-Quartier) zeigt, dass eine kritische Wahrnehmung und Debatte eingesetzt hat. Shah und seine Jugendtheaterwerkstatt hatten zu einer öffentlichen Probe eingeladen. In der anschließenden Diskussion gab es "auch kritische Anmerkungen aus dem Publikum: zu platte Bilder, zu einseitige Darstellungen, Szenen, die keinen Kontext zu haben schienen, nicht vielschichtig genug und noch nicht genügend ausgearbeitet sind, zu starke Betonung der Themen Krieg und Gewalt, Reproduzieren von rassistischen Klischees und Vorurteilen, zu starke schwarz-weiß-Malerei."¹²⁴

Shah rechtfertigt sich damit, dass er nach der Methode des "Theaters der Unterdrückten" von Augusto Boal arbeiten würde.¹²⁵ Demnach würde nicht der Regisseur die Inhalte der Szenen und Theaterstücke bestimmen, sondern die Teilnehmenden setzen die thematischen Schwerpunkte. "Befreiung aus Alltagszwängen, Einsicht in eigenes Handeln, Infragestellung von

¹²³ z.B. am 09.06.2007, Demonstration in Berlin unter der Losung "Freiheit für Palästina und gegen die Apartheidsmauer" mit etwa 100 Teilnehmern

¹²⁴ "Es ist die Aufgabe des Theaters, zu provozieren!", 10.07.2007, unter: www.beussel-quartier.de/Es-ist-die-Aufgabe-des-Theaters-zu-provozieren.2075.98.html

¹²⁵ ebenda – ausführliche Erläuterungen dazu

gesellschaftlichen Unterdrückungs-Spielregeln etc. sind wichtige Zielsetzungen in der Arbeit und fließen ein in die Techniken und Formen dieses Theaters."¹²⁶

Ob diese Theater-Methode für die Kinder und Jugendlichen im Beusselkiez pädagogisch sinnvoll ist oder nicht, ist eine andere Debatte. Hier geht es eher darum zu fragen, ob der Leiter Ahmed Shah nicht diese Methode geschickt nutzt, um den Jugendlichen bei der "Einsicht in eigenes Handeln und Infragestellung von gesellschaftlichen Unterdrückungs-Spielregeln" seine politisch-ideologische Weltsicht zu vermitteln. Das ließ sich zumindest im Theaterstück „Intifada im Klassenzimmer“¹²⁷ beobachten. So stellte die Task Force: Education on Antisemitism in ihrer Analyse auch fest, dass "viele Äußerungen der Jugendlichen nicht authentisch wirken, sondern wie an sie von Erwachsenen herangetragene politische Propaganda."¹²⁷ Dass sich diese kritischen Fragen und Analysen nun zumindest im Bezirksamt herumgesprochen haben, zeigt das Protokoll des Stadtteilplenums Moabit-West vom 28. August 2007, auf dem im Rahmen des Konfliktes zwischen Bezirksamt und Quartiersrat auch die "Jugendtheaterwerkstatt Moabit" angesprochen wurde. "Ahmed Shah, Leiter des Jugendtheaterprojekts fragt, wieso das Theaterprojekt jetzt ein neuer Brennpunkt im Kiez sein soll. Ahmed Shah kritisiert, dass sich zur Beurteilung des Jugendtheaterprojekts von den Verantwortlichen niemand die Mühe gemacht hat, persönlich das Projekt kennen zu lernen. Angesichts des schwierigen Umfeldes hält er für eine Beurteilung auch ein direktes Gespräch zum Projekt notwendig", heißt es dazu im Protokoll."¹²⁸

Die theaterpädagogische Arbeit mit Jugendlichen in Quartieren wie dem Beussel-Kiez ist ein sinnvoller und pädagogisch positiv zu wertender Ansatz, was auch die Task Force: Education on Antisemitism in ihrer Analyse betont. Dass dieser Ansatz Theaterpädagogen erfordert, die Zugang zu den Jugendlichen haben, von diesen akzeptiert werden, ist dabei ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg. Vor diesem Hintergrund kann Ahmed Shah zurecht stolz darauf verweisen, dass sein "Theaterprojekt bundesweite Beachtung gefunden hat". Doch gerade deshalb dürfen die politisch-ideologischen Ambitionen des Leiters eines solchen Kinder- und Jugendprojektes nicht aus dem Blick geraten. Denn es ist ein Unterschied, ob Ahmed Shah seine hier geschilderte Linksruck-Ideologie, die das Existenzrecht Israels in Frage stellt, islamistische Organisationen wie Hizbollah zur "Stimme der Unterdrückten" verklärt¹²⁹, als Privatperson mit gleichgesinnten Erwachsenen in Parteien oder Organisationen propagiert, oder

¹²⁶ ebenda

¹²⁷ a.a.O. Bericht vom 13.12.2006

¹²⁸ www.moabitwest.de/uploads/media/20070828_Protokoll_STP.pdf

¹²⁹ Linksruck Veranstaltung im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg zum Libanon Krieg - Freitag, 28.07.2006, Ahmed Shah: "(...) Hizbollah ist die einzige Organisation die kämpft. (...) Es ist wichtig, dass wir die Verbindungen mit Hizbollah-Anhängern haben; das sind 40 Prozent der Bevölkerung von Libanon (...) Es sind die Unterdrückten, wir sind gegen die Unterdrücker. Israel sind die Unterdrücker und die Libanesen sind die Unterdrückten. Und diejenigen, die dieser Stimme Ausdruck geben, (...) ist die Hizbollah. (...)"

als Leiter eines staatlich finanziertes Jugendprojektes ihm anvertrauten Kindern und Jugendlichen vermittelt.

4. Empfehlungen an den Bezirk Berlin - Mitte und Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Da die Finanzierung des Projektes durch den Bezirk im September 2007 endet, liegt es nun am Bezirk selbst, die verschiedenen Themen weiter zu bearbeiten, denn ohne Nachhaltigkeit ist langfristig das Ziel – demokratiegefährdende Entwicklungen zumindest einzudämmen – nicht zu erzielen. Die Erwartung, dass die vom ZDK über das Projekt erreichten Multiplikatoren die Themen allein weiter bearbeiten, in ihre Kontexte einbringen und dort vertiefen, wird sich nur begrenzt erfüllen. Die Konsequenz muss sein, die Themen nun vertiefter weiterzuführen. Dabei ist es notwendig, sich Schwerpunkte zu setzen. Die Ethnisierung sozialer Konflikte mit der Gefahr einer zunehmenden Polarisierung zwischen der Wohnbevölkerung deutscher Herkunft und Migranten/innen vor allem türkischer oder arabischer Herkunft ist eines dieser zentralen Themen. Damit einher geht aber auch die Anforderung, die in der ZDK-Kommunalstudie 2004 und in diesem Abschlussbericht dargestellten Erkenntnisse auch wirklich in ihrer gesamten Komplexität zur Kenntnis zu nehmen und sich damit – auch kontrovers – auseinanderzusetzen und auch auseinandersetzen zu wollen. Auch wenn die auftretenden Konflikte im Bezirk oft "nur" subtil oder marginal in Erscheinung treten, so stehen dahinter doch nicht selten Einstellungsmuster und teilweise Ideologien, die nicht nur einzelne Personen in ihrem Selbstbestimmungsrecht und ihrer persönlichen Unverletzlichkeit beeinträchtigen, sondern langfristig auch eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen bilden. Diesen Entwicklungen bereits im Vorfeld zu begegnen bedarf einer stärkeren Vernetzung im Bezirk, denn oft bleiben die Diskurse und auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse lokal begrenzt. Eine Vernetzung ergibt sich jedoch nicht von allein, hier sollten Bezirksamt und BVV stärker aktiv werden.

Die Kommunalstudie und dieser Abschlussbericht geben Hinweise auf Entwicklungen, beschreiben bestimmte Phänomene und bewerten dabei auch Reaktionen und Lösungsansätze. Da sich diese Bewertungen, aus denen sich dann wiederum die Handlungsempfehlungen ergeben, an den beschriebenen Themen entlang erklären, sollen sie hier nicht aus dem Kontext herausgelöst und extra formuliert werden.

Die Veranstaltungen, die das ZDK im Rahmen dieses Projektes im Bezirk durchgeführt hat, lassen aber einige allgemeine Hinweise zu:

- es fehlt an einer präventiven Thematisierung, zu oft beginnt die aktive Hinterfragung von Entwicklungen vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse oder Konflikte. Auf die

in diesem Bericht nicht aufgegriffenen Ereignisse im Kontext der Buttmannstraße sei an dieser Stelle nur als Beispiel hingewiesen.

- Dieser Bericht und auch die vorliegende Kommunalanalyse können Hinweise und Einblicke geben, sie ersetzen aber nicht eine selbstständige Auseinandersetzung mit den beschriebenen Themen und Entwicklungen. Vor allem im Bereich von Verwaltung und Politik aber auch im Bereich Schule, Kinder- und Jugenderziehung ist die Bereitschaft gefordert, sich auf diese Themen einlassen zu wollen und das im Bezirk oder außerhalb des Bezirkes vorhandene Wissen zur eigenen Kompetenzerweiterung auch zu nutzen.
- Im Bereich Integration, Islam und Islamismus ist eine Trennung der Diskurse geboten, die Thematik Islamismus ist ein eigenständiges Phänomen und gehört nicht als Unter rubrik in den Integrationsdiskurs. Für den Integrationsdiskurs wichtigen Fragen sind z.B. Bildungsbereitschaft und Bildungsvermögen, deutsche Sprachkenntnisse, Öffnung in den Kiez und Engagement für das Gemeinwesen. Diese Kriterien aber geben im Kontext der Diskussion über das antidemokratische Phänomen "Islamismus" keine Antworten auf die Frage, ob es sich bei den Akteuren um islamistische Gruppen handelt oder nicht. Hier sind andere Kriterien entscheidend.
- Um beim Themenfeld Islamismus zu bleiben, so ist es wiederum wichtig, auch hier zu differenzieren. Die Darstellung islamistischer Gruppen, wie z.B. in diesem Bericht, wird oft als Forderung missverstanden, die Kontakte zu diesen Gruppen abubrechen. Dem muss entschieden widersprochen werden. Selbstverständlich soll der Dialog auch mit Einrichtungen z.B. der Muslimbruderschaft oder der Milli Görüs aufrecht erhalten werden. Entscheidend ist die Frage, wie dieser Dialog gestaltet wird. Symbolische Aktionen, die zur Aufwertung und zum Prestigegewinn problematischer Organisationen führen, sind dabei eher kontraproduktiv. Auch stellt sich die Frage, ob die vom Bezirk/der Kommune zu leistenden sozialen Aufgaben ausgerechnet an Gruppen dieses Spektrums übertragen werden sollten, einschließlich staatlicher Finanzierung.
- Um an dieser Stelle jedem Missverständnis zu begegnen sei erneut betont: islamische Gemeinden und Moscheegemeinden sind, wie andere Religionsgemeinschaften auch, Teil der politischen Öffentlichkeit und engagieren sich auch im sozialen Bereich. Sie dabei zu unterstützen, auch finanziell, wird hier nicht in Frage gestellt. Es gilt zu unterscheiden, ob es sich um religiöse Gemeinschaften handelt oder um politisch-ideologische Organisationen. Diese Unterscheidung treffen zu können ist eine Kompetenz, die erarbeitet werden muss. Es verhält sich hier nicht anders als im Themenfeld

Rechtsextremismus. Der Bezirk sollte die Möglichkeiten für diese Kompetenzerweiterung schaffen, eine Checkliste, die alle Fragen beantwortet, wird es nicht geben – und als solche sollte auch die im Anhang beigefügte Organisationsliste nicht verstanden werden.

- Neben Weiterbildungsveranstaltungen ist auch der kieznahe Diskurs fortzusetzen, um damit die im Rahmen dieses Projektes begonnene Arbeit nachhaltiger zu gestalten. Dafür würden sich aufeinander aufbauende Veranstaltungen eignen, die ein Thema in seiner Vielschichtigkeit behandeln und somit vertiefen. Neben dem bereits angesprochenen Thema Islamismus wäre es auch geboten, sich intensiver mit dem Thema Antisemitismus (in all seinen Ausprägungsformen) zu befassen sowie der Frage, wie Rassismus / Ethnisierung sozialer Konflikte / Hierarchisierung von Kulturen begegnet werden kann. Es mangelt nicht an Gremien und Einrichtungen im Bezirk, die entweder Organisator derartiger Diskursreihen sein könnten oder über die inhaltliche Kompetenz dazu verfügen. Es mangelt eher an der Bereitschaft, diese Themen progressiv und selbstbewusst anzugehen, sich diesen Themen wirklich zu stellen.
- BVV und Bezirksamt sollten nun erörtern, wie die einzelnen Themenfelder weiter bearbeitet werden könnten: organisatorisch, inhaltlich, finanziell

5. Struktur der Muslimischen Organisationen in Berlin-Mitte

Türkische Sunniten (türkisch-islamische Synthese

Verbindung von Religion und ethnisch definiertem „Türkentum“

DITIB

- Aksemsettin Camii, Bellermannstr. 90, 13357
- Mescidi Aksa Camii, Soldiner Str. 72-74, 13359
- Yunus Emre Camii, Reinickendorfer Str. 38/39, 13347
- Hicret Mescidi/ Islamisches Bildungszentrum, Perleberger Str. 14, 10559
(zu DITIB aus finanziell-pragmatischen Gründen gewechselt – Finanzierung des Imam)

VIKZ

- Bayezid Camii, Lindower Str. 18, 13347 Berlin (Berlin-Zentrale)
- Mabet Camii, Alt-Moabit 112, 10559

ADB (Nizam-i Alem – Avrupa Türk Birliği / Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa) (orientiert an Muhsin Yazicioglu, seiner BBP und seiner Alperen-Bewegung)

- Türkischer Kulturverein (Berlin Nizam-i Alem Ülkü Ocagi) (Berliner Zentrale) Eyüp Sultan Camii, Lindower Str. 24, 13347
- Berlin-Alperen (Jugendverein Berlin Alperen Genclik Ocagi)

Bildungsnetzwerk Fethullah Gülen

- TÜDESB Nachhilfe – Wedding, Müllerstr.153-A
- TÜDESB Kita Kinderparadies Ackerstraße

Nurculuk-Bewegung

- Jama'at an-Nur, Medresse in der Soldiner Straße

Unabhängige Vereine

- Hayru Nisa Camii (Frauenmoschee) Stettiner Str. 37, 13357
- Aksemsettin Jugend Kultur Stettiner Str. 29, 13357
- Sultan Ahmet Moschee Lehrter Str. 39, 10557

Sunnitisch-panislamische Gruppierungen

(türkisch und/oder arabisch dominiert, z.T. multinational einschl. dt. Konvertiten)

Milli Görüs (Islamische Föderation, Islam Vakfi (wird ersetzt durch EMUG*), Islam İlimler Vakfi, Verein für kulturelle und Soziale Arbeit e.V., Islamische Religionsgemeinschaft)

- Ayasofya Camii, Stromstr. 35, 10551
- Haci Bayram Camii, Koloniestr. 128, 13359
- Haci Bayram Jugendladen, Koloniestr.
- Jugendladen Amsterdamer Str. 17, 13347
- Berlin Ankaraspor Kulübü 07

*EMUG: „Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgesellschaft e.V.“ = Immobilien- und Finanzverein der Milli Görüs Europa. IGMG e.V. + EMUG e.V. = Milli Görüs Europa (Sitz in Kerpen, bei Köln), als Generalbevollmächtigter der EMUG verwaltet Ibrahim el-Zayat die Milli-Görüs-Moscheen in Deutschland und weiteren europäischen Ländern, z.B. Niederlande. El-Zayat = Vorsitzender der IGD – siehe Netzwerk IBMus und IZDB.

Muslimbruderschaft (IGD)

(vernetzt im Bündnis IBMus – Initiative Berliner Muslime: Muslimische Jugend/MJD; Inssan e.V. und Islamic Relief e.V., Kreuzberg, Gitschiner Str. 16,17, IKEZ – IGD Zentrum in der Neuköllner Finowstraße und neu in Flughafenstr.43, sowie den Salafiten der Neuköllner Al-Nur-Moschee und Imam Abdul Adhim)

- IZDB (Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung), Drontheimer Str. 32a, 13359 (IGD Berlin-Büro: Sekretariat und Öffentlichkeitsarbeit der IGD)
- DMK Berlin (Deutschsprachiger Muslimkreis), Drontheimer Str. 16
- Islami Tahrik (Bilal Moschee), Drontheimer Str. 16 (pak/ind. – Kaschmir; Anhänger von Maududi)

Weitere Vereine

- Islamisches Kulturzentrum für religiöse Aufklärung (IKRA) Al-Rahman Moschee Tromsöer Str.6, Berlin 13359, (Arabisch)

- Haus der Weisheit/ Dar al-Hikma, Turmstr. 58-59, 10551 und KITA Schiff der Weisheit, Rostocker Str. 26, 10553 (palästinensisch – Kooperationen mit Vereinen der IB-Mus)
- Pak Mohammed Moschee Badstr. 33 A, 13357 Urdu

Pakistanische Minhaj ul-Quran

- Pakistanisches Kulturzentrum Minhaj ul-Quran Perleberger Str. 42, 10559

Tabligh-i Jamaat

- Ashabi Kehf Camii, Jasmunder Str. 3, sowie unbekannte Treffpunkte

Schiiten

(türkisch, arabisch, persische Gruppierungen)

IRAB (Islamischer Rat der Ahl-ul-Bait-Gemeinschaften in Deutschland)

- **Caferi (türkische 12er Schiiten):**
Imam Cafer Sadik Camii (Imam Dscha'far Sadegh Moschee und Solidaritätsverein e.V.) Koloniestr. 106, 13359 (türkische Schiiten, am Iran orientiert, Khomeini und Khamenei, Ausrichtung am irakischen Schiitenführer Ali al-Sistani wieder zurückzuführen)
- **Libanesische Schiiten (12er Schiiten):**
Al-Balagh e.V., Hochstädter Str. 3, 13347 Berlin (ehem. Yorckstr., Kreuzberg)

Arabische Schiiten

- Islamischer Kulturverein Al-Bayan Huttenstr. 31, 10553
(12 Mitglieder, 70 Besucher zu Feiertagen, Arabischunterricht für etwa 140 Kinder)

AlMujtaba Islamic Network (?)

- Markaz Imam al-Mudjtabi(a) Maxstr. 17, 13347 (Arabisch) - Al-Mujtaba ist bezogen auf Imam Hassan, Prophetenkel, Sohn von Fatima und Ali und Bruder von Hussein)

Kleine Sufigemeinden (Mystik)

Naqshibandiyya

- Semerkant Camii ve Külliyesi/Glaubens- und Kulturzentrum Kurfürstenstr. 37 HH, 10785 (türkisch)
- Mehmed Zahid Kotku Tekkesi („Tekke-i-Muhyaidin e.V.“), Turiner Str. 6, 13347, (ca. 50 Personen)
- Scheich Nazim al-Haqqani-Sekte (junge Neue Osmanen), Verein "Der wahre Mensch", Sitz in Neukölln, Reuterstr., Einrichtung in Moabit, Lehrter Straße, Dachgeschoss-Wohnung (Türken und deutsche Konvertiten)

Qadiriya

- Bedir Karahan Dergah, Rheinsberger Str. 12, 10435, (türkisch)

Weitere Kleingruppen

„Ahbash“ (sunnitisch mit schiitischen und mystischen Einflüssen)

- Bildungs- Kultur- und Sozialverein, Koloniestr. 30, 13359

Anatolische Aleviten (Türken und Kurden)

- Bahadin-Der Solidaritätsverein Berlin, Bisentaler Str. 23, 13359 Berlin

IMPRESSUM

© ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstr.47
D-13187 Berlin
Geschäftsführer: Dipl.-Krim. Bernd Wagner
Telefon: +49 30 912079 3
Telefax: +49 30 912079 45
Email: info@zentrum-demokratische-kultur.de
www.zentrum-demokratische-kultur.de
www.blickpunkt-zdk-berlin.blog.de